Nr. 215. 20. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 15. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der britische Gewerkschafts-Kongreß.

London, 11. September.

Der 36. Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften tagt diese Woche in Leicester. Er war von 460 Delegierten besucht, die rund 1 500 000 organisierte Arbeiter vertraten. Von den größeren Gewerkschaften fehlten nur zwei: die der Mechaniker und Eisengießer, die zusammen etwa 100 000 Mitglieder zählen. Der Kongreß wurde vom Oberbürgermeister von Leicester begrüßt, ebenso von Mr. Henry Broadhurst, dem liberalen Arbeiterabgeordneten für Leicester. Auf der Tribüne saßen auch die Gräfin v. Warwick und Lady Dilke, die Frau von Sir Charles Dilke. Die Geschichtsschreiber des britischen Trades-Unionismus, Mr. und Mrs. Sidney Webb, waren nicht eingeladen.

Nachdem die Begrüßungsreden zu Ende waren, wurde der Jahresbericht ausgegeben, dem wir folgendes entnehmen:

„Als unser Kongreß vor 26 Jahren in Leicester tagte, waren nur 141 Delegierte anwesend, die 112 Verbände mit 691 000 Mitgliedern vertraten. Jetzt sind wir 460 Delegierte und vertreten 250 Gewerkschaftsverbände mit anderthalb Millionen Mitgliedern, so daß wir einen sehr bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen haben. — Im Laufe der letzten zwölf Monate sind viele neue Entwicklungen im parlamentarischen Leben vorgekommen; Fragen von großer Bedeutung wurden im Unterhause besprochen und teils erledigt, wie z. B. Erziehung, Steuerwesen, das Verhältnis Englands zu den Kolonien, und vielleicht die wichtigste aller Fragen: die vorgeschlagene Aenderung unsrer Zollpolitik. Vom gewerkschaftlichen Standpunkte ist jedoch keine Frage so wichtig wie die der Verwirrung des Gewerkschaftsrechts durch den Taff-Vale-Entscheid und durch die verschiedenen richterlichen Auslegungen des Gesetzes, betreffend Picketing (Streikpostenstehen) und Verschwörung. Vergeblich hat sich das Parlamentarische Komitee des Trades-Unions-Kongresses bemüht, die Schulvorlage zu beseitigen. Dagegen waren wir erfolgreich in unsren Bemühungen, den Kornzoll abzuschaffen; ebenso thaten wir unser bestes, den Streikenden in Lord Penrhyns Schiefergruben beizustehen. Ferner gelang es uns, die Schutzgesetzgebung auf die Hafenarbeiter auszudehnen. Aber die wichtigste aller Fragen ist: wie können wir den Taff-Vale-Entscheid vernichten, der unsre Kassen und überhaupt die ganze gewerkschaftliche Stellung gefährdet. Dieser Gegenstand hat bereits drei Kongresse aufs ernsteste beschäftigt, und die Bewegungsfreiheit der Trades-Unions bedeutend gehemmt. Dem Mandate gemäß, das wir von Euch erhalten haben, stellten wir an das Parlament das Verlangen, das alte Gewerkschaftsrecht wieder herzustellen, das friedliche Picketing zu legalisieren und den Begriff der Verschwörung klar festzustellen. Wir entwarfen eine Gewerkschaftsnovelle, die vom Arbeiter-Abgeordneten Mr. Shackleton dem Parlamente vorgelegt wurde. Die Vorlage wurde jedoch abgelehnt; dafür ernannte die Regierung eine Kommission, um alle Seiten der gewerkschaftlichen Bewegung zu untersuchen. Wir protestieren gegen die Ernennung der Kommission, da sie erstens geeignet ist, die ganze Angelegenheit zu verschleppen; sodann ist die Mehrheit der Kommission gewerkschaftsfeindlich, und schließlich ist wohl das Kapital in ihr vertreten, aber nicht die Arbeiterschaft. Wir ersuchten deshalb die Gewerkschaften, keine Aussagen vor der Kommission zu machen, bis der Kongreß zu dieser Frage Stellung genommen hat."

Ueber die politische Haltung des Komitees für Arbeitervertretung sagt der Bericht nichts. Eine Erklärung darüber abzugeben, wurde dem Präsidenten des Kongresses Mr. Hornidge (Sekretär der Stiefel- und Schuharbeiter von Leicester) sowie den Delegierten überlassen. Wie wir in unsrer Mitteilung vom 5. d. M. auseinandersetzten, handelt es sich in dieser Frage um den politischen Klassenkampf der Arbeiter, d. h. um ihre vollständige Lösung von den bürgerlichen Parteien, wie dies auf dem Kongresse des Komitees in Newcastle (20. Februar 1903) niedergelegt wurde. Ueber diesen Punkt besteht aber noch viel Uneinigkeit. Die älteren Arbeiterführer wollen ein Zusammengehen mit den Liberalen, während die jüngeren, die mit den Socialisten in Berührung sind, vollständige Unabhängigkeit verlangen. Dem Trades-Unions-Kongresse lagen verschiedene Resolutionen über diesen Punkt vor. Der Präsident Hornidge sagte in dieser Beziehung:

„Das Komitee für Arbeitervertretung wurde vom Trades-Unions-Kongreß (im Jahre 1899) geschaffen. Die Resolutionen, die uns darüber vorliegen, bedürfen der schärfsten Aufmerksamkeit. Ich bin der Ansicht, daß das Komitee nur aus Arbeitern und Arbeiterorganisationen bestehen soll. Unsre Arbeiterpartei soll nicht von Leuten der Mittelklasse beherrscht werden (d. h. Sozialisten, die nicht aus der Arbeiterschaft hervorgingen; sollen vom Komitee fern gehalten werden). Dann bin ich gegen strenge Unabhängigkeit von den übrigen politischen Parteien. Ich kann wohl begreifen, was Unabhängigkeit und Zusammengehen mit andren Parteien bedeutet, aber Unabhängigkeit und Isolierung kann ich nicht begreifen. Wir müssen weitherzig sein. Ich bin gegen Klassenkampf; wahres Menschentum kennt keine Klassen; alle Menschen sind Brüder."

Diese Ansicht von Mr. Hornidge werden ohne Zweifel von den älteren Arbeiterführern geteilt. Sie sind Nachklänge der liberalen Periode Gladstones. Zum Schluß sprach sich der Präsident gegen Mr. Chamberlains Pläne aus und für den Freihandel, „der die Gedanken und Gefühle der Menschheit erweitert und vertieft." Er meinte, die Kolonien hätten keine besondere Liebe zum Mutterlande; Canada sollte sich an die Vereinigten Staaten enger anschließen. Auf die Versprechungen Chamberlains sei nichts zu geben.

Die Delegierten traten sodann in die Diskussion der verschiedenen Resolutionen ein. Zuerst kam die Zollpolitik. Der Kongreß war sich darüber einig, daß der Freihandel aufrecht zu erhalten sei. In der Diskussion dieser Frage wurde auch der deutschen Arbeiter gedacht, die sich am 16. Juni gegen den Zolltarif ausgesprochen haben. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Kongreß verurteilt aufs schärfste die vorgeschlagene Aenderung der Zollpolitik, da sie die besten Interessen des Landes gefährdet. Wir verpflichten uns, keine Mühe zu scheuen, um die zollpolitische Aenderung zu verhindern."

Diese Resolution wurde auf Verlangen des Kongresses telegraphisch an Mr. Chamberlain abgeschickt. Hierauf kam es zur Besprechung der politischen Arbeitervertretung. Das Interesse der Delegierten an dieser Frage war merkwürdigerweise nicht so stark wie an der Zollpolitik. Genosse Pete Curran, der an den Kongreßverhandlungen einen sehr lebhaften Anteil nahm, legte folgende Resolution vor:

„Der Kongreß giebt seine herzliche Zustimmung zur Politik des Komitees für Arbeitervertretung, wie sie auf dem letzten Kongreß in Newcastle niedergelegt wurde, und fordert die Gewerkschaften auf, dem Komitee beizutreten."

Bis jetzt gehören dem Komitee 127 Gewerkschaften mit 847 000 Mitgliedern an, ebenso die Unabhängige Arbeiterpartei und die Fabier-Gesellschaft mit zusammen 14 000 Mitgliedern. Die größte Arbeiterorganisation Großbritanniens, der Verband der Bergleute, steht noch dem Komitee fern. Genosse Curran wurde von den übrigen socialistischen Gewerkschaften tüchtig unterstützt. Sie sprachen mit vielem Takte über den Nutzen einer selbständigen Politik der Arbeiterklasse. Dagegen legten die Delegierten der Maurer folgenden Zusatzantrag vor:

„Und der Kongreß ist der Ansicht, daß nur Arbeiter dem Komitee angehören sollen."

Der Zusatzantrag ist, wie man sieht, im Sinne der Präsidentenrede, d. h. gegen die Socialisten gehalten. Für den Zusatzantrag sprach auch der Arbeiterabgeordnete und Sekretär der Eisenbahner, Mr. Bell. Zur Abstimmung gelangte zuerst der Zusatzantrag, der mit 209 gegen 53 Stimmen abgelehnt wurde. Sodann wurde über die Resolution des Genossen Curran abgestimmt. Die Resolution wurde mit 506 000 gegen 285 000 Stimmen angenommen. Wir haben also auf eine unabhängige Politik des Komitees zu rechnen. Die Gewerkschaften, die dem Komitee angehören, haben sich hiermit von den bürgerlichen Parteien losgelöst und den Beschluß von Newcastle gutgeheißen. Dieser Beschluß lautete:

„Der Kongreß betrachtet es als absolut notwendig, daß das Komitee und die Führer der ihm angehörenden Gewerkschaften sich aller Verbindung mit den bürgerlichen Parteien strengstens enthalten, da wir den socialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der industriellen Klasse nur dann gerecht werden können, wenn wir ohne Rücksicht auf die anderen Parteien unsre Politik aufbauen."

Wie weit diese Resolution in Fleisch und Blut der Gewerkschaften übergegangen ist, wird die Praxis zeigen. Im allgemeinen darf man sagen, daß sich durch Beschlüsse eine revolutionäre Politik nicht herstellen läßt. Jeder großen Politik liegt eine gewisse Theorie zu Grunde. Wird die Theorie nicht angenommen oder nicht begriffen, so kann selbstredend die Resolution, die nur der Theorie praktischen Ausdruck verleihen soll, nicht viel helfen.

Neben der Zollpolitik und der politischen Arbeitervertretung nahm das Gewerkschaftsrecht die Aufmerksamkeit des Kongresses stark in Anspruch. Die Leser des „Vorwärts" wissen bereits, daß die Lage der britischen Gewerkschaften dadurch gefährdet ist, daß man sie seit dem Jahre 1901 kollektiv verantwortlich machen kann für Ungeschicklichkeiten, die während eines Streiks vorkommen. Früher waren nur diejenigen Gewerkschaftler verantwortlich, die sich Ungesetzlichkeiten zu Schulden kommen ließen. Jetzt kann der Unternehmer die Kassen der Gewerkschaft angreifen. Dazu wurden die Gesetze über Streikpostenstehen und Verschwörung schärfer gefaßt, so daß es den Arbeitern kaum möglich ist, einen erfolgreichen Streik zu führen. Die Gewerkschaften arbeiteten eine Vorlage aus, die das alte Arbeiterrecht wieder herstellen sollte. Aber die Vorlage wurde am 8. Mai 1903 vom Parlament abgelehnt. Dem Kongreß lag nun über diesen Punkt folgende Resolution vor:

„Die kollektive Verantwortlichkeit der Gewerkschaften in Schadensersatz-Prozessen ist eine Gefahr für die Gewerkschaften Wir betrachten die neuen richterlichen Entscheide als nicht im Geiste der Trades-Unionsgesetze von 1871 bis 1876. Wir beauftragen das Parlamentarische Komitee des Trades-Unions-Kongresses, eine Vorlage zu entwerfen, die die kollektive Verantwortlichkeit beseitigt und die Gewerkschaften sichert. Ferner soll das Komitee die Gewerkschaftler auffordern, nur für diejenigen Parlaments-Kandidaten zu stimmen, die die Vorlage zu unterstützen bereit sind."

Der Kongreß war einstimmig der Ansicht, daß die jetzige Lage unerträglich sei, da die Gewerkschaften nicht mehr wüßten, was sie thun oder lassen dürften. Die Resolution wurde mit 284 gegen 5 Stimmen angenommen.

In Verbindung mit dieser Debatte stellte Genosse Hodge, der Sekretär der Stahlschmelzer, folgenden Antrag:

„Der Kongreß protestiert gegen die Ernennung einer Kommission zur Untersuchung der Gewerkschaftslage. Wir betrachten die Zusammensetzung der Kommission als eine Beleidigung der Arbeiterklasse. Eine Kommission, die das Gewerkschaftsleben untersucht und dennoch keinen einzigen Arbeiter zum Mitgliede hat, ist ungerecht und kann deshalb auf die Achtung der Arbeiter nicht rechnen. Der Kongreß fordert die Arbeitervertreter auf, keine Aussagen vor der Kommission zu machen, so lange ihre Zusammensetzung nicht geändert wird."

Die Resolution fand einstimmige Annahme. — Sodann sprach auf Antrag der Holzarbeiter von Belfast (Irland) der Kongreß einstimmig seinen Abscheu aus gegen die Niedermetzelung von 30 000 Bulgaren durch die Türken in Macedonien, und forderte die Regierung auf, Schritte zu thun, um den Wirren auf dem Balkan ein Ende zu machen. Die Resolution wurde dem Premierminister und dem Staatssekretär des Aeußeren zugeschickt. Der Antrag Ben Tilletts auf Einführung von obligatorischen Schiedsgerichten nach australischem Muster wurde mit 899 000 gegen 259 000 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde eine Resolution angenommen, die einen weiteren Ausbau des im Jahre 1896 eingeführten Gesetzes betreffend Versöhnungsämter für nötig hält. Nach jenem Gesetze darf die Regierung nur dann in gewerbliche Streitigkeiten eingreifen und ein Versöhnungsamt einsetzen, wenn beide Parteien dies wünschen. Die jetzt angenommene Resolution will der Regierung das Recht geben, eine gewerbliche Streitigkeit zu unterstützen und zu diesem Zwecke Zeugen zu vernehmen und einen Bericht zu veröffentlichen, sobald eine Partei das Eingreifen der Regierung wünscht.

Ferner wurden Resolutionen angenommen betreffs Gewährung von Pensionen von mindestens 5 M. wöchentlich an alle Bürger und Bürgerinnen des Königreichs, die das 60. Lebensjahr erreicht haben, über den Ausbau des Arbeitsamtes und die Ernennung eines Arbeitsministers, über Einführung einer demokratischen Schulreform und Errichtung internationaler Schiedsgerichte.

Damit war die Hauptarbeit des Kongresses erledigt. Die Verhandlungen und die Beschlüsse zeugten von einer tiefen Gärung unter den fortgeschritteneren Elementen der britischen Arbeiterbewegung. Die liberale Presse blickt mit Sorge auf diese Vorgänge, denn England wird im nächsten Jahre ohne Zweifel eine liberale Regierung erhalten, die an die Einlösung ihrer Versprechungen von den Arbeitern erinnert werden wird. Nur die „Daily News" sind etwas mutiger und suchen Trost in den deutschen Parteiverhältnissen. Das freisinnige Organ Londons sagt: „Wenn wir durch den Aufstieg der Arbeiterpartei in England etwas von dem, was man als Liberalismus bezeichnet, verlieren sollten, so wird uns dies nicht besonders betrüben, denn wir sehen, daß vieles, was am Liberalismus wertvoll ist, in Deutschland von der Arbeiterpartei hochgehalten wird; wir stimmen zwar mit der ökonomischen Grundlage der deutschen Arbeiterpartei nicht überein, aber ihr Geist ist es, der die menschliche Freiheit lebendig erhält."

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. September.

Abermals Zeugniszwang.

Aus Bochum wird uns gemeldet, daß dort der Genosse Leimpeters, Redakteur der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung", wegen Zeugnisverweigerung in einer Angelegenheit des Bezirkskommissars Krohn verhaftet worden ist.

Bei Erörterung des Zwangsverfahrens gegen unsren Berichterstatter Rehbein und gegen den Redakteur Hildebrand, äußerte ein Blatt, man könnte nur wünschen, daß bald noch etliche solche Aktionen erfolgen möchten, um das Unmoralische des Zeugniszwanges aller Welt fühlbar zu machen. Dieser Wunsch erfüllt sich rasch genug, und man kann sich in der That keine bessere Agitation gegen den Zeugniszwang der Redakteure denken wie diese allgemeine Razzia auf ehrenhafte Männer, die den nicht verraten mögen und bei Strafe des Ehrverlustes nicht verraten dürfen, der ihnen im Vertrauen etwas mitteilte. Es ist nur eine Stimme darüber, daß der Zeugniszwang für Redakteure aufgehoben werden muß. —

Ostelbische Agrarier als — Kuppler!

Man schreibt uns:

Die Idylle, welche der „Vorwärts" gestern von den Zuständen auf einem ostpreußischen Gute machte, und in welcher geschildert wird, wie ein Ehepaar, eine verheiratete Frau ohne Mann, ein verheirateter Mann ohne Frau, drei unverheiratete junge Männer und zwei Mädchen zusammen in einer acht Quadratmeter großen Kammer logieren, verdient sicher aus dem Zusammenhange herausgenommen und noch einmal für sich betrachtet zu werden. Bekanntlich handelt es sich bei dieser Schilderung um „nichts Neues", und das ist leider das Schlimme an der Sache. Solche Fälle sind in Ostelbien keine Ausnahmen, sondern die Regel! Diese gegenwartsstaatliche Karnickelwirtschaft ist auch in Ost- und Westpreußen keineswegs nur der minderwertig angesehenen polnischen Bevölkerung gegenüber beliebt, sondern die Herren Agrarier bringen in dieser Weise zur Erntezeit unparteiisch ihre Arbeiter und Arbeiterinnen jeder Nationalität und jeder Sprache unter. — Was schiert es sie, daß sie dadurch den jungen und unerfahrenen Leuten Gelegenheit geben, die Unzucht kennen zu lernen und sie auch auszuüben; was schiert es sie, daß sie in den Verheirateten die Scham ersticken, daß schlüpfrige Redensarten so in der Bevölkerung zum Gemeingut werden, daß selbst die Kinder sie schon ohne Erröten anwenden.

Vor Jahren lagerten einmal auf den Böden eines westpreußischen Gutshofes die beim Rübenziehen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auf Strohschütten, die Männer auf der einen, die Frauen auf der andren Seite. Vor dem Schlafengehen fingen die jungen Leute (im Alter zwischen 16 und 30 Jahren) sich oft im Scherz noch an zu balgen und es kam dabei zu allerhand zarten und unzarten Griffen. Eines der Mädchen wollte sich dies, sei es im Widerwillen gegen die Sache, sei es aus Widerwillen gegen die beteiligte Person, nicht gefallen lassen. Trotz dieses Widerstandes berührte der abgewiesene junge Mann das Mädchen unter Anwendung von Gewalt dennoch in unziemlicher Weise. Ohne selbst wohl die Folgen dieses Schrittes in ganzem Umfange vorauszunehmen, machte das Mädchen dem Gendarmen von dem Vorfalle Mitteilung. Der junge Mann, der leichtsinnig, lediglich um seinen Willen durchzusetzen, gehandelt hatte, wurde auf Grund des § 176, Absatz 1, des Strafgesetzbuches zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt! Noch vor seiner Ueberführung ins Zuchthaus erhängte sich der Mann im Untersuchungsgefängnis.

In diesem Fall mußte auch der Herr Gutsbesitzer, der die Leute in dieser Weise untergebracht hatte, vor Gericht erscheinen — aber nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge. Er sagte aus, daß die Leute seit Jahren so untergebracht worden wären, ohne daß sich je daraus Uebelstände ergeben hätten. Keinem der Herren Richter, auch dem Herrn Staatsanwalt nicht, fiel es ein, daß der „Herr Zeuge" sich eines schweren Verbrechens, der Kuppelei, schuldig gemacht habe, und daß er nicht auf die Zeugenbank, sondern neben den leichtsinnigen Arbeiter auf die Anklagebank gehörte.

Der § 180 des Strafgesetzbuches schreibt ausdrücklich vor:

Wer gewohnheitsmäßig oder **aus Eigennutz** durch seine Vermittelung oder **durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheit der Unzucht Vorschub leistet, wird wegen Kuppelei mit Gefängnis bestraft**; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

Kein Mensch wird in Abrede stellen können, daß der ostelbische Agrarier, der seine Arbeiter und Arbeiterinnen in der geschilderten Weise unterbringt, **der Unzucht Vorschub leistet**, indem er **Gelegenheit dazu gibt**; kein Mensch wird auch bestreiten wollen, daß er es **aus Eigennutz** thut — es geschieht eben, um Geld zu sparen. Damit beantwortet sich wohl die von erstaunten Lesern bei Schilderung solcher Zustände so oft gestellte Frage: Ist denn so etwas in einem civilisierten Staate erlaubt? — Nein: Es ist nicht erlaubt; es ist verboten! Aber hier zeigt es sich wieder einmal recht klar, daß es nicht damit gethan ist, daß Gesetze da sind, sondern daß sie auch angewandt werden müssen. Daß sie nicht angewandt werden, ist eben eine Folge unsrer vielbestrittenen Klassenjustiz. Die Herren Richter und Staatsanwalte, denen die Anwendung einer Straßenpolizei-Verordnung gegen Streikposten aus dem Arbeiterstande etwas ganz Selbstverständliches ist, werden nie auf den Gedanken kommen, dieselbe Straßenpolizei-Verordnung auf Unternehmer anzuwenden, welche Streikbrecher in geschlossenen Trupps auf der Straße transportieren, und dieselben Herren Richter und Staatsanwalte, welche mit achselzuckendem Bedauern das arme Mütterchen aus dem Volke wegen Kuppelei verurteilen, das den vorehelichen Umgang der verlobten Tochter duldete, weil die Herren nach ihrer Erklärung vom Buchstaben des Gesetzes nicht abweichen können, dieselben Herren würden sicher erstaunt sein, wenn man ihnen zumutete, einen ostelbischen Agrarier wegen Kuppelei auf die Anklagebank oder gar ins Gefängnis zu bringen, weil er seine Leute in der geschilderten Weise unterbrachte. Hier finden sie rasch die Entschuldigung, daß der angeklagte Grundbesitzer doch nichts andres thue, als was Hunderte seiner Kollegen in gleicher Lage thäten, daß ihnen deswegen das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit fehle, und wenn in der Brust das sociale Gewissen ruft, daß es sich doch überhaupt nicht gehöre, Menschen in dieser Weise einzupferchen, dann wird es damit beschwichtigt, daß es sich ja um Landarbeiter handle, die auf der niedersten Stufe der Kultur ständen und Besseres seit alters nicht gewöhnt seien. — Das Volk freilich wird solche Entschuldigungen nicht gelten lassen, das Volk urteilt, daß auch der Agrarier, der **durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheit der Unzucht aus Eigennutz Vorschub leistet**, auf keiner höheren Stufe steht, als — ein gemeiner Kuppler! —

Herrn Oberbürgermeister Kirschner, den man einst so schmerzlich auf seine Bestätigung als Leiter des Berliner Gemeindewesens warten ließ, ist in Anerkennung seines seitdem bewiesenen Wohlverhaltens eine besondere Ehrung zugedacht worden. Auf allerhöchsten Befehl hat ihn der Staatssekretär des Marine-Amtes eingeladen, die Taufe des in Danzig erbauten Kreuzers „Ersatz Ziethen" vorzunehmen, der am 22. ds. Mts. dort vom Stapel gelassen werden soll. —

Die größeren militärischen Uebungen,

die für die beteiligten Soldaten soeben erst beendet sind und nicht sogleich vergessen werden dürften, sollen bald eine neue Auflage erleben. Die thüringer gutgesinnte Presse weiß darüber folgendes zu berichten:

„Größere militärische Uebungen sollen im Oktober und November innerhalb der 38. Division stattfinden. Es handelt sich um „vollständig kriegsmäßige" Uebungen, bei denen insbesondere auf die Thätigkeit der Feldartillerie großer Wert gelegt werden soll. Die beiden Feldartillerie-Regimenter der 38. Division Nr. 19 und 55 werden mit dem Mannschaftsetat auf Kriegsstärke gebracht werden. Die bei den Feldartillerie-Regimentern einzuziehenden Mannschaften des Beurlaubtenstandes haben bereits Order zum Eintreffen für den 2. Oktober erhalten."

Wer die Kriegs- und Paradespielerei in den letzten Tagen und Wochen in Thüringen beobachtet hat, muß sich unbedingt fragen, soll denn das so weiter gehen? Die Felder, die durch die Soldaten zu Fuß und zu Pferde total festgetrampelt sind, bedürfen einer gründlichen Umarbeitung, die nur im Oktober oder November ausgeführt werden kann. Um so überraschender und schmerzlicher kommt für den Landmann diese Nachricht. Die Paradeschwärmer müßten heute einmal Gelegenheit nehmen und nach denjenigen Ortschaften, die von den Feldverwüstungen betroffen sind, gehen und hören, was die Landleute nach der „Parade" sagen. Die geringe Entschädigung, die ihnen gezahlt wird, steht in keinem Verhältnis zu dem Schaden, der ihnen verursacht wurde und der vielgerühmte Militarismus hat bei ihnen nicht die freundlichsten Gefühle erweckt! —

Der Wahlkrawall in Laurahütte.

Beuthen O.-S., 14. September.

(Privatdepeschen des „Vorwärts".)

Der sechste Tag der Verhandlung beginnt mit dem Aufruf der Zeugen. Es sind noch 55 Zeugen zu verhören. Der Hausbesitzer Stogniew giebt als erster Zeuge zu, daß er den Angeklagten Stochnioll mit einer Peitsche geschlagen und von der Treppe am Montag heruntergestoßen habe. Damit entfallen die Argumentionen der Anklage über die Entstehung der Striemen von Stochnioll. Das Gericht hebt den Haftbefehl gegen Stochnioll auf. Stochnioll war einer derjenigen, welche auf ihre Renommistereien hin verhaftet worden sind; nicht jedem der Prahler wird es aber möglich sein, den Beweis der Unschuld zu führen, wie es Stochnioll gelungen ist. Die Zeugin Sokolowska belastet den Angeklagten Czerner. Er sei während des Steinbombardements in das Hüttengasthaus gelaufen, zu dem Trupp aber, der mit dem Rufe: „Wir werden plündern!" hineingelaufen sei, habe er nicht gehört. — Zeuge Grubenarbeiter Sebastian, der Neffe des angeklagten Redakteurs Wieck: Ich war mit Wieck zusammen. Bevor die Schüsse am Hüttenamte gefallen waren, gingen wir nach Hause. Wieck rief: Polen, macht die Fressen auf, denn nach Ballestrem habt Ihr Fressen, und ruft: „Hoch Korfanty! Nieder mit dem Centrum!" Dann sagte Wieck noch zu mir: Siehst Du, wie viel Polen wir sind! Auf der Böhmstraße ist Wieck mit Korfanty zusammengetroffen. Andreas Korfanty behauptet, daß er sich nicht in der Menge befunden habe, sondern nur mit Wieck herumging um seinen Zeitungsbericht zusammen zu stellen. Stationsassistent Ludwig: Am Abend des Krawalles, als militärische Hilfe aus Beuthen gerufen wurde, habe ich auf dem Bahnhof verschiedene Leute, anscheinend Arbeiter im Alter von 24—25 Jahren, auf dem Perron stehen sehen. Ich weiß nicht bestimmt, ob sie Posten gestanden haben. Als Militär kam, gingen die Leute nach zwei Richtungen auseinander. Ein Personenzug war zu der Zeit nicht fällig. Der Lärm verstummte bald, als sich die beiden Leute entfernt; es wurde allgemein erzählt, daß die Leute Posten standen. Wir hatten versucht, zu verschweigen, daß Militär kommt, es hatte sich aber leider doch herumgesprochen. — Vorsitzender: Welche Meinung haben Sie sich denn gebildet? — Zeuge: Mir ist kein andrer Zweck bekannt geworden, als der des Aufpassens. — Hilfsschaffner Sporis: Ich hatte den Perrondienst und hegte die Vermutung, daß es sich um Postenstehen handelte, Bestimmtes weiß ich nicht. Der nächste Zeuge ist der Gendarm Scholz, welcher dem Verhör beigewohnt hat, bei dem der kleine Woznitza zu Ungunsten Korfantys von dem „Untersuchungsrichter" beeinflußt sein will. — Scholz: Die Untersuchung zwischen Mädler — dieser war der erwähnte Untersuchungsrichter — und dem Jungen wurde vorwiegend in polnischer Sprache geführt. Ich verstehe nicht polnisch. Ich bestreite, daß der Polizeirat auf den Jungen irgendwie vergewaltigend eingewirkt hat. Polizeirat Mädler erscheint als Zeuge. — Vorsitzender: Sie wissen, daß Woznitza behauptet, sie hätten ihm gedroht, ihn einzusperren, wenn er nicht sage, daß der alte Korfanty gerufen habe: „Polen laßt Euch nicht"; ist das wahr? — Mädler bestreitet, die Worte gebraucht zu haben. Ich bin sehr vorsichtig gewesen in der Angelegenheit und habe auf den Jungen in keiner Weise eingewirkt. Mir war mitgeteilt worden, daß der Woznitza sich am Krawalltage bis morgens 4 Uhr auf den Straßen herumgetrieben habe. Ich bin zu Woznitza gegangen. Woznitza bezichtigte aus freien Stücken verschiedene Personen. Von einem Dienstmädchen, das im Hause neben dem alten Korfanty wohnt, hörte ich, daß Woznitza dieser erzählt hat, der alte Korfanty hätte die bekannte Aeußerung gethan. Daraufhin ging ich nochmals zu Woznitza. Die Mutter verprügelte den Jungen. Daraufhin sagte er die belastende Aeußerung über Korfanty. — Vorsitzender: Also von Einsperren haben Sie nichts gesagt. Haben Sie vielleicht dem Jungen eine Sistierung in Aussicht gestellt? — Mädler: Ich glaube nicht. Rechtsanwalt Adamczewski: Haben Sie auf den Gendarm gezeigt, als Sie mit dem Jungen sprachen? Mädler: Ich weiß nicht genau, aber ich glaube nicht, ich erinnere mich nicht mehr so genau an diese Vorgänge. — Die Mutter Woznitzas sagt aus: Der Polizeirat Mädler und der Gendarm Scholz sind in meine Wohnung gekommen und haben den Jungen ins Verhör genommen. Mädler fragte ihn, ob der alte Korfanty gerufen hat: „Polen laßt Euch nicht." Der Junge antwortete mit „nein", da sagte (hier fehlt im Telegramm die Angabe, wer das sagte): „Wenn Du es nicht eingestehst, wirst Du eingesperrt." Vorsitzender: Sie haben aber den Jungen vorher gezüchtigt, damit er die Wahrheit sagt. Zeugin: Ich habe ihn dabei aufgefordert, er soll die Wahrheit sagen, wenn er zurückgekommen ist. — Vorsitzender: Das ist die reine Wahrheit? Sie können das beschwören? — Zeugin: Ich kann das alles beschwören. Nach längeren Erörterungen zwischen den Verteidigern, dem Vorsitzenden und der Zeugin beschließt das Gericht, die Zeugin Woznitza nicht zu vereidigen. Nach weiteren sich direkt widersprechenden und ins einzelne des Anklagebeweises gehenden Aussagen bemerkt der Zeuge Ochmann: Ich habe gehört, wie der Angeklagte Morgalla rief: Jungens, nehmt Steine und werft. — Um 1 Uhr trat die Mittagspause ein.

Die Nachmittagssitzung brachte vorwiegend entlastende Aussagen für die einzelnen Angeklagten und verlief ohne Zwischenfälle. Schluß der Sitzung 5 Uhr.

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Singer: Ich möchte bitten, daß der Redner zur Versammlung spricht und nicht zu einem einzelnen Mitgliede. (Sehr richtig! Koenen ruft: Das ist akademischer Anstand!)

Braun (fortfahrend): Sie behaupten sich nur auf diese Weise. (Zuruf: Beweisen Sie das!) Ich werde es beweisen, gedulden Sie sich, Genosse Stadthagen. Stadthagen: Ich habe ja kein Wort gesagt!)

Singer: Ich möchte wirklich bitten, die Zwischenrufe zu unterlassen. Den Redner aber bitte ich im Interesse der Verhandlungen, seinerseits seinen Vortrag nicht gar zu sehr durch Zwiegespräche mit andren zu verlängern. (Zustimmung.)

Braun: Die Zwiegespräche würden mir vollkommen erspart bleiben, wenn sie die Zwischenrufe verhinderten. Ich habe hier die „Leipziger Volkszeitung" vom 5. November 1902. Franz Mehring polemisiert darin gegen Parteigenossen — es ist sein vornehmstes Geschäft, gegen Parteigenossen zu polemisieren. Er sagt da:

„Sie beziehen sich auf die in der Partei hinlänglich bekannte Thatsache, daß ich im Jahre 1877, also vor 25 Jahren, eine antisocialistische Schrift veröffentlicht habe. Das bald darauf erlassene Socialistengesetz belehrte mich eines Besseren."

Und in der „Leipziger Volkszeitung" vom 12. September d. J. sagt Franz Mehring folgendes:

„Es ist vollkommen richtig, daß ich in einer Schrift, die nunmehr vor gerade einem Vierteljahrhundert zum letztenmal in dritter Auflage erschien, die Partei heftig und ungerecht angegriffen habe. Durch die Handhabung des Socialistengesetzes bin ich dann zu andrer Ansicht gekommen."

Ich sage, daß das eine Lüge ist, und ich sage mit Bebel: Die Zeit des Vertuschens und des gegenseitigen Komödienspielens ist vorbei. (Bebel: Sehr gut!) Hier an dieser Stelle ist das Wort des Genossen Bebel ganz genau am Platze. Also das Socialistengesetz und seine Handhabung hat Franz Mehring zu einer andren Ansicht gebracht? Erlauben Sie, daß ich Ihnen zeige, in welcher Weise das Socialistengesetz Franz Mehring zu einer andren Ansicht über unsre Partei gebracht hat. Als er sie in der schon hinlänglich charakterisierten Geschichte der Socialdemokratie — ausgesprochen kann man nicht gut sagen — ausgespien hat! Ich habe hier vor mir die „Gartenlaube" vom Jahre 1880, in der Mehring über die Socialdemokratie und insbesondere über die Attentate und das Socialistengesetz sich ausspricht. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich wörtlich vorlese. Sie werden es nicht glauben — (Ruf: Lesen Sie doch endlich!). Also hören Sie:

„Endlich aber in faulen und schlechten Naturen weckte die socialdemokratische Agitation herostratische Gelüste. Die Frechheit, mit welcher sie die besitzenden und gebildeten Klassen in allen ihren Gliedern als verkommen, die Arbeiter dagegen als edle und reine Menschen darstellen, bezauberte jeden dummen Jungen, der nichts gelernt hatte — das sind Sie, Parteigenossen. (Ruf: Sie auch!) Ja, ich auch, ich war damals auch Genosse und in den Augen von Mehring ein dummer Junge, weil ich Genosse war — also bezauberte jeden dummen Jungen, der nichts gelernt hatte und auch nichts lernen wollte, aber begeistert die Aussicht ergriff, durch Bummeln und Schwatzen und öffentlichen Unfug „berühmt" zu werden. Dieser Größenwahn äußerte sich in mannigfachen Formen und verschiedenen Graden. Die Einen ergaben sich den brotlosen Künsten des Agitierens und Kolportierens; die andern wurden „Schriftsteller", zeichneten als Strohmänner verantwortlich die Zeitungen der Partei und büßten mit harten Geld- und Gefängnisstrafen für die Verleumdungen der Demagogen; die dritten „vermöbelten", um in ihrer zarten Sprache zu reden, die „wissenschaftlichen" Größen der „Bourgoisie", die vierten suchten sich bemerkbar zu machen durch pöbelhafte Beschimpfungen des Reichsoberhauptes; die Fünften schritten vom giftigen Worte zur giftigen That, wie Hödel, und, ihm nachahmend, Nobiling. (Hört! hört!)

In diesem Sinne eine schwere Mitschuld des kommunistischen Wühlertums an den Attentaten leugnen zu wollen, ist ganz vergebliches Beginnen. (Hört! hört!) Hödel war sicherlich ein verkommener und verlotterter Bube, ehe er sich der Socialdemokratie anschloß; er wäre es auch nach allem menschlichen Ermessen geblieben, wenn er nie die Partei kennen gelernt hätte, aber so wie er war, wäre er aus eignem Antriebe eher auf jedes andre Verbrechen verfallen, als auf den Kaisermord, wenn seine Teilnahme an dem umstürzlerischen Treiben nicht herostratischen Größenwahn in ihm gezüchtet hätte.

Die rasche Nachfolge, welche sein Verbrechen fand, die rohen Aeußerungen nichtswürdiger Schadenfreude, die überall aus den Massen hervorbrachen, bewiesen vollends, daß hier ein organisches Leiden vorliege, welches die höchste Aufmerksamkeit der Gesetzgebung erheische.

Die Folge der Attentate war bekanntlich die gesetzliche Unterdrückung der socialdemokratischen Agitation. Auch das Urteil über diese Maßregel ist arg verwirrt durch der Parteien Gunst und Haß, weit ärger, als an sich notwendig wäre.

Man muß hier nur zwei ganz verschiedene Dinge auseinander halten. Der Satz, daß eine geistige Bewegung dauernd niemals durch äußere Mittel niedergehalten werden könne, ist richtig und unanfechtbar, aber wenn man ihn auf das Socialistengesetz in verurteilendem Sinne anwenden will, so wird man ja doch zunächst nachzuweisen haben, daß die socialdemokratische Agitation eine geistige Bewegung gewesen ist. (Hört! hört!) Der wissenschaftliche Socialismus freilich, ebenso wie das Streben der arbeitenden Klassen nach einem höheren Anteil an den Schätzen der nationalen Kultur und des nationalen Wohlstandes, sind geistige Bewegungen; soweit in ihnen geschichtliches Recht enthalten ist, werden sie sich unwiderstehlich durchsetzen, und von einem Versuche sie zu unterdrücken, gilt ganz und voll das Dichterwort:

„Es war ein eitel und vergeblich Wagen,
Zu fallen ins bewegte Rad der Zeit."

Ganz anders steht es mit der socialdemokratischen Agitation. Sie war ein kühl berechneter und geplanter Versuch schlauer Demagogen, die bestehende Ordnung der Dinge gewaltsam umzustürzen. (Hört! hört!) Sie war die politische Waffe einer politischen Partei; sie förderte mit roh revolutionären Mitteln roh revolutionäre Zwecke. Sich hiergegen zur Wehr zu setzen, die Waffe zu zerbrechen, die nach seinem Herzen gezückt wurde, war nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht des Staates (Hört! hört!), der, wie jeder lebendige Organismus, den Trieb der Selbsterhaltung hat, auf das Recht wie die Pflicht der Notwehr niemals verzichten kann. Auch der freieste Staat wird offenen Aufruhr niederschlagen; ein derartiges Vorgehen ist einfach gleichbedeutend mit seinem Wesen und seinen Zwecken. In diesem Fall hatte die Socialdemokratie am wenigsten recht, sich über Gewalt zu beklagen." — — —

So hat das Socialistengesetz umbildend auf die Ansichten von Mehring gewirkt! (Zubeil: Trotzdem haben Sie ihn uns gebracht!) Ich habe Ihnen gesagt, daß wenn ich die Artikel gekannt hätte — (Bebel: Sie haben sie gekannt!) Nein. (Bebel: Sie haben sie gekannt. Sie sagen die Unwahrheit. — Glocke des Vorsitzenden. Bebel: Das war die Unwahrheit!)

Singer: Ich bitte den Genossen Bebel auf das dringendste, derartige Zwischenrufe zu unterlassen! (Bebel ruft: Ein Wort zur rechten Zeit!) Er wird im Laufe der Diskussion ja volle Gelegenheit haben, seine Ausführungen zu machen. (Bebel: Aber gründlich!) Es kann niemand mehr wie ich den Ernst der Situation empfinden, aber umsomehr möchte ich Sie bitten, auch in diesem Moment die Würde der Partei zu wahren! (Lebhafte Zustimmung.) Die Würde der Partei erfordert eine ruhige, sachliche Verhandlung! Aber gegen die Würde der Partei ist es, wenn wir in dieser Weise wie Schulbuben durcheinander zänkische Zurufe machen. Das gilt von allen, die in dieser Weise eingegriffen haben, und so sehr ich begreife, daß das Temperament des Einzelnen da mitspricht, so sehr muß der eiserne Zwang, wo es sich um die Würde der Partei handelt, die einzelnen Temperamente mäßigen. (Sehr gut!) Ich bitte dringend, die Vorträge nicht dadurch zu verlängern, daß in dieser Weise in die Verhandlungen eingegriffen wird. Ich möchte alle Mitglieder des Parteitages auf das entschiedenste bitten, sich davon leiten zu lassen.

Bebel: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!

Singer: Nachher!

Dr. **Heinrich Braun** (fortfahrend): Ich bestreite dem Genossen Bebel durchaus das Recht, zu behaupten, daß ich das, was ich hier vorgelesen habe, gekannt habe zu der Zeit, als ich mit Bebel in St. Gallen und Berlin und vorher und nachher über diese Dinge sprach. Ich kann den Zeugen stellen (Bebel ruft wiederholt: Unerhört!), wenn es nötig ist, der mich auf diesen „Gartenlauben"-Artikel vor wenigen Wochen aufmerksam gemacht hat. Er befindet sich im Saale, ich habe aber keine Veranlassung, den Namen zu nennen. (Bebel ruft nochmals: Unerhört!)

Sie haben gehört, wie das Socialistengesetz auf Franz Mehring gewirkt hat, und ich glaube ein Recht gehabt zu haben, zu sagen, daß das, was er in diesen beiden Nummern der „Volks-Zeitung" gesagt hat, eine Lüge war. Aber Bebel ereifert sich ganz unnötig. Das, was ich Ihnen vorgelesen habe, war doch eigentlich eine Kleinigkeit, wie Sie bald sehen werden. (Bebel ruft: Ganz richtig!) Es ist doch ganz gut verständlich, daß jemand, unwissend über unsre Partei, über unsere Theorien, in dieser verblendeten Weise spricht, aber das, was ich Ihnen vorgelesen habe, diese Verherrlichung des Socialistengesetzes, der brutalsten Verfolgungen, die irgend eine Partei der Welt jemals erfahren hat, diese unerhörten Dinge rühren nicht von einem verblendeten Gegner her, sondern von einem Genossen. Dafür werde ich Ihnen den urkundlichen Beweis führen. Ich habe hier das stenographische Protokoll der Reichstags-Sitzung vom 17. April 1880. Es handelte sich da um eine Debatte über die Handhabung des Socialistengesetzes; in derselben sagte der Genosse Hasenclever, der leider verstorben ist, in Gegenwart des Genossen Bebel, der in derselben Sitzung das Wort nahm, folgendes — er kam auf die Angriffe zu sprechen, die im Hinblick auf die Artikel der „Gartenlaube" im Reichstag gegen uns erhoben wurden, und sagte da wörtlich folgendes:

„Das wäre ja nun an und für sich nichts Besonderes, aber dieser Herr Franz Mehring wird von der gesamten liberalen Presse, z. B. von der „Magdeburger Zeitung" der „Weser-Zeitung", der „Social-Correspondenz" für ein großes Lumen in der Socialdemokratentöterei gehalten und auch dafür erklärt. Um solche Leute einmal zu kennzeichnen, und das ist jedenfalls notwendig, will ich Ihnen sagen, warum wahrscheinlich der Mann Socialistentöter geworden ist. Ich weiß nun wohl, daß er mich nach meinen heutigen Aeußerungen verlästern und verleumden wird in der nächsten Zeit, aber ich fürchte mich nicht davor — ich kann das dem Genossen Hasenclever nachfühlen — und mir sind solche Angriffe überhaupt gleichgültig. Für die „Neue Welt", ein Blatt, welches in der Genossenschaftsdruckerei zu Leipzig erscheint und vor mehreren Jahren gegründet wurde, wurde nach einem Jahre seines Bestehens ein neuer Redakteur gesucht, und weil Herr Franz Mehring, den wir näher kannten, eine leidliche Broschüre geschrieben, auch einen guten Stil hat, ein guter Feuilletonist ist, wie ich gern anerkenne, so hatten wir mit ihm eine Besprechung und fragten ihn, ob er vielleicht Lust habe, die Redaktion der „Neuen Welt" zu übernehmen. Er war nicht abgeneigt, aber wir konnten bei unsren bescheidenen Verhältnissen ihm nicht mehr geben als 800 Thaler jährlich; das war ihm zu wenig, er sprach von 1000 Thalern; diese konnten und mochten wir ihm nicht zahlen. Als wir so auseinandergingen, wurde Herr Mehring bald darauf Socialistentöter." (Hört! hört!)

Auch das, was ich Ihnen eben vorgelesen habe, war mir zu der Zeit, als ich mit Singer und Bebel über die Thätigkeit des Franz Mehring in der „Volks-Zeitung" sprach und mich für ihn einsetzte vollkommen neu und unbekannt; ich weiß das erst seit ganz kurzer Zeit.

Nun komme ich zum Schluß. Betrachten Sie einmal die Situation in unsrer Partei und die Thätigkeit dieses Franz Mehring. Nach den ungeheuren Erfolgen, die wir erzielt haben, haben die Gegner außer dem Babanque-Spiel eines Staatsstreichs nur eine einzige Hoffnung, die Spaltung unsrer Partei. An diesem Urgebirgsstock, den die Socialdemokratie darstellt, prallen alle Angriffe ab, wie Flintenkugeln von einem Felsen abprallen. Nur von innen heraus kann dieser Felsen zersprengt werden. Was aber ist die Thätigkeit Franz Mehrings seit Jahren? Ist sie etwas andres als die Verhetzung aller Parteigenossen untereinander (Sehr richtig!), ist sie etwas andres, als die Verhetzung unsrer Partei mit den Bruderparteien im Auslande? Denken Sie an die Lage in Belgien im vorigen Jahre! Damals herrschte die Revolution in Belgien, und jeden Tag stellten die belgischen Genossen ihr Leben aufs Spiel. Und wie benahm sich Franz Mehring? Wie ein Hetzer, wie ein Schürer! Ganz ebenso verhält er sich der größten socialdemokratischen Partei Frankreichs gegenüber. Ueber dies Verhalten Franz Mehrings herrscht eine sehr weit verbreitete Unzufriedenheit in unsrer Partei. Auch die ihm Nahestehenden empfinden, wie ich überzeugt bin, ein sehr lebhaftes Unbehagen darüber. Einen einzigen Mann mag es vielleicht in Deutschland geben, der an dieser hetzerischen, parteizerstörerischen

Thätigkeit Franz Mehrings seine Freude haben könnte, das ist der preußische Polizeiminister. (Unruhe.) Deshalb sage ich: als Feind waren Sie (zu Mehring) uns ungefährlich, und ungefährlich würden Sie uns sein, wenn Sie wieder einmal unser Feind würden. (Zuruf: Sie auch! — Heiterkeit.) Aber vor Ihnen als einen gefährlichen, den inneren Bestand unsrer Partei gefährdenden Freund wollen wir uns schützen! (Beifall und Zischen.)

Bebel (zur Geschäftsordnung): Der Herr Vorsitzende hat sich vorhin veranlaßt gesehen, auf mehrere Zurufe aus der Mitte des Saales, darunter auch einige sehr laute von mir, zu erklären, daß er diese Zurufe für unstatthaft halte, eine Bemerkung, zu der er selbstverständlich ein Recht hat nach der bisherigen Praxis. Er hat aber weiter hinzugefügt, man solle es unterlassen, sich wie Schulbuben mit Beschimpfungen zu traktieren. Er hat nicht den Namen oder die Namen derjenigen genannt, die er unter dieser Bezeichnung „Schulbuben" gemeint hat. Aber wenn der Vorsitzende einer solchen Versammlung wie diese einen derartigen Ausdruck gebraucht, so ist es ganz natürlich, daß die Kombinationsgabe der Hörer in Bezug auf die Deutung dieses Wortes in Bezug auf die Person oder die Personen, die unter dem Ausdruck „Schulbuben" gemeint sein können, einen sehr weiten Spielraum zuläßt, und ich glaube, eine solche Freiheit in der Deutung eines Ausdrucks des Vorsitzenden sollte der Vorsitzende selbst vermeiden. Aus diesem Grunde bitte ich den Vorsitzenden nachdrücklich, seine Bemerkung dahin deklarieren zu wollen, wen er unter dem Ausdruck „Schulbuben" gemeint hat. (Große Unruhe.)

Singer: Ich hatte mir, auch ohne daß die Aufforderung des Genossen Bebel erforderlich gewesen wäre, bereits vorgenommen, meinerseits zu erklären, daß ich, wenn ich den Ausdruck gebraucht habe, selbstverständlich nur damit meinen konnte, daß es nach außen hin den Eindruck erwecken könnte, als ob es eine so, wie ich es bezeichnet habe, zusammengesetzte Versammlung wäre. Ich gebe ohne weiteres zu und will vor allen Dingen hervorheben, daß dieser Ausdruck besser unterblieben wäre. (Sehr wahr!) Ich gehöre durchaus nicht zu den Menschen, die nicht einmal ein Wort sagen können, das sie lieber als nicht gesagt ansehen würden. (Bravo!) Aber in der Sache möchte ich meine Aufforderung wiederholen, unsre Verhandlungen nicht durch Zwischenrufe und persönliche Apostrophierung der Redner untereinander aufzuhalten. Der Stoff, den wir behandeln, bietet genug Veranlassung zur Erregung; wir brauchen durch eine derartige Erörterungsart diese Erregung nicht noch zu steigern. Ich hoffe, daß dieser kleine Zwischenfall damit erledigt ist und daß jeder für sich an seiner Stelle die Wiederholung solcher Vorgänge vermeidet.

Gerisch:

Ich habe keine Lust, mich für meine Person in den von Braun angeschnittenen Streit zu mischen. Ich habe an diesem Abendessen nicht teilgenommen. (Heiterkeit. — **Bebel**: Das war sehr gut!) Ich habe ums Wort gebeten, um die Gründe darzulegen, die den Parteivorstand zu seiner Kundgebung veranlaßt haben. Es wäre gewiß viel wünschenswerter gewesen, wenn eine solche Kundgebung gar nicht erst nötig gewesen wäre, wenn die Parteigenossen aus ihrem Taktgefühl selbst das Richtige träfen. Es schien aber, als wenn gerade in der letzten Zeit dies Taktgefühl doch bei verschiedenen Parteigenossen versagt hätte. Ganz besonders wurde die Frage aktuell durch das Schiedsgericht gegenüber dem Genossen Dr. Berthold. Da standen die Schiedsrichter vor der Frage, ob Parteigenossen, die in dieser Weise für die gegnerische Presse thätig sind, noch zur Partei gehören können. Nach der bisherigen Praxis konnte der Vorstand diese Frage nicht verneinen. Insofern hat Braun den Sachverhalt ganz richtig dargestellt. Bis in unsre Tage haben eine Reihe hervorragender Parteigenossen an gegnerischen Organen mitgearbeitet. Ich gebe auch zu, daß der Vorstand keine einwandsfreie Form für seine Entscheidung gefunden hat. Wenn der Parteitag eine bessere Form findet, so werden wir das mit Freuden begrüßen. — Ich möchte noch einige Irrtümer richtig stellen, die Meister heute unterlaufen sind.

Singer: Ich möchte bitten, das jetzt nicht zu thun. Es findet sich vielleicht dazu noch eine Gelegenheit.

Hoffmann-Hamburg:

Die Ausführungen des Genossen Braun sind in zwei Teile zu trennen. Der eine Teil, der als sachlich gelten kann, beschäftigte sich mit unsrem Thema, der andre aber gehörte gar nicht hierher. (Sehr richtig!) Braun hat es in ganz geschickter Weise verstanden, den Spieß umzukehren, so daß er nicht als Angeklagter, sondern als Ankläger aufgetreten ist. Er hat Ausgrabungen veranstaltet und uns Geschichten hier erzählt, die ich nicht gekannt habe, die aber ein Teil der älteren Genossen längst schon gekannt haben. (Sehr richtig!) Wenn wir aber im Vorleben eines jeden Einzelnen vor 25 Jahren nachgraben wollten, wohin kommen wir dann? Ich habe hier im Auftrag der Hamburger Parteigenossen Protest dagegen einzulegen, daß so viel Parteigenossen fortwährend die Streitaxt führen, daß vor jedem Parteitag ein Zankapfel hineingerollt wird. (Bravo!) Die Genossen in Hamburg haben das endlich satt! Sie wollen endlich einmal, daß diese Streitereien aufhören. (Bravo!) Aus dem Grunde haben wir einen bestimmten Antrag angenommen, nicht auf Grund des Mehringschen Artikels. Unter unseren Hamburger Parteigenossen giebt es einzelne, die die „Zukunft" lasen. Auf Grund dieser Kenntnis wurden wir angeregt, zu dem Artikel „Parteimoral" Stellung zu nehmen. Ist denn wirklich für unsre Schriftsteller kein andrer Platz vorhanden, wenn sie über Parteifragen schreiben wollen, als ein gegnerisches Blatt? (Sehr wahr!) Auch uns Hamburgern hat die „Zukunft" einmal einen Stein in den Weg gerollt. Als die Wogen wegen der Genossenschaftsbewegung hoch gingen, da hat die „Zukunft" einen Artikel von dem Großkaufmann May gebracht unter dem Titel: „Die redaktionäre Partei", der Zwietracht in unsre Reihen tragen sollte. Wenn man das Bedürfnis hat, seine Meinung kundzugeben, dann soll man vor die Parteigenossen treten und nicht vor Franktireure, die mit uns liebäugeln. Deshalb stehen wir ganz auf dem Standpunkt des Vorstandes. Wir haben ja mit der Zeit verschiedene Erfahrungen gemacht. Wir bekommen immer mehr Zulauf aus andren Kreisen (Zuruf: „Salon-Socialisten"); während das Gros der Parteigenossen von der Picke auf gedient und so den Socialismus in sich aufgenommen hat, fangen diese Elemente ihre Parteithätigkeit damit an, daß sie Führerrollen übernehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist verkehrt: sie wollen führen, und sollten selbst noch geführt werden (Lebhafte Zustimmung); sie suchen in der Partei unterzukommen, werden als Redakteure untergebracht, das gefällt ihnen nicht, sie werden dann freie Schriftsteller. Wir verlangen aber, daß die Leute, die zu uns kommen, die Brücken zur bürgerlichen Gesellschaft hinter sich abbrechen, damit sie mit uns und für uns wirken. (Lebhafter Beifall.) Mit Vorliebe bringt die sogenannte parteilose Presse Artikel bekannter Socialdemokraten, dadurch aber wird unsre Presse geschädigt. So können wir nicht Abonnenten gewinnen und schädigen uns selbst. Ich bitte Sie deshalb, die These des Vorstandes anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Kautsky:

Braun hat mit dem Bedauern darüber begonnen, daß es sich hier um ein Litteratengezänk handelt. Auch ich bedaure das, aber ich glaube, daß Braun selbst dazu Ursache gegeben und auch mich zu einigen persönlichen Ausführungen gezwungen hat. Vor allem muß ich dagegen protestieren, daß man die Sache so hinstellt, als ob es sich um einen Privatstreit zwischen Mehring und Harden handelt. Davon kann gar keine Rede sein. Der Bernhardsche Artikel, der die Ursache zu der Anregung wurde, war mir früher bekannt als Mehring, ich las ihn und war ganz entsetzt darüber. (Sehr richtig!) Ich sagte mir: Das wird ja von Tag zu Tag toller, jetzt fangen die Herren noch an, unsre Parteimoral zu kritisieren und alles auf den Kopf zu stellen. (Sehr richtig!) In dem Artikel wurde gesagt, daß die Führer der Partei privatim ganz anders denken und sprechen, als sie öffentlich reden. Bernhard sagt darin, die Führer haben das Recht, vor den Massen, die ja nur Herdentiere, nur unreife Kinder sind, anders zu sprechen als sie denken, weil sie die Massen führen müssen, also gewissermaßen ihre Schulmeister sind. (Hört! hört!) Gegen diese Moral wandte ich mich, ich forderte Mehring auf, dagegen zu schreiben. Ich also bin der Urheber dieses ganzen Litteratengezänkes, und nicht Mehring. Es wird mir vorgeworfen, die „Neue Zeit" hätte sich dadurch vergangen, daß sie die Frage vor den Wahlen aufgriff und Genossen während des Wahlkampfes angriff. Ich bin mir der Verantwortlichkeit voll bewußt, die ein solcher Posten mit sich bringt, ich weiß sehr wohl, daß man die Partei sehr schädigen kann, wenn man einen Genossen vor der Wahl angreift, aber gerade die Nähe des Wahlkampfes war für mich entscheidend. Wenn diese Moral von Bernhard unwidersprochen in die Welt gegangen wäre, dann hätten unsre Gegner das Recht, vor die Massen zu treten und zu sagen: „Was wollt Ihr denn? Hier steht es ja, daß die Führer das selbst nicht glauben, was sie Euch vorerzählen! Niemand hat sich dagegen ausgesprochen, das ist eine unwidersprochene Wahrheit." (Sehr richtig!) Gerade wegen der Nähe des Wahlkampfes mußte dagegen protestiert, es mußte gezeigt werden, daß die Partei nicht so über Moral denkt, wie Bernhard es dargestellt. Es wird gesagt, die Meinungsfreiheit sei gefährdet (Zustimmung), wenn man den Genossen bestimmte Blätter verbietet, für die sie schreiben dürfen. Nein, hier handelt es sich nicht um eine Frage der Meinungsfreiheit, sondern um eine Frage der öffentlichen Reinlichkeit, und da hat die persönliche Freiheit gewisse Grenzen. Stellen Sie sich vor, ein Genosse hätte den Geschmack, auf einen Misthaufen zu steigen und von hier aus zum Publikum reden zu wollen; hätten wir da nicht das Recht, zu sagen, suche dir eine reinlichere Tribüne aus? Wäre dadurch die Meinungsfreiheit gefährdet? Sicherlich nicht. (Heiterkeit, Beifall und Ruf: Sehr geistreich!) Dann wird gesagt, die „Zukunft" schreibe auch nicht anders als andre bürgerliche Blätter, für die Liebknecht, Marx, Engels und meine Wenigkeit geschrieben haben. Ich bin andrer Meinung. Die „Zukunft" hat eine Reihe von Artikeln gebracht, die weitaus das überschreiten, was andre bürgerliche Blätter über die Socialdemokratie bringen. Ich erinnere nur an den Artikel von Professor Jöst aus dem Jahre 1894 über russische Gefängnisse, in dem Jöst gegen Kennan polemisiert und diesem seine Sympathie für die russischen Socialisten vorwirft. In diesem Artikel werden die russischen Socialisten als gemeine Verbrecher bezeichnet; es wird gesagt, unsre Genossinnen sind gemeine Dirnen, Prostituierte, die Kassen erbrechen und Geld stehlen, um damit ihre Zuhälter bezahlen zu können. (Lebhaftes Hört! hört!) Als ich diesen Artikel las, wurde ich von einer Empörung ergriffen, die sich nicht beschreiben läßt. Wir haben viele Anfechtungen seitens der bürgerlichen Presse erfahren, aber ich kenne keinen Artikel, der so niedrig und pöbelhaft ist wie dieser. Und da kommt Edmund Fischer und sagt: Was da steht, steht wo anders auch! Er sieht keinen Grund ein, warum Socialdemokraten nicht für das Blatt des Herrn Harden schreiben sollen. Ich bin andrer Meinung, ich habe das als eine tötliche Beleidigung empfunden für die Partei; nach meiner Ansicht kann mit einem Blatt, welches uns so beleidigt, kein Socialdemokrat Gemeinschaft haben. (Sehr richtig!) Wenn solche Auffassungen in der Partei vorhanden sind über das, was die Würde eines Socialdemokraten erheischt, dann ist es wohl Aufgabe des Parteitages, hier ein Wort zu reden und denjenigen Genossen, die es nicht wissen, deutlich zum Ausdruck zu bringen, wie die Masse denkt. (Sehr richtig!) Nun hat Heinrich Braun noch Mehring auf das bitterste angegriffen, er hat geglaubt, ihm einen tötlichen Schlag zu versetzen. Er hat uns Dinge vorgelesen, über die wir alle seiner Zeit sehr empört waren, ja, wenn es jemals einen Mann in der deutschen Socialdemokratie gegeben hat, der gehaßt war, so war es Franz Mehring. Merkwürdig aber ist es, daß gerade Heinrich Braun heute so erbittert gegen ihn ist; das, was er vorgelesen hat, erinnert mich lebhaft an die Nummern der „Zukunft", in denen noch Harden vor ganz kurzer Zeit die Socialdemokratie angegiffen hat, als sie den Kampf gegen den Brotwucher führte. Wie Braun zu dem Schluß kommt, daß die Genossen das Recht haben, für Herrn Harden zu schreiben, das verstehe ich nicht. (Sehr gut!) Wenn damals, als Mehring uns so angriff, ein Genosse es gewagt hätte, anzudeuten, er habe Lust, für ein von Mehring redigiertes Blatt zu schreiben, er hätte nicht etwa eine leise Rüge vom Vorstand erhalten, nein, er wäre unter einstimmigem Zuruf der Genossen ohne jede Diskussion aus der Partei hinausgeworfen worden. (Lebhafte Zustimmung.) Nun will es das Schicksal, daß gerade Heinrich Braun es war, der Mehring in die Partei gebracht hat, und nicht nur in die Partei, sondern auch in Verbindung mit der „Neuen Zeit", was Braun vergessen zu haben scheint. Er war es, der mir damals Mehring auf das dringendste empfahl und mich für einen Philister hielt, weil ich Bedenken hatte, einen Mann, der uns so scharf angegriffen hatte, wieder zu uns kommen zu lassen. (Hört! hört!) Braun hat uns Dinge vorgelesen, die sicher beleidigend für die Partei sind, aber es ist doch merkwürdig, daß gerade der Mann, der sich so dafür eingelegt hat, Mehring für die Partei zu gewinnen, der einzige war, der nicht wußte, was damals ganz Berlin von den Dächern pfiff, (Sehr gut.) der einzige, der nicht wußte, daß Mehring seinen alten Standpunkt noch in den ersten Jahren des Socialistengesetzes behauptet hatte. Heinrich Braun, dieser naive Mensch (Heiterkeit), der nichts sieht und hört, wußte von nichts und konnte sich daher den Luxus erlauben, Mehring in die Partei zu bringen. (Sehr gut!) Ich stand damals Mehring sehr mißtrauisch gegenüber, es ist ein Princip von mir, dem auch Sie etwas mehr huldigen sollten, das Mißtrauen gegen jeden, der von den bürgerlichen Parteien zu uns kommt und früher gegen uns gekämpft hat. (Sehr richtig!) Ich bin nicht dafür, daß man unbesehen jeden Doktor, der zu uns kommt, mit Hosianna begrüßt (Sehr gut!) und ihn vorzieht alten erfahrenen Genossen, die seit Jahrzehnten mit Einsetzung ihrer Persönlichkeit für uns gekämpft haben, aber den Fehler haben, daß sie Proletarier sind. (Beifall. **Bebel** ruft: Metzner!) Ich bin der Meinung, daß die Akademiker, die zu uns kommen, eine Karrenzzeit durchmachen sollten. (Sehr gut!) Wir haben principiell nichts gegen die Akademiker, aber ein gesundes Mißtrauen wäre gegen sie am Platze und das hatte ich auch Mehring gegenüber. Braun dagegen ist ihm sofort um den Hals gefallen und hat ihn zu uns herübergebracht. Andrerseits aber glaube ich, daß wir demjenigen, der sich zehn Jahre lang bewährt und Schulter an Schulter mit uns gekämpft hat, auch die Treue bewahren müssen, die wir einem Kriegskameraden schulden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir ihm dann, sobald er uns einmal unbequem ist, das vorwerfen, was er früher gethan hat, so ist das eine Treulosigkeit. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Mehring hat sich um die Partei wohl verdient gemacht, das kann niemand leugnen. Er ist einer der ersten Vertreter des wissenschaftlichen Socialismus, es giebt unter den heute Lebenden keinen, der ihn darin überragt. Er ist ein hervorragender Historiker, das erkennen auch seine bürgerlichen Gegner an. Mehring kennt die Parteigeschichte wie kein zweiter, namentlich die Anfänge der Bewegung; darin ist er unübertroffen. Seine „Lessing-Legende", seine „Geschichte des Socialismus", sein Nachlaß von Marx und Engels sind Werke von klassischer Bedeutung, sie sind eine Zierde für unsre Partei und werden es immer bleiben. (Sehr richtig!) Wie kommt es, daß so plötzlich das Gewissen von denjenigen erwacht ist, die jetzt gegen Mehring so losziehen und ihm seine Jugendfehler so hart vorhalten, während dieselben Leute für die heutigen Fehler des Herrn Harden nichts weiter übrig haben als einen christlichen Mantel zum Zudecken? Das kommt daher, daß Mehring zu denen gehört, die sich durchgerungen haben zur Erkenntnis des wissenschaftlichen Socialismus und für die das Parteiprogramm nicht eine bloße Formalität ist, die sie hinnehmen, um in der Partei bleiben zu können, sondern eine lebendige Wahrheit, für die sie eintreten. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade darum, weil er das Programm verficht auch gegen diejenigen, die unsre Taktik angreifen, hat er sich den Haß einer Reihe von Leuten erworben und wird von ihnen angegriffen, und zwar von denselben Leuten, die ihn, wenn er heute mit ihnen das Programm angreifen würde, wie einen Geistesheros feiern würden. (Stürmischer Beifall.) Für die Qualifizierung dieser Art Angriffe fällt mir nur ein Vergleich ein: Mit jenen Leuten, die, wenn sie mit einem Nachbarn Streit gehabt haben, zum Staatsanwalt laufen und den Nachbarn wegen Majestätsbeleidigung anzeigen, die er vor längerer Zeit begangen haben soll. So ist es hier. Mehring ist diesen Leuten unbequem, und nun plötzlich graben sie alte Geschichten aus und kommen damit zum Parteitag. Ich glaube, daß diese Denunziantentaktik vom Parteitag mit jener Achtung behandelt wird, die sie verdient. Nun noch ein Wort von mir! Braun hat darauf hingewiesen, daß auch ich für bürgerliche Blätter, namentlich die „Frankfurter Zeitung" geschrieben habe. Ich unterschreibe vollkommen das Urteil Bebels über die „Frankfurter Zeitung"; trotzdem fühle ich mich gegenüber Braun nicht schuldig, denn meine Mitarbeiterschaft an der „Frankfurter Zeitung" fällt in eine Zeit, wo wir keine Parteipresse hatten. Den letzten Artikel für die „Frankfurter Zeitung" habe ich 1884 geschrieben. (Hört! hört!) Das ist doch etwas andres, wenn man sich der bürgerlichen Presse zu einer Zeit bedient, wo noch keine Parteilitteratur existiert, wo man sonst gar nicht an das Publikum herankommt. Ebenso steht es mit Marx und Engels. (Bebel ruft: Damals war die „Frankfurterin" anständig!) Allerdings hat Liebknecht für die „Fackel" geschrieben. Ich weiß nicht, inwiefern das die andren Genossen rechtfertigen soll. Ich stimme Braun zu, daß Liebknecht da einen Fehler begangen hat, ich glaube aber, Braun thäte besser, wenn er Liebknecht in dem nachahmte, was er Großes geleistet hat, in seinem revolutionären Eifer und nicht in gelegentlichen Entgleisungen! (Bravo!) Das scheint aber für ihn das wichtigste zu sein; der revolutionäre Geist ist ihm Nebensache. Ich kann mir die Entgleisung Liebknechts nur dadurch erklären, daß die „Fackel" in Wien erscheint und Liebknecht den dortigen Verhältnissen fremd gegenüber stand. Hätte die „Fackel" Liebknecht ebenso nahe gestanden, wie die „Zukunft" Braun, Liebknecht hätte nie eine Zeile für die „Fackel" geschrieben. (Sehr richtig!) Ich muß mich wundern, daß es noch Genossen giebt, denen man noch den Schwindel mit der sog. parteilosen Presse auseinandersetzen muß, und daß gerade so geriebene Leute wie Braun und Bernhard solche Kinder sind und sich durch den Gedanken einer parteilosen Presse blenden lassen. Eine parteilose Presse giebt es überhaupt nicht. Heute, wo die politischen Gegensätze so groß sind, muß jeder Partei nehmen. Die parteilose Presse ist die charakterlose Presse, die politische Heuchelei; eine Presse, welche wohl Partei nimmt, aber nicht offen, sondern unter dem Schein der Parteilosigkeit die Dummen, die nicht alle werden, einfangen will. Nun meint Braun, diese Artikel wirkten propagandistisch. Wie ein Artikel wirkt, hängt nicht von dem Artikel allein, sondern von der Umgebung ab, in der er erscheint. Nach Braun wird ein Kuchen, der vergiftet ist und in den man ein paar socialistische Rosinen steckt, dadurch sofort zur gesunden und wohlschmeckenden Speise (Große Heiterkeit); er tröstet sich damit, daß die Rosinen ja nicht zerschnitten werden. (Heiterkeit.) Sehen Sie sich doch einmal diese propagandistischen Artikel an. Wenn jemand vorher noch nicht wußte, was die Socialdemokratie ist, dann hat er es durch diese Artikel sicher nicht erfahren. (Zustimmung.) An wen wendet sich denn die „Zukunft"? An die Bourgeoisie, und es ist außerordentlich schwer, auf die Bourgeoisie zu wirken. Es ist durchaus nicht immer böser Wille, wenn wir da nicht verstanden werden; es liegt das oft einfach an der Unfähigkeit, sich in unsre Vorstellungen hineinzudenken. Für ein bürgerliches Hirn bedarf es einer ungeheuren Anstrengung, um sich in den socialistischen Gedankengängen zurechtzufinden. Das kann durch einen Artikel nicht erreicht werden. Ein Proletarier kann durch solch einen Artikel beeinflußt werden, weil bei ihm das Klassenbewußtsein vorhanden ist, und selbst beim Proletarier muß die unablässige Erziehung in der Werkstatt dazu kommen. Nun soll ein Bourgeois, der uns ganz verständnislos gegenübersteht, plötzlich durch einen Artikel in unsre Gedankenwelt eingeführt werden! Aus den bürgerlichen Kreisen können Socialisten nur durch systematische Arbeiten, durch wissenschaftliche Werke, die Werke von Marx, Engels, Lassalle usw. gewonnen werden, aber nicht durch einzelne Artikel, besonders nicht durch so oberflächliche Artikel, wie sie einzig und allein Harden für seine „Zukunft" aufnimmt. Einen Nutzen kann ich mir also von solchen Arbeiten nicht versprechen. Der Schaden aber, den sie anrichten, ist sehr groß, wenn das Empfinden für die Würde der Partei dabei verloren geht. Ich hoffe daher, daß die große Mehrheit des Parteitages dem Vorschlage des Vorstandes zustimmen wird. (Lebhafter Beifall.)

Edmund Fischer:

Ich bin kein Litterat und habe mit dem „Litteratengezänk" gar nichts zu thun. Für bürgerliche Blätter habe ich nie eine Zeile geschrieben, ja ich habe mich schon jahrelang darüber aufgehalten, daß hervorragende Genossen von uns so oft für bürgerliche Zeitungen schreiben. Die Resolution des Vorstandes hat auch meinem Gefühl zum Teil Ausdruck gegeben. Ich bin aber empört — und habe daraus nie einen Hehl gemacht — daß dieser ganze Vorstoß lediglich aus einer persönlichen Differenz des Genossen Mehring entstanden ist. Kautsky that so, als wenn die Frage jetzt plötzlich brennend geworden wäre. Das ist nicht der Fall. Ich habe vor zehn Jahren schon in der „Vossischen Zeitung" in der sogenannten wissenschaftlichen Beilage manchmal Artikel gefunden von Genossen, die gleichzeitig an der „Neuen Zeit" mitarbeiteten. Da hat sich Kautsky nicht gerührt. (Zuruf Bebels: Für die wissenschaftliche Beilage!) Ja, die gehört aber doch auch zur „Vossischen Zeitung". Nach dem Genossen Bebel ist es also zulässig, für den wissenschaftlichen Teil der „Vossischen Zeitung" zu schreiben. Warum denn nicht für den wissenschaftlichen Teil der „Zukunft"? (Lachen.) In derselben „Vossischen Zeitung" wird im Hauptblatte die Socialdemokratie auf das niederträchtigste beschimpft; für die Beilage dürfen aber Genossen schreiben! Warum sollen denn nicht, wenn Harden uns im Leitartikel angreift, im späteren Teil des Blattes wissenschaftliche Artikel von Genossen erscheinen? (Lachen.) Dann der Fall Hans Leuß. Leuß war antisemitischer Abgeordneter, der zu Zuchthaus verurteilt wurde wegen eines Meineides, den er, wie Mehring angiebt, aus edlen Motiven geleistet hatte. Mag sein, aber die Frau seines Freundes hatte er nicht aus edlen Motiven verführt. Jedenfalls hatte er abgewirtschaftet und kam dann zu Mehring, der ihm ein Loblied sang, daß er eine starke demokratische Ader habe usw. Leuß durfte für die „Neue Zeit" schreiben. Zu gleicher Zeit schrieb er Artikel für den „Zeitgeist" des „Berliner Tageblatts" (Zuruf: Auch für die „Welt am Montag"), da hat man absolut nicht von „Reinlichkeit" gesprochen, Genosse Kautsky! (Sehr gut!) Da mußte die Reichstagsfraktion einschreiten, um diesem Empfinden für Reinlichkeit Rechnung zu tragen. Ich war entrüstet über die Sache, besonders aber waren es die Revisionisten, die sich dafür ins Zeug legten, daß reinliche Verhältnisse hergestellt wurden. (Zuruf: Heine!) Jawohl, Heine hat am allerentschiedensten gegen Leuß gesprochen. Die Genossen haben sich übrigens damals nicht nach Revisionisten und alter Richtung geschieden, sondern ganz unabhängig von dieser Gruppierung. Also Veranlassung zum Eingreifen hätte für den Vorstand früher schon vorgelegen, aber da geschah nichts. Wahrscheinlich schrieb Leuß nicht revisionistisch und so wurde er mit Freuden aufgenommen und Kautsky hat ihm keine Karrenzzeit auferlegt. Das ist der Grund, weshalb ich mich empörte, als dann Mehring seine Angriffe auf die „Zukunft" unternahm. Ich habe mit der Person Bernhards **nichts** zu thun, ich hätte gewünscht, daß er nicht Genosse wäre, wie mir das von manchen Genossen vielleicht lieber wäre. Ich war aber empört, daß seit dem Artikel von Adler in der „Zukunft" der Kampf gegen die „Zukunft" geführt wurde. Vorher durfte man für die „Zukunft" schreiben, da hat man nichts gesagt. (Zuruf: Wer hat denn damals dafür geschrieben?) Ich nenne Paul Ernst. (Zuruf: Ist nicht Socialdemokrat!) Er war es aber damals. (Zuruf: Außerdem Ströbel!) Das weiß ich nicht; ich weiß aber, daß Ströbel ebenso wie Schönlank für die Wiener „Zeit" geschrieben hat. Mag sein, daß die „Zeit" anständiger ist als die „Zukunft", aber in der Polemik gegen die Socialdemokratie war sie ebenso gehässig wie die „Zukunft". Die ganze Sache datiert von dem Artikel Adlers in der „Zukunft" gegen Mehring. Als dieser Artikel erschien, fragte mich ein Arbeiter: Haben Sie die Artikel gelesen? Wie ist das denn möglich! Das müßte die ganze Parteipresse abdrucken!" Daß Berthold **die** „Zukunft" verantwortlich gezeichnet hat, will ich nicht billigen; es wäre mir lieber gewesen, wenn er ausgeschlossen worden wäre. Ich bin vielleicht etwas voreingenommen gegen Mehring; das rührt von der Zeit her, wo er 1891 die Broschüre „Kapital und Presse" schrieb. Daß derselbe Genosse bald darauf beauftragt wurde, die Geschichte der

Socialdemokratie zu schreiben, das habe ich nie verstanden. Ich bin überzeugt, wenn die Arbeiter die Laufbahn von Mehring kennten, dann würden sie meine Entrüstung teilen. (Sehr richtig!) 1869 war er doch bereits Redakteur eines demokratischen Blattes gewesen, als er dann Renegat wurde. Er ging damals von der demokratischen „Zukunft" zur konservativen „Spenerschen Zeitung" über, allerdings als Feuilleton-Redakteur, dann zur Socialdemokratie, wurde nicht Redakteur der „Neuen Welt", ging zur konservativen „Post" und arbeitete für die „Staatsbürger-Zeitung", „Weser-Zeitung" „Gartenlaube". Ich hatte diesen Winter von dem „Gartenlaube"-Artikel gehört und habe ihn kürzlich einmal nachgelesen. Da sagte ich mir: Das ist doch ebenso, wie Max Lorenz es macht! Wenn jetzt mit einem Male die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern so wichtig ist, dann wollen wir doch auch mal die Frage entscheiden: Was thun wir, wenn der Max Lorenz mal wieder kommt? (Sehr gut!) Was Mehring that, war schlimmer als was Lorenz thut, denn heute ist die Partei stark, damals aber hatten wir die Zeit der härtesten Verfolgung, als er als Renegat uns so angriff und in der Parteipresse der hervorragendste Vertreter der Gesinnungslumperei genannt wurde. Also Mehring hat aus rein persönlichen Gründen diese Sache aufgegriffen und eine Staatsaktion daraus gemacht. Ich habe, obgleich ich stets nur eine bescheidene Existenz hatte, nie für ein bürgerliches Blatt geschrieben, aber trotzdem stimme ich dem Antrage des Vorstandes nicht zu, weil er zu Ungerechtigkeiten führt. Es werden dadurch die getroffen, die man nicht treffen will. Wir haben eine ganze Reihe armer Parteigenossen, deren journalistische Laufbahn damit begann, daß sie Berichte für bürgerliche Blätter schrieben. Die meinen Sie hier nicht, aber die treffen Sie! Das sind oft die ernstesten und besten Parteigenossen, und ich kann Ihnen eine Reihe tüchtiger, ultraradikaler Genossen nennen, an denen niemand etwas auszusetzen hat, die ebenfalls für bürgerliche Blätter Berichte geliefert haben. Es mutet einen komisch an, daß man gerade in der „Leipziger Volkszeitung" diese Frage so breit getreten sieht. Mehring ist ja schon geschildert worden; der zweite Redakteur der „Leipziger Volksztg." war, nachdem er bei einer Reihe von Parteiblättern Redakteur gewesen war, freier Schriftsteller und hat in bürgerlichen Zeitungen gegen die Parteigenossen geschrieben. (Hört! hört!) Kautsky schrieb, ich trete dafür ein, daß man für die „Zukunft" nicht schreiben dürfe. Das thue ich nicht; ich sage nur: wenn man für die „Zukunft" nicht schreiben darf, dann soll man es für kein bürgerliches Blatt dürfen. Man kann diese Frage nicht durch einen solchen Beschluß festlegen. Hier muß von Fall zu Fall entschieden werden, wie es in dem Fall Berthold geschah, dann kann gerechter verfahren werden. Wenn Sie jetzt diese Frage auf einmal für so wichtig halten und die Verdienste des Genossen Mehring so feiern, dann würde ich — mit diesen Worten will ich schließen — nichts dagegen haben, wenn nach sechs oder sieben Jahren Max Lorenz wieder zu uns käme und dann sofort Redakteur der „Neuen Zeit" würde. (Beifall und Zischen.)

Beyer-Leipzig:

Wenn irgend jemand die Sache auf das persönliche Gebiet hinübergespielt hat, so war es Edmund Fischer. Er hat aus ganz bestimmten Gründen auch den zweiten Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" in die Sache hineingezogen. Mit einem Max Lorenz, der in die Partei gekommen ist in der Absicht, sie auszunutzen und das, was er erfährt im Sinne der Gegner zu verwenden, kann man weder Mehring noch unsren zweiten Redakteur vergleichen. Es war ein großer Demagogenhieb von Fischer, zu erklären, er sei nur so hineingezogen in die Affaire, er sei empört gewesen. Spielt denn die Geschichte seit heute und gestern, daß Fischer den Artikel im „Armen Teufel" noch gerade in der letzten Minute bringen mußte, jenen Artikel, in dem er vom Parteitag den Ausschluß von Mehring — denn dieser ist mit Max Lorenz gemeint — verlangt? Warum war denn Fischer nicht gleich damals empört, als die „Neue Zeit" gegen den Artikel „Parteimoral" in der „Zukunft" polemisierte? Als der Artikel in der „Neuen Zeit" erschien, war es Pflicht von Fischer, sich zu empören (Heiterkeit) und das, was er heute sagt, aufs Tapet zu bringen. (Sehr richtig!) Dem Genossen Heinrich Braun kam es von Anfang an lediglich darauf an, Mehring von dem Blatt zu beseitigen, das immer noch auf unser Princip gehalten hat. Er wollte seiner Zeit die Leipziger absolut zwingen, nicht etwa Mehring zu entlassen, wohl aber ihn zur unveränderten Aufnahme der Braunschen Erklärung zu veranlassen. Dann aber wäre Mehring gegangen, und das lag einzig und allein im Wunsche derjenigen, denen er im Wege ist. Wenn hier geschimpft wird, daß Mehring früher das Buch über die Socialdemokratie und den Artikel in der „Gartenlaube" geschrieben hat, so kann ich nur sagen, daß wir uns diese Dinge genau besehen haben, ehe Mehring zu uns kam. Die Arbeiter, die mit Mehring zu thun hatten, wußten, was los war; sie haben sich aber gesagt, daß bei Mehring eine ganz naturgemäße Entwicklung stattfand. (Auf: Zweimal gemausert!) Aehnlich steht es mit Jäckh. Ich lobe mir die Leute, die sich von rechts nach links entwickeln, mehr als diejenigen, die sich umgekehrt entwickeln. (Sehr richtig!) Wir kennen ja die Leute, die früher nicht radikal genug thun konnten und schließlich beim Genossenschaftswesen endeten. (Sehr richtig!) Wir können nur wünschen, daß der Vorschlag des Parteivorstandes allseitig anerkannt wird, vor allem aber, daß das Proletariat in Zukunft stets nach dem dritten Satz der Erklärung handelt. Haben früher die Dinge bei verschiedenen Parteigenossen vielleicht ähnlich gelegen wie heute, so kann es doch jetzt nicht mehr so weiter gehen. Der Artikel über Parteimoral stellt die Arbeiter als eine Hammelherde hin. (Sehr richtig! Bebel ruft: Das ist das ärgste, was geschrieben ist!) das muß verschwinden, selbst auf die Gefahr hin, daß einer Anzahl von Litteraten in unsrer Partei der Brotkorb höher gehängt werden müßte. (Beifall.)

Klara Zetkin:

Es ist gesagt worden, die Resolution des Parteivorstandes über die Mitarbeiterschaft einzelner Genossen an der „Zukunft" habe eine tiefgehende Erregung in Parteikreisen hervorgerufen. Eine Erregung gewiß, es fragt sich nur, in welchem Sinne und in welchen Kreisen. (Sehr gut!) Wenn man davon spricht, daß diese Resolution in den weitesten Kreisen Entrüstung erregt habe, so verwechselt man den breiten Ocean unsres Parteilebens mit dem Glase Wasser einer kleinen Anzahl von schriftstellerisch thätigen Genossen. (Lebhafte Zustimmung.) In jenem kleinen Glase Wasser nur hat sich ein Sturm der Entrüstung ob bedrohter Meinungsfreiheit erhoben, im großen Ocean unsres Parteilebens haben sich auch Wellen der Entrüstung gekräuselt, aber nur darüber, daß überhaupt eine solche Resolution notwendig wurde. (Sehr richtig!) Man war darüber empört, daß der Parteivorstand es nötig hatte, in der mildesten und schonendsten Form, die er wählen konnte, einzelne Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß es für ihre schriftstellerische Thätigkeit Grenzen giebt, die sie kraft der Moral, kraft des politischen Reinlichkeitsempfindens als Parteigenossen nicht überschreiten dürfen. (Sehr wahr!) Nun hat man hier meiner Ansicht nach den Versuch unternommen, den wahren Kernpunkt der Streitfrage vollkommen zu verschieben (Sehr richtig!); man hat es so dargestellt, als ob es sich lediglich um ein Litteratengezänk zwischen Mehring und Harden handele. Das ist durchaus unzutreffend. Wenn aber irgend jemand dazu beigetragen hat, diese ganze Diskussion von der Höhe einer grundsätzlichen Auseinandersetzung auf das Niveau von Litteratengezänk herunterzudrücken, dann waren es die Genossen, die mit allerlei kleinlichem, persönlichem — ich möchte fast sagen Altweibergerede (Heiterkeit) hierher gekommen sind und alte Erinnerungen von Soupers usw. ausgegraben haben, die mit der Sache nichts zu thun haben. (Sehr gut!) Für uns liegt die Frage nicht so: Wie steht Harden zu Mehring, sondern wie steht Harden und seine „Zukunft" zur Partei? Unter diesem Gesichtswinkel haben wir zu prüfen, ob es Parteigenossen erlaubt sein kann, an der „Zukunft" mitzuarbeiten. (Sehr richtig!) Bei der Behandlung der Sache muß einmal berücksichtigt werden der konkrete Einzelfall der Mitarbeiterschaft an Hardens „Zukunft" und dann die allgemeine Frage, ob es im Parteiinteresse wünschenswert ist, daß hervorragend schriftstellerisch thätige Genossen einen Teil ihrer Kraft der gegnerischen Presse widmen können. Ich habe nicht nötig, alle jene Beschuldigungen gehässigster Art zurückzuweisen, die gegen Mehring erhoben sind, das hat Kautsky in der glänzendsten Weise gethan. Ich will nur sagen, daß die Genossen, die uns hier unterhalten haben mit jenen, den älteren Parteigenossen wohlbekannten Auszügen aus alten Mehringschen Schriften von 1879 und 1880, viel besser thun würden, uns zu unterhalten mit den glänzenden Ausführungen über die socialistische Gedankenwelt, die Mehring in seinem Vorwort zum Nachlaß von Marx und Engels gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung.) Dann würden die Genossen ganz anders urteilen und auch begreifen, daß niemand, der das liest, die Auffassung von Braun teilen kann, als sei Mehring zu uns gekommen als ein abscheulicher Lügner, dessen Bekehrung nicht ernst gewesen sei. Nein, daraus gewinnen wir die Ueberzeugung, daß der socialistische Gedanke in Mehring eine solche lebende Kraft gewonnen hat, daß er durchaus als einer unsrer berufensten und würdigsten Kämpfer in Reih und Glied mit uns steht und daß wir nicht das Recht haben, seine jetzige Gesinnungstreue zu bezweifeln. (Sehr richtig!) Was den konkreten Fall der Mitarbeiterschaft an der „Zukunft" betrifft, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß es für Genossen unzulässig ist, für die Hardensche „Zukunft" auch nur eine Zeile zu schreiben. Kautsky hat schon darauf hingewiesen, in welch bubenhafter Weise die russischen Freiheitskämpfer da geschildert sind. Wenn es je in der Geschichte der Befreiungskämpfe aller Länder Männer und Frauen gegeben hat, die es verstanden haben, die Größe des antiken Helden mit der Selbstlosigkeit des christlichen Märtyrers zu vereinigen, dann sind es die russischen Revolutionäre gewesen. (Stürmischer Beifall.) In einem Organ, das diese Männer und Frauen, die zu den Edelsten und Besten aller Länder und Zeiten gehören, deren Wirken gegenüber wir alle das Gefühl haben müssen: Zieh' deine Schuhe aus, der Boden, wo du stehst, ist heilig. — In einem Organ, wo diese Leute so beschimpft werden, muß es nicht nur für einen Socialisten, sondern für jeden anständigen Menschen unmöglich sein, zu schreiben. (Stürmischer Beifall.) Nun ist gesagt, daß trotz alledem die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft" von erheblicher Bedeutung sei im Hinblick auf die Aufklärung der bürgerlichen Gesellschaft über die socialistische Ideenwelt. Wie unbegründet diese Auffassung ist, beweist die eine Thatsache, daß in Genosse Hardens „Zukunft" (Große Heiterkeit.) — ich nehme diesen Ausdruck selbstverständlich als eine Realinjurie gegen den Parteitag feierlichst mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück (Erneute Heiterkeit) was ich sagen wollte, war das Folgende: Wie unbegründet die Auffassung ist, daß wir durch die Mitarbeit an der „Zukunft" eine Umwälzung in der Auffassung bürgerlicher Kreise herbeiführen können, bezeugt die „Zukunft" selbst, die sich seit langen Jahren der Mitarbeiterschaft hervorragender Parteigenossen erfreut (Bebel: Und Genossinnen!) Dies Blatt konnte nach den großen Kämpfen um den Zolltarif erklären, daß sie socialdemokratische Fraktion das Parlament in eine Kutscherschwemme verwandelt hätte. (Hört! hört!) Sie sehen also, wie erzieherisch die Mitarbeit von Genossen (Bebel: Und Genossinnen!) an der „Zukunft" gewirkt hat. Und ist es möglich, durch die Artikel in der „Zukunft" in unsre Gedankenwelt einzuführen? Ich verneine das, denn alle jene Artikel, die dort erschienen sind, führen im großen und ganzen nicht in unsre Gedankenwelt hinein (Sehr richtig!), sie machen vielmehr die Leser nur mit den Liebhabereien einzelner schreibenden Genossen bekannt. (Zustimmung.) Es ist nicht eine Parteimeinung, sondern eine Beleidigung der Partei, wenn Bernhard dort die Auffassung vertritt, wir hätten eine Wissenschaft mit doppeltem Boden, eine für den blinden Hödur und eine für die Wissenden, die sie sich beim Bier sagen. (Zuruf: Oder beim Wein!) Und der Artikel über die Religion des Kaisers steht meiner Ansicht nach in direktem Gegensatz zu unsrer Auffassung der Religion als Privatsache. Auch eine Reihe andrer Artikel der „Zukunft" sind nicht geeignet, in die socialistische Ideenwelt einzuführen. Die „Zukunft" des Herrn Harden steht uns direkt gegensätzlich gegenüber, sie steht in Bezug auf ihre Tendenz nicht höher als die „Woche" oder der „Lokal-Anzeiger", sie ist genau so ein parteiloses, d. h. charakterloses, dem Geschäft gewidmetes Unternehmen wie jene Blätter. (Sehr richtig!) Wir haben diese sogenannte parteilose Presse zu bewerten unter dem Gesichtswinkel, auf den schon Lassalle hingewiesen hat, indem er sagte, sie sind Geldschlagmaschinen für den Bourgeois; wenn jemand Geld verdienen wolle, so möge er Kattun fabrizieren oder Tuche oder an der Börse spekulieren, nicht aber das Volk vergiften, das sei das größte Verbrechen. Lassalle hat auch bereits auf eine andre Seite dieser parteilosen Presse hingewiesen. In dem Jahrhundert Darwins geht es nicht mehr an, die Masse der Sklaven des Kapitals, die Ausgebeuteten und Enterbten, lediglich durch das Wort des Priesters in der Kirche in geistiger Verdummung und Vergiftung zu erhalten. Die parteilose Presse aber hat genau dieselbe Mission wie die Kirche im Dienste der Bourgeoisie zu erfüllen, nämlich das Klassenbewußtsein des werkthätigen Volkes zu vergiften. (Sehr wahr!) Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist jene Presse noch viel gefährlicher für unsere Bestrebungen als die Presse bestimmter feindlicher Parteirichtungen. Gegen die Gedankengänge, die der Geistliche im Talar ihnen beibringen will, können sich die Massen sehr leicht schützen, aber die parteilose Presse kommt unter der Maske des falschen Freundes in die Kreise der Arbeiter. Wir erklären es und die ganze Parteipresse erklärt es wieder und wieder für eine unsrer wichtigsten Aufgaben, die bürgerliche Presse jeder Schattierung, insbesondere die parteilose, aus jedem Arbeiterheim hinauszubringen, und wir rechnen es dem einzelnen Genossen als Schimpf an, wenn er durch sein Abonnement jene Presse unterstützt. Können wir da den schreibenden Genossen die Ausnahmestellung zubilligen, daß sie durch ihre Mitarbeiterschaft die parteilose Presse interessant und bekannt machen und dazu beitragen, sie in manche Kreise einzuschmuggeln, wohin sie ohne die Mitarbeiterschaft der Genossen nicht gelangen würde? (Sehr gut!) Auch unter diesem Gesichtspunkt können wir uns nur der Resolution des Parteivorstandes anschließen, es scheint, daß in den Kreisen, die die Mitarbeiterschaft befürworten, eine eigenartige Auffassung vorhanden ist über das Verhältnis der Genossen zur bürgerlichen Welt überhaupt. Das Ganze läuft im Grunde genommen auf die Frage hinaus: Können wir uns mit der bürgerlichen Welt vertragen, können wir sie durch Ueberredung und gute Manieren zu uns herüberziehen oder müssen wir die bürgerliche Welt überwinden? Dieser Punkt wird ja bei der Frage der Taktik eingehend erörtert werden. Ich will hier nur darauf hinweisen, daß ich diese Auffassung für irrig halte und daß meiner Meinung nach alles aus dem Wesen des Klassenkampfes resultiert. Wenn die gleiche Zeit, die gleiche Kraft, das gleiche Talent, das man aufwendet, um vielleicht mal diesen oder jenen Bourgeois überreden zu können, daß wir nicht so schlimme Gesellen sind, wie man früher annahm, auf die Revolutionierung der Massen verwendet würde, so würde man statt anderthalb flauen Genossen aus der Bourgeoisie Hunderttausende von wirklichen Kämpfern gewinnen. (Stürmischer Beifall; Händeklatschen.)

Adolf Hoffmann-Berlin:

Nach den Ausführungen von Edmund Fischer und Heinrich Braun müßte man annehmen, daß auf unsrer Tagesordnung stände: Die Sünden von Mehring, Braun und Genossen. Das eigentliche Thema ist vollständig verschoben. Sie sind auf den Kern der Sache nicht eingegangen, und Sie können es wirklich dem Parteitag nicht verübeln, wenn er annimmt, man hat die Ausgrabungen aus Mehrings Schriften nur gemacht, um seine eigne Sache zu bemänteln und das, was eigentlich in Frage steht, nicht zum Austrag kommen zu lassen. Es wird kein einziges Mitglied des Parteitages geben, das nicht das, was Mehring früher geschrieben hat, tief bedauert und verurteilt, aber als Socialdemokraten, die wir doch die Menschen erziehen wollen, dürfen wir nicht einem Sünder, der Buße gethan hat, den Weg versperren. Und daß Mehring Buße gethan hat, beweist doch wahrlich seine Geschichte der Socialdemokratie. Noch weniger können wir sagen: weil Mehring und andre gesündigt haben, deshalb haben auch wir das Recht, für alle Zeit zu sündigen. Es besteht doch ein Unterschied zwischen damals und heute. Unsrer Partei stehen heute eine ganze Reihe von Blättern zur Verfügung. Wir brauchen heute nicht so zu verfahren, wie früher in diesem oder jenem Fall. Es handelt sich nicht nur um die Mitarbeiterschaft, sondern auch um die Frage, ob ein Genosse Redakteur an einem gegnerischen Blatte sein kann und ob er als solcher berechtigt ist, Ehrenämter in der Partei zu bekleiden. Wir wissen ja, daß Bernhard nicht nur Mitarbeiter der „Zukunft", sondern auch Redakteur der „Berliner Morgenpost" ist. (Bernhard: Handelsredakteur!) Das weiß ich, das hätte ich auch selbst gesagt. Bernhard hat in Berlin versucht, als Redner für die Partei aufzutreten; ich glaube ihm, daß er dazu aufgefordert war, aber umso notwendiger war das Vorgehen des Vorstandes. Wohin soll es denn sonst kommen? Bernhard tritt als Redner auf und bei der Unvernunft eines großen Teiles unsrer Genossen, die leider sehr schnell bei der Hand sind mit der Vergebung von Mandaten, würde er vielleicht bald auch Reichstags-Kandidat, vielleicht sogar Reichstags-Abgeordneter werden und das wäre für die „Morgenpost" ein vorzügliches Geschäft. (Sehr gut!) Die arbeitenden Genossen, die von früh bis spät in Fabrik und Werkstatt zu thun haben, um ihre Familie zu ernähren, agitieren nach Feierabend und des Sonntags für unsre Presse. Sie suchen neue Abonnenten zu gewinnen, aber da wird ihnen entgegengehalten, das ist in Berlin thatsächlich passiert — ich kann die Zeugen dafür beibringen — es handelt sich um einen Genossen, der an einem Sonntag ein Flugblatt verteilt hatte und am nächsten Sonntag die Leute zum Abonnement veranlassen wollte, und diesem sagte man: „Die „Morgenpost" ist billiger als der „Vorwärts" und dafür schreiben ja auch Socialdemokraten wie Göhre u. a., wir haben also nicht nötig, den „Vorwärts" zu halten. (Hört! hört!) Das ist durchaus logisch, wenn ein Redakteur der „Morgenpost", sei es auch nur ein Handelsredakteur, öffentlich für die Socialdemokratie auftritt, ohne daß die geschäftliche Leitung der „Morgenpost" etwas dagegen hat, so sagt sich die große Masse: das ist ein Beweis dafür, daß die „Morgenpost" der Socialdemokratie recht freundlich gegenüber steht. Das erschwert unsre Agitation ungeheuer, es erschwert die Verbreitung unsrer Presse, und wenn ein Parteitag das länger duldet, so versündigt er sich an den Arbeitern, die für unsre Presse agitieren. (Sehr richtig!) Bernhard ist ja hier. Ich begrüße es mit Freuden, daß er auch ein Mandat hat, ich glaube von Breslau-Land. Durch welche Verwandtschaft er es erhalten hat, entzieht sich meiner Kenntnis. (Heiterkeit und Sehr gut!) Berlin hat es abgelehnt, ihn als Delegierten hierher zu entsenden. Gerisch hat gezeigt, wie unsre Parteipresse zugenommen hat, aber wenn die Quertreibereien von dieser Seite in den letzten Jahren nicht gewesen wären, dann hätten wir noch größere Fortschritte gemacht.

Welche Artikel sind es denn, die von der bürgerlichen Presse aufgenommen werden? Ich gebe zu, auch wenn Genosse Bebel sich zu einem solchen Artikel verstehen würde, so würde der Artikel wohl hin und wieder einmal als Reklame aufgenommen werden. Aber im allgemeinen nimmt die bürgerliche Presse vor allem solche Artikel auf, mittels deren man der Socialdemokratie Knüppel zwischen die Beine werfen kann. Das ist der Kernpunkt. Durch diese Thätigkeit gewisser Auch-Genossen wird uns die Agitation ganz außerordentlich erschwert. Denken Sie mal darüber nach, wieviel Zeit Sie in Agitationsversammlungen verschwenden müssen mit der Widerlegung der Verdrehungen, die uns mittels dieser Artikel entgegengehalten werden. Was bringen da die Gegner immer zuerst vor? Die Artikel der Genossen Göhre, Heine, v. Vollmar usw. Die werden uns vorgehalten. Und statt daß wir unsre prinzipiellen Ideen gegenüber dem Gegner vertreten könnten, müssen wir uns mit der Abwehr dieser Artikel beschäftigen. Das schadet uns ungemein. Braun sprach von seinem „tiefen Empfinden". Ich bin auch der Meinung: wenn wir dieses Vorgehen sehen, dann überkommt einem ein tiefes Empfinden des Ekels (Lebhafte Zustimmung) gegen dies Treiben, mit dem man sich immer wieder beschäftigen muß. Die freien Schriftsteller schreien über Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit, wenn sie sich dem Rahmen des Parteiprogramms einfügen sollen. Wie geht es denn bei diesen Artikeln meist zu? Die Genossen wollen ihre Artikel los werden; weil sie in der Parteipresse vielleicht keinen genügenden Absatz finden, wenden sie sich an die gegnerische Presse. Wenn man dann einen vermögenden Gönner findet, so gründet man eine neue Zeitung. (Sehr gut!) Da holt man nun Liebknecht hervor, um uns zu beweisen, daß er auch mal Thorheiten gemacht hat. Aber Liebknecht nahm ja nicht in Anspruch, unfehlbar zu sein. Wenn Braun doch endlich mal, statt den Fehlern des alten Liebknecht nachzuspüren, etwas von seinem Geist profitieren wollte! Das thut ihm not! Braun sprach von dem Index, der die Konsequenz des Vorstandsantrages sei, und meinte, dann müßte man auch das Lesen gegnerischer Blätter verbieten. Das ist aber doch etwas ganz andres! Bürgerliche Blätter lesen wir zu dem Zwecke, um Material gegen unsre Feinde zu sammeln. Das ist nicht nur unser Recht, sondern unsre Pflicht. Recht kurios fand ich die Souper-Geschichte, die Braun hier erzählt hat. Es wäre von großem Vorteil, wenn er noch nachtragen wollte, was es bei diesem Souper gegeben hat. (Heiterkeit.) In der Provinz werden wir jetzt schon in wenigen Tagen von Soupers lesen, die die Führer abhalten. (Sehr richtig! Unruhe.) Da werden diese Dinge alle aufgeführt werden, die man hier — die Genossin Zetkin sagte ganz richtig: als alter Weiberklatsch — in die Debatte geworfen hat. (Beifall.) Damit werden wir uns lange herumzuschlagen haben. Es ist durchaus berechtigt, davon zu sprechen, wie schnell manche Leute, die zu uns kommen, Führerrollen übernehmen. Ich bin der Meinung, daß es höchste Zeit ist, daß der Parteitag da einmal eine Grenze zieht für die Aufstellung von Reichstags-Kandidaten. Es ist gar nicht lange her, da hatte sich der Parteitag mit einem Antrage — ich glaube aus Teltow-Beeskow — zu beschäftigen, daß mehr Arbeiter als Kandidaten aufgestellt werden sollten. Der Antrag wurde auf meinen Vorschlag den Wahlkreisen zur Berücksichtigung überwiesen. Leider haben die Wahlkreise ihn sehr wenig berücksichtigt, sondern sie waren nur zu geneigt, alte, verdiente, ein Menschenalter kämpfende Genossen herauszubringen und dafür Doktoren hineinzubringen. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.) Es wird mir jetzt wieder gesagt werden, ich ginge gegen die Akademiker los. Die Akademiker achte ich hoch — Liebknecht war auch einer — die zu uns kommen, um mit uns zu arbeiten, aber nicht, um uns fortwährend Knüppel zwischen die Beine zu werfen und den Kommandeur bei uns zu spielen. (Beifall.) Wenn wir eine Karenzzeit einführten, so würde das gar nichts schaden; sie wäre im Gegenteil sehr am Platze. Es ist Zeit, daß wir diesen Genossen endlich einmal sagen: Wendet Euer Gehirnschmalz doch einmal dazu an, den Gegner zu kritisieren. Dann sollten Sie mal sehen, wie schnell ihnen die Presse der Gegner verschlossen würde. Aber wenn sie so fortgesetzt indirekt der Partei am Zeuge flicken. (Zuruf Bernhards: Wer thut das?) Regen Sie (zu Bernhard) sich doch nicht auf, Sie haben am allerwenigsten Ursache dazu: ich erinnere nur an ihren „Zukunft"-Artikel, und da fragen Sie noch, wer das gethan hat? Also wenden Sie Ihr Gehirnschmalz dazu an, die Gegner zu bekämpfen; wenn sie das nicht können, dann ist es besser — ich spreche das ganz offen aus — Sie verschonen uns mit Ihrer Gegenwart. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. Zischen). Merkwürdig war es, daß Braun von „Spaltung" sprach, gehen Sie doch mal hin zu den arbeitenden Genossen und fragen Sie mal, wie es mit der „Spaltung" steht! (Große Heiterkeit.) Meinen Sie, daß die Socialdemokratie sich spalten wird, wenn ein paar Genossen von ihren Rockschößen abgeschüttelt werden? (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Zu solchen Vermutungen kann man nur kommen, wenn man keine Ahnung davon hat, wie man in den Kreisen der Arbeiter denkt (Lebhafter Beifall.)

(Durch ein unterbrochenes Einlaufen der Telegramme mußte der Bericht geschlossen werden.)

Verantwortl. Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dresden, den 13. September.

Vorversammlung.

Seit Halle ist noch kein Parteitag so zahlreich beschickt worden wie dieser, der heute abend zusammentritt: an 400 Teilnehmer sind angemeldet. Der große Saal des „Trianon“ erweist sich beinahe als zu klein für die Masse der Erschienenen. An sechs großen Längstafeln und zahlreichen Nebentischen haben die Delegierten Platz genommen. Im Hintergrunde und an den Seiten des Saales drängt sich die Menge der Zuhörer; Hunderte von einlaßbegehrenden Parteigenossen mußten wegen Ueberfüllung des Raumes zurückgewiesen werden. Vor dem Podium sitzen an zwei langen Tafeln die Vertreter der Presse, von der einige 60 Anmeldungen vorliegen, darunter auch solche von der ausländischen Presse.

Die Gewerkschaft der Tapezierer hatte in Stunden, die die Arbeit frei ließ, den Saal auf das reichste und geschmackvollste geschmückt. An der Hinterwand der Bühne, auf der sich der Vorstandstisch befindet, wird die Statue der Freiheit von den Büsten unsrer Vorkämpfer Marx, Lassalle, Engels und Liebknecht flankiert. Ein Hain von Lorbeer und Palmen umgiebt die Standbilder, über denen das Bild der aufgehenden Sonne den Völkerfrieden verkündet. Tannenreisig und Tannenguirlanden schmücken vereint mit Fahnen, Emblemen und Schilden die Wände und Säulen des Saales. Marx, St. Simon und Hutten lieferten den Text für die mahnenden und anspornenden Inschriften: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! — Erinnere Dich, daß man begeistert sein muß, um Großes zu vollbringen. — Die Geister sind erwacht; es ist eine wahre Lust zu leben! —

Pünktlich um 7 Uhr beginnen die Verhandlungen.

Namens des Dresdener Lokalkomitees begrüßt

Kaden

die Delegierten mit folgender Ansprache: Ich eröffne die Versammlung.

Auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes ersuche ich die Minderjährigen, das Lokal zu verlassen. (Große Heiterkeit.)

Parteigenossen und -Genossinnen! Im Namen des Lokalkomitees habe ich mich der ehrenvollen Aufgabe zu entledigen, Sie herzlich willkommen zu heißen, willkommen zu heißen auf einem Boden, auf dem die deutsche Socialdemokratie für immer heimatberechtigt ist. Jubel erregte es unter den Genossen Sachsens, als der Parteitag in München beschloß, das nächste Mal nach Dresden zu gehen. Die sächsischen Genossen haben sich der Ehre, daß Sie hier in Dresden tagen wollen, würdig gezeigt, sie haben gezeigt, daß sie zu kämpfen wissen und sich würdig einem jeden an die Seite stellen dürfen, indem sie von den 23 sächsischen Reichstags-Mandaten 22 als Morgengabe dem Parteitage entgegenbringen. (Lebhaftes Bravo!) Sie sind jetzt in einem roten Lande, Sie sind in einer roten Stadt. Ich heiße Sie nochmals herzlich, herzlich willkommen. (Beifall.)

Mit stolzer Freude blickt der Genosse der Ebene von Leipzig, vom Lausitzer und Erzgebirge, vom Vogtland und der in harter Fron schaffende Sandsteinarbeiter auf das Arbeiterparlament in Dresden, sie erwarten, daß Mittel und Wege gefunden werden, um den Vormarsch zu beschleunigen zur Beseitigung der politischen Unterdrückung und der wirtschaftlichen Ausbeutung. Es ist das zweite Mal, daß in Dresden ein socialistischer Kongreß tagt — das erste Mal im Jahre 1871. 32 Jahre sind seitdem vergangen. Der damalige Kongreß war aber nur ein Rumpfparlament der deutschen Arbeiter, die Arbeiterklasse, soweit sie zum Bewußtsein erwacht war, war gespalten, und der Gedanke der Notwendigkeit des Zusammenhaltens, des einheitlichen Vorgehens war noch nicht zum Durchbruch gekommen. Es war eine kleine Anzahl von Männern, die sich damals hier zusammengefunden hatten — 56 Delegierte hatten sich in dem Saale zum Münchener Hof eingefunden. Gewiß eine kleine Schar, aber eine mutige Schar. Mutig blickte sie in die Zukunft, und trotz aller Verfolgungen, die über sie hereinstürmten, war und blieb ihr Wahlspruch: Unser die Welt trotz alledem! Welche Fortschritte hat die Bewegung gemacht? Was wurde in den 32 Jahren geschaffen? 1871 hatten wir bei der Reichstagswahl nur etwas über 100 000 Stimmen, und das klassenbewußte Proletariat jubelte damals schon ob der Erfolge, daß es zwei Vertreter in den Reichstag senden konnte, wovon der eine noch nicht einmal direkt der Socialdemokratie angehörte. Und heute? Heute nach 32 Jahren braust der Jubel des Proletariats durch die gesamte civilisierte Welt über unsre Erfolge bei den letzten Wahlen. Ueber drei Millionen Stimmen und 81 Mandate waren der Ertrag der Agitation in diesen 32 Jahren. Sachsen, auch Dresden, hat an diesen Erfolgen regen Anteil genommen. 1871 hatten wir in Sachsen 31 000 Eisenacher und 2200 Lassalleische Stimmen, in Summa 33¼tausend Stimmen; heute zählen wir in Sachsen ziemlich 442 000 und haben von 23 Mandaten 22 erobert. Sachsen ist somit socialdemokratisch, und das wird und muß es bleiben. Unsre ganzen wirtschaftlichen und politischen Zustände haben uns auf diese Bahn gedrängt, und auf dieser Bahn müssen wir ständig fortschreiten. (Lebhafter Beifall.) Die herrschenden Gewalten wurden unterstützt durch den Unverstand der Massen; es war unsre erste Pflicht, diesen Unverstand zu beseitigen, damit jene Massen Schulter an Schulter mit uns kämpften. Ausnahmegesetze wurden über uns verhängt, aber trotz alledem gelang es nicht, uns in unsrem Vormarsch aufzuhalten. Die alte Garde kämpfte mit dem Feuer der Jugend, die Jugend folgte der alten Garde und schlug sich genau so tapfer wie diese. Den Einfluß und die Macht, die wir errungen haben, die haben wir errungen durch innere Kraft. Darum, Genossen und Genossinnen, möge auch auf diesem Parteitag das Bestreben obwalten, die Partei nach innen zu festigen und zu stärken. Unsre Gegner setzen ihre Hoffnung lediglich auf einen Zwiespalt in unsren Reihen. Sie müssen sich täuschen. Wir haben die Verpflichtung übernommen, thatkräftig für die Wohlfahrt des Volkes zu wirken; das Volk hat uns sein Vertrauen bekundet und diesem Vertrauen müssen wir durch Einigkeit und innere Kraft genügen. (Lebhafter Beifall.) Ich bin überzeugt, daß Sie alle in diesem Punkte mit mir übereinstimmen und sich der Verantwortlichkeit bewußt sind. Möge daher auch der Streit der Meinungen auf diesem Parteitage entbrennen — wenn er getragen wird von dem guten Willen, der Partei zu nützen, dann wird er auch seine Früchte tragen. Dessen wollen wir eingedenk sein. Wir wollen neue Waffen schmieden auf diesem Parteitage, um den Kampf gegen die Reaktion siegreich zu führen. Wir müssen kämpfen und streiten, wir dürfen nach diesem glänzenden Siege nicht stille stehen, sondern wollen überall den Feind verfolgen, ihn zerschmettern und niederschmettern! Unsre Parole muß dauernd und immer die alte bleiben wie seit fast 40 Jahren: „Auf zum Kampf, auf zum Sieg!“ (Stürmischer Beifall.)

Darauf nimmt, von der Versammlung mit lang anhaltendem Beifall und Händeklatschen begrüßt,

Bebel

das Wort. Parteigenossen! Ich glaube im Sinne und Geiste aller, die hier zum Parteitag zusammengekommen sind, zu handeln, wenn ich unsrem alten Vorkämpfer August Kaden — denn auch er gehört bereits zu den Alten — unsren herzlichsten Dank ausspreche für die ebenso schwungvollen wie gutgemeinten Grüße und Beglückwünschungen, die er soeben ausgesprochen hat. Wenn irgend jemand, so haben gerade die Dresdener Genossen und speciell wieder August Kaden das Recht, hier jubelnd zu verkünden die großen Siege, die uns der Wahlkampf in den Schoß geworfen hat. Wohl waren wir auf große Erfolge gefaßt wohl hat auch der eine oder der andre schüchtern gewagt, auszusprechen: Wir werden das an Stimmen und Mandaten bekommen, was wir thatsächlich erreicht haben; aber es offen zu sagen hat keiner gewagt, weil es doch immer eine bedenkliche Sache ist, in solchen Momenten Behauptungen aufzustellen, die vielleicht von den einen mit Jubel begrüßt, von den andern aber kopfschüttelnd aufgenommen werden und von denen immer zweifelhaft ist, wieweit sie in Erfüllung gehen. Aber die kühnsten Erwartungen sind nicht nur erfüllt, sondern noch übertroffen worden (Sehr richtig!), und ganz speciell hat Sachsen aber auch die allerkühnsten Erwartungen weit übertroffen. (Zustimmung.) Der Sieg, den Sachsen davongetragen hat, steht einzig da in der Geschichte der Wahlen aller Länder, soweit ich sie kenne. In Sachsen hat das Volksgericht es ausgesprochen: „Die da regieren, sind nicht die, von denen wir regiert sein wollen!“, in Sachsen hat man ausgesprochen die moralische Depossedierung derjenigen, die heute in Sachsen das Heft in der Hand haben. In Sachsen ist endlich das Volksgericht mit elementarer Gewalt auf die Häupter derjenigen herniedergefahren, die uns seit Jahrzehnten gehobelt und gebüttelt haben, wie niemals eine Partei gehobelt und gebüttelt worden ist. Ich habe deshalb bereits in dem Artikel, der sich in Ihren Händen befindet, ausgesprochen, daß ich mir manchmal gesagt habe: Wann endlich wird das sächsische Proletariat den Geduldsfaden verlieren und seinen Unterdrückern einmal eine Antwort geben, wie sie sie hundert- und tausendfach verdient haben. Ich war vor zwei Jahrzehnten Zeuge dessen, was man sich in Sachsen an der alleroffiziellsten Stelle des Landes gegen die Socialdemokratie herausgenommen hat, jenes Wortes, das der Minister des Innern frei heraus sagte: „Die Gesetze des Landes gelten zwar für alle, aber bei gewissen Gesetzen muß die Socialdemokratie besonders behandelt werden!“ (Pfui!) Das heißt: Alle Grundanschauungen der Gerechtigkeit, auf denen ein modernes Staatswesen beruhen soll, mit Füßen treten! Da habe ich mir immer gesagt: Wann wird endlich die Stunde kommen, wo das Volk von seinem einzigen wirklichen Rechte, dem Wahlrecht, Gebrauch macht, um denen da oben zu sagen: „Nehmt Euch in Acht! Jetzt ist das Maß unsres Unmuts voll!“ Als 1897 die Wahlentrechtung verhängt wurde, sagte ich mir: „Die Wahlen des Jahres 1898 werden wohl beweisen, daß das Maß der Geduld zum Ueberlaufen gebracht worden ist.“ Die damaligen Wahlen sind glänzend ausgefallen, aber ich sage Euch ganz offen: ich war noch nicht zufrieden damit. (Heiterkeit.) Ich sagte mir: das ist noch lange nicht genug, das muß noch ganz anders kommen. Als ich hier in Sachsen arbeitete und mit diesem oder jenem Parteifreunde redete, sagte ich: „Ihr Sachsen seid famose Kerle (Heiterkeit), aber Ihr seid noch viel zu gemütlich (große Heiterkeit), Ihr müßt endlich einmal Galle in den Leib bekommen, Ihr müßt endlich einmal Zorn und Leidenschaft bekommen und dem Ausdruck geben!“ Als dann der 16. und als Nachspiel der 25. Juni kam, da sagte ich mir: Bravo! Bravo! Jetzt endlich haben sie gethan, was du längst erwartet hast! So war es schön, so war es brav! Die Herren da oben werden diesen Denkzettel so rasch nicht wieder vergessen (Bravo), umsoweniger, da wir ja weder in Sachsen noch im übrigen Deutschland geneigt sind, auf unsren Lorbeeren auszuruhen. Wir haben viel erreicht, wir müssen noch mehr erreichen, und wenn man glaubt, uns in irgend einer Weise daran hindern zu können, so möge man bedenken, daß die drei Millionen über 25 Jahre alten Männer, die für uns gestimmt haben, ganz genau wußten, wen sie wählten. Wenn sie es nicht gewußt hätten, wenn unsre Agitatoren und Kandidaten vergessen hätten, es ihnen zu sagen, so hätten die Gegner es ihnen gesagt. (Sehr richtig!) Die Gegner haben es in übertriebenstem Maße in die Ohren aller Wähler hinausgeschrien, was wir für eine fürchterliche, von Gott und Teufel verlassene Gesellschaft sind. (Große Heiterkeit.) Man wußte also, wer wir waren, und alle die Angriffe, die Verleumdungen, der moralische Unrat, der in der Wahlagitation in noch viel größerem Maße als je zuvor über uns ausgegossen ist, hat unser Kleid nicht nur reinlich gelassen, er hat auch gezeigt, daß die Masse des Volkes sich von derartigen Anklagen und Beschimpfungen auch nicht eine Sekunde mehr betrügen und betäuben läßt, daß sie ganz genau weiß, was sie will, und die Entscheidung des 16. Juni war in allen Ecken und Gauen Deutschlands die schönste, die großartigste, die wir erwarten durften. Wir stehen ja hier in Dresden und in Sachsen auf altem Kulturboden, und insofern sind eigentlich die Ereignisse der letzten Zeit ganz natürlich. Man mag das Sachsenvolk beurteilen, wie man will, das eine muß man ihm zugeben, es marschiert bereits seit Jahrhunderten in kultureller Beziehung an der Spitze Deutschlands, weit mehr als das Westkalmückentum, das zuletzt die Herrschaft in Deutschland bekommen hat. Bereits gegen Ende des Mittelalters war Sachsen, soweit das unter den damaligen Verhältnissen möglich war, in wirtschaftlicher und ökonomischer Beziehung eines der fortgeschrittensten Länder Deutschlands. Die Leipziger Messe war die bedeutendste der Welt, Leipzig war die größte Handelsstadt, die Centrale, in der damals die ganze Handelswelt sich zu bestimmten Zeiten des Jahres einstellte. Und wie heute, so war schon damals besonders das obere Erzgebirge die Blüte des Erzbergbaues und die Blüte der Hausindustrie.

Es war also nur ganz natürlich, daß, als zu Anfang des 16. Jahrhunderts im Deutschen Reich der große Geisteskampf ausbrach, der mehr oder weniger die ganze Kulturwelt ergriff, Reformation genannt, ein so vorgeschrittenes Volk auch in diesem Kampfe Partei nahm und in seiner großen Mehrheit auf die Seite der Neuerer, der Reformatoren, trat. Und nicht allein das! Gerade in jenen Gegenden, die damals die Hauptsitze der industriellen Entwicklung waren, im Erzgebirge und der Zwickauer Gegend, war es, wo die am weitesten vorgeschrittene Richtung der Reformation, die Thomas Münzer leitete, ihren Hauptanhang fand. Die Marienkirche zu Zwickau war es, wo Münzer seine revolutionären Brandreden an die Bergknappen und die Hausweber hielt, an alle die Leute, die von jeher in religiöser Beziehung auf einem freieren Standpunkt gestanden haben, als sonst irgendwo in Deutschland. Und so ist es in Sachsen die ganzen Jahrhunderte trotz der schauderhaften Mißwirtschaft seiner Regierungen gegangen. Als zu Anfang des vorigen Jahrhunderts Napoleon kam und mit eisernem Besen den Schutt aus Deutschland hinausfegte, der sonst nur auf revolutionärem Wege hätte beseitigt werden können, da war es vielleicht nicht so ganz zufällig, daß der damalige König von Sachsen es für angemessen erachtete, sich auf die Seite Napoleons zu schlagen. Ich will meine historische Exkursion nach dieser Richtung hin nicht weiter ausdehnen, aber Thatsache ist, daß jenes französische Element, so sehr man es vom deutsch-nationalen Standpunkt aus verurteilte, im Deutschland jener Zeit die Rolle einer revolutionären Bewegung gespielt hat.

Ebenso natürlich war es, daß, als 1831 in Frankreich, wo im vorigen Jahrhundert so oftmals das Banner der Freiheit und Gleichheit erhoben wurde, die Juni-Revolution ausbrach, auch in Sachsen die Bewegung losging. Die sächsische Regierung wurde gezwungen, dem Volke eine Verfassung im modernen Geiste der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhundert zu gewähren, die in ihren Grundlagen bis auf den heutigen Tag leider noch besteht. Das Jahr 1848 freilich fegte auch jene Verfassung hinweg, die Regierung war genötigt, das denkbar freieste Wahlrecht zu geben, aber nur sich fügend dem Druck von unten, der Gewalt von unten. Und sobald man glaubte, es wieder wagen zu können, da entriß man dem Volke alle Errungenschaften des tollen Jahres und das Volk bekam die alte Ständeverfassung von 1831 in unverkürztem Maße und nach verschiedenen Richtungen hier verschlechtert wieder. Aber 1849 war es neben Baden speciell auch wieder Sachsen, das sich für die Reichsverfassung in die Schanze schlug. Hier in Dresden wurden bekanntlich die schweren Kämpfe gegen die preußische Soldateska, die ins Land kam, weil man sich auf die eignen Landeskinder nicht mehr verlassen konnte, geführt, die mit einer vollständigen Niederlage der damaligen Volksempörer endeten.

Ich war bekanntlich 1872 — wenn man sich wie ich zu der alten Garde rechnen darf, so ist es ja natürlich, daß man gern solche kleinen Erinnerungen aufleben läßt — ich war bekanntlich 1872 mit unserm alten, leider verstorbenen Liebknecht wegen Vorbereitung zum Hochverrat — das Deutsche Reich sieht heute noch (Heiterkeit) — zu zwei Jahren Festung verurteilt. Diese genossen wir in Hubertusburg, sehr zu meiner persönlichen Gesundheit. (Heiterkeit.) Da wurde in den letzten Wochen — Liebknecht, der früher eingezogen war als ich, war bereits ausgerückt — Hubertusburg als Civilfestung aufgehoben, und der schöne Königstein hier oben wurde Civilfestung. So führte mich denn am 23. April — ich vergesse den Tag nicht; es war gerade Königs Geburtstag (Große Heiterkeit); ganz Dresden prangte im Fahnenschmuck — ein Aufseher auf den Königstein. Dort habe ich die letzten drei Wochen meiner Haft verbüßt. Der Festungsgefangene hat das Recht — natürlich gegen Entschädigung, denn der Staat giebt nie etwas umsonst (Heiterkeit) — einen Wärter zu verlangen, der ihm gewisse Dienste leistet, das Zimmer reinigt, das Bett macht und so weiter. Der Mann, den ich hatte, war 71 Jahre alt; es war derselbe, der früher Bakunin und Tot zu bedienen gehabt hatte. Natürlich war das für mich ganz außerordentlich interessant. Das war vorübergegangen, aber das preußische Regiment blieb in Sachsen. Naturgemäß, als Ende der fünfziger Jahre die große politische Bewegung wieder einsetzt mit der Gründung des Nationalvereins usw., faßte diese Bewegung in Sachsen festen Boden, und sofort wurden an allen Ecken und Enden anknüpfend, an die achtundvierziger Traditionen, Volks- und Arbeitervereine gebildet. Allerdings sollten nach einem Bundesratsbeschluß von 1855 Arbeitervereine nicht existieren. Aber es ging da, wie es so manchmal geht; es giebt Perioden, wo alle gesetzlichen Bestimmungen nicht aufrechterhalten werden können, man mag wollen oder nicht. 1861 waren in Leipzig und Dresden Arbeitervereine gegründet worden. Da trat 1863 Lassalle auf; Sie wissen, es waren im Mai dieses Jahres 30 Jahre verflossen seit der Begründung der socialdemokratischen Partei, repräsentiert durch den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Unter der großen Zahl der hier Anwesenden befindet sich, soviel ich weiß, kein einziger, der an jener Gründung des Allgemeinen Arbeitervereins teilgenommen hätte. Ich selbst und ich glaube, auch Genosse Motteler waren ja damals entschiedene Gegner der Lassalleschen Richtung und bekämpften sie eifrig. In Dresden erklärte sich Försterling, der an der Spitze des Arbeitervereins stand, sofort für Lassalle und machte Propaganda für ihn, aber ohne nennenswerten Erfolg. Da kam das Jahr 1863. Wir hatten damals die Sitte, gegenseitig zu unsren Stiftungsfesten Delegierte zu entsenden. In Leipzig waren im Jahre 1863 zwei Vereine, einer von der Lassalleschen Richtung und einer von der Richtung, der ich angehörte. Zu dem Stiftungsfest des Dresdener Vereins wurde von meinem Verein ich als Delegierter entsandt, und da kam es denn zu einem ganz gehörigen Auseinanderplatzen der Gegensätze. Försterling gelang es nicht, den Verein auf seine Seite zu bringen und er trat aus. 1867 fanden die Wahlen zum konstituierenden Reichstag statt. Selbstverständlich standen wir auch bei diesen Wahlen gegen einander. Wir hatten in Chemnitz unmittelbar vor der Schlacht bei Königgrätz Versammlungen veranstaltet, auf denen die Lassalleaner ebenfalls vertreten waren, in denen wir ein, wie mir scheint, durchaus socialistisch-demokratisches Programm entwarfen. Die anwesenden Lassalleaner stimmten zu, die entscheidende Stelle vermerkte das dann aber übel und so mußte die Zustimmung zurückgezogen werden. Bei den Wahlen bekämpften wir uns, wie gesagt, überall, aber schon damals zeigte sich, daß wir, wenn auch nicht offiziell Socialisten, so doch thatsächlich socialistisch kämpften. So allein war es möglich, daß z. B. im 17. sächsischen Wahlkreise auf mich über 4000, auf den Lassalleschen Kandidaten kaum 400 Stimmen entfielen. Vom Jahre 1871 hat schon Kaden gesprochen; ich möchte dazu noch eine kleine Episode mitteilen. Nach der Gefangennahme des Braunschweiger Ausschusses war es ja nötig, den Ausschuß nach Dresden zu verlegen. Wir wußten ganz genau, daß der Braunschweiger Ausschuß das ganze Partei-Archiv in die Hände der Polizei hatte fallen lassen mit allen möglichen Briefen von Marx, Engels, mir u. a. Ich setzte mich also hin und schrieb nach Dresden: Seid so gut und nehmt euch das Braunschweiger Beispiel zu Herzen und hebt nicht etwa unsre Briefe auf! Das half aber nichts; als nachher die Polizei Haussuchungen vornahm, fand sie alles und meinen Brief mit. (Heiterkeit.) Natürlich, als nachher die Untersuchung wegen Hochverrats gegen mich geführt wurde, kam eines Tages der Untersuchungsrichter mit diesem Briefe und sagte mir: „Das ist ja sehr verdächtig! Sie haben da ja gewarnt!“ So war man trotz aller Verfolgungen doch von einem Vertrauensdusel beseelt, wie er später nicht mehr vorhanden war. — Dann gelang es uns 1877 hier in Dresden zum erstenmal, den socialdemokratischen Kandidaten durchzubringen. Die Freude dauerte nicht lange; 1878 nach der Auflösung behaupteten wir das Mandat noch, aber dann kam das bitterböse Jahr 1881, wo wir in Dresden unter dem Belagerungszustand wählten, und da war es mit den Siegen zu Ende. Aber endlich haben wir auch Sachsens Hauptstadt wieder erobert, zum erstenmal 1898, glänzender und großartiger in diesem Jahre, und wir dürfen hoffen, daß unter dem heutigen Wahlrecht niemals mehr daran zu denken ist, daß uns Sachsens Hauptstadt oder einer der andren Bezirke Sachsens genommen wird.

Ich glaube also, wir haben alle Ursache, uns nicht nur dieses Sieges, sondern auch speciell darüber zu freuen, daß wir Gelegenheit haben, diesen Parteitag in den Dresdener Mauern zu begehen. Wir waren von vornherein überzeugt, daß die Dresdener Genossen alles aufbieten würden, um uns die Tage hier so angenehm als möglich zu machen. Im übrigen schließe ich mich voll und ganz den Schlußworten meines verehrten Vorredners an und damit will ich meine offizielle Begrüßung schließen.

Ich erkläre hiermit im Namen des Parteivorstandes den Parteitag für eröffnet. Ich bitte Sie, nunmehr die Vorsitzenden zur Leitung der Verhandlungen zu wählen. Wie üblich wählen wir nicht einen ersten und zweiten Präsidenten, sondern zwei Präsidenten mit gleichen Rechten . . .

Lienau-Neumünster: Ich schlage Singer und Kaden vor.

Beide werden einstimmig gewählt.

Bebel bittet die beiden Gewählten, die Geschäfte in die Hand zu nehmen. Meine Aufgabe ist damit erledigt. (Lebhafter Beifall.)

Singer,

mit stürmischem Beifall begrüßt, dankt zugleich in Kadens Namen für das Vertrauen, das die Wahl ihnen beweise. Wir werden bemüht sein, die Geschäfte so zu führen, daß wir den Aufgaben, die dieser Parteitag hat, voll gerecht werden zum Nutzen der Partei. (Bravo!)

Ich will die trefflichen Ausführungen, die wir eben gehört haben, nicht vermehren. Aber daran möchte ich doch erinnern in dem Augenblick, wo dieser Parteitag zusammentritt nach einer glorreichen Wahlschlacht, wo die Augen der ganzen Welt auf uns gerichtet waren, wo die Bruderparteien aller Länder uns ihre Sympathie für unsre Wahlerfolge ausdrückten, daß wir dem Tage entgegengehen, wo vor 25 Jahren das Socialistengesetz erlassen wurde, das ein Ausnahmerecht schuf für die Partei, die die Befreiung aller Unterdrückten auf ihre Fahne geschrieben hat. Jenes Gesetz, das die Socialdemokratie vernichten sollte, es hat auch in Sachsen gewütet. Wenn es ein Land giebt, in dem die Schergen dieses brutalen Gesetzes auf das eifrigste bemüht waren, die Socialdemokratie als Partei und in ihren Mitgliedern zu schädigen, dann war es auch Sachsen. (Lebhafte Zu-

stimmung.) Wollen wir uns doch nicht verhehlen, daß unbeschadet der Vorzüge, die Bebel mit vollem Recht dem sächsischen Volke zugeschrieben hat, seine politischen und wirtschaftlichen Leiter den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen dürfen, Sachsen an die Spitze der Reaktion geführt zu haben. (Lebhafte Zustimmung.) Gedenken wir aber des Tages, der uns das Socialistengesetz brachte, so können wir auch rühmend gedenken der sächsischen Genossen, die unsere Vorhut im Kampfe gegen dieses Gesetz waren, die trotz Regierung und Polizei ihre revolutionäre Ueberzeugung bethätigten. (Lebhafter Beifall.)

So wollen wir denn unsre Verhandlungen beginnen, indem wir unsern Dank an die sächsischen Genossen und an die Gesamtpartei Deutschlands für ihre mutvolle, erfolggekrönte Arbeit ausdrücken in dem Ruf: Die deutsche Socialdemokratie, sie lebe hoch, hoch, für immer hoch! (Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und stimmen begeistert in den Ruf mit ein.)

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Schulz-Bremen gewählt: Oppel-Berlin, Frl. Baader-Berlin, Lohrberg-Hannover, Keil-Stuttgart, Weidner-Frankfurt a. M., Stengele-Hamburg, Feldmann-Langenbielau, Stücklen-Altenburg und Meist-Köln.

Zu Mitgliedern der Mandatsprüfungs-Kommission, die zugleich Kommission zur Vorberatung der dem Parteitag zugehenden Beschwerden und Wahlkommission ist, werden auf Vorschlag von Schmidt-München gewählt: Wels-Berlin, Frau Zietz-Hamburg, Brey-Hannover, Frank-Mannheim, Bushold-Friedberg, Grünwald-Hamburg, Stolp-Grünberg, Rappe-Nürnberg und Pickelmann-München.

Singer bittet die Kommission, sich heute zu konstituieren und morgen die Mandate beim Eintritt in den Saal von den Delegierten in Empfang zu nehmen.

Als tägliche Tagungsdauer des Parteitags schlägt Singer die Zeit von 9 bis 1 und von 3 bis 7 vor.

Ledebour-Berlin bittet, die Mittagspause auf die Zeit von 1 bis 4 Uhr auszudehnen und die Nachmittagssitzung lieber bis 8 Uhr währen zu lassen. Dauert die Mittagspause nur zwei Stunden, so können die Delegierten die Kunstanstalten, Bildergalerien u. s. w. nicht besuchen. Auch erleichtert es die Arbeit, wenn eine längere Erholungspause eingeschoben wird.

Singer wendet sich gegen diesen Vorschlag. Es sei zu befürchten, daß die Pause doch länger werde. Auch die Rücksicht auf die Vertreter der Presse, besonders unsrer Presse, läßt es dringend wünschenswert erscheinen, um sieben zu schließen, damit die Genossen in den Parteicentren die Verhandlungen schon am nächsten Morgen im vollen Umfange lesen können.

Der Parteitag lehnt den Antrag Ledebour ab und nimmt den Vorschlag Singers an. Der Parteitag giebt sich hierauf eine Geschäftsordnung. Der vorliegende Entwurf der Geschäftsordnung, der derselbe ist wie bei allen bisherigen Parteitagen, wird debattelos angenommen.

Der Parteitag geht hierauf zur Festsetzung der Tagesordnung über.

Singer:

Hierzu liegen vor die Anträge 1, 2, 3 und 6.

Ich möchte Ihnen meinerseits Vorschläge für die Abänderung der Tagesordnung machen, wie ich sie nach dem Studium der betreffenden Anträge und der Verhandlungen, die an vielen Orten darüber stattgefunden haben, für thunlich und praktisch halte. Ich kann diese Modifikation der Tagesordnung, die ich ja selbst mit beschlossen habe, um so ruhiger vorschlagen, als die Parteileitung selbst die Ihnen vorgeschlagene Tagesordnung ja immer nur als einen Entwurf bezeichnet hat. Viele Wünsche beziehen sich darauf, daß ein besonderes Referat eingesetzt werden soll für die Reichstagswahl, andre wollen, daß die sogenannten revisionistischen Bestrebungen besonders auf die Tagesordnung gebracht werden, die dritten wollen, daß die Vicepräsidentenfrage, die in der letzten Zeit die Diskussion in der Partei lebhaft beherrscht hat, ebenfalls auf die Tagesordnung kommt. Ich bin der Meinung und weiß mich mit einer größeren Anzahl von Parteigenossen darin einig, daß der Wunsch, diese Fragen hier auf dem Parteitage in aller Ruhe und Gründlichkeit zu verhandeln, durchaus berechtigt ist. Das können wir jedoch auch, wenn wir diese Punkte zwar nicht als besondere Gegenstände mit Referenten und Korreferenten auf die Tagesordnung setzen, aber diese Punkte innerhalb der vorgeschlagenen Gegenstände der Tagesordnung gesondert für sich behandeln und, um auch dem Wunsche nach Referenten und Korreferenten gerecht zu werden, für diese Punkte die Beschränkung der Redezeit aufheben. Dadurch wird keiner in seinen Ausführungen eingeschränkt. Es wird unsre Verhandlungen fördern, wenn wir in dieser Weise verfahren. Gestatten Sie, daß ich Ihnen über diesen Punkt meinerseits einen Vorschlag mache. Wir würden mit der Diskussion des Vorstandsberichts beginnen. Diese Diskussion würde sich auf alles das erstrecken, was Ihnen der Vorstand schriftlich berichtet hat und was der Referent noch hinzufügt. Es würde namentlich der Vorstandsbericht dabei mit diskutiert werden, und im Anschluß daran würden als gesondert zu behandelnde Punkte zur Verhandlung gestellt werden: die Frage der Mitarbeit von Parteigenossen an der bürgerlichen Presse, die Frage der Differenzen zwischen dem Genossen Bebel und der Redaktion des „Vorwärts" und die Polenfrage, die wir namentlich infolge des Umstandes, daß die polnische Bruderpartei an den Parteitag einen offenen Brief gerichtet hat, verhandeln müssen. Das wäre der erste Punkt der Tagesordnung. Es würde folgen der Bericht der Kontrolleure und der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit in der letzten Session, und als ein gesonderter Punkt würde dann auf die Tagesordnung kommen unter der Rubrik „Taktik" die Erörterung der Frage der Reichstagswahl, der Vicepräsidentenfrage und der, wie die Anträge sie hier bezeichnen, „revisionistischen" Bestrebungen in der Partei. Ich glaube, daß wir auf diese Weise, ohne in ein allgemeines Durcheinander zu kommen, jede dieser Fragen ihrer Wichtigkeit entsprechend behandeln können.

Antrag 1*) wird genügend unterstützt. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 2, 3 und 6.

Antrag 5*) wird genügend unterstützt.

Singer teilt dazu mit, daß die Absicht bestehe, nach den Verhandlungen des Parteitags eine Konferenz der preußischen Delegierten zusammenzuberufen zur Besprechung über das, was bezüglich der preußischen Landtagswahlen noch zu besprechen ist.

Timm-München:

Der Vorschlag Singers, so gut er gemeint ist, dürfte geschäftlich doch nicht praktisch sein. Wenn nach Singers Vorschlag schon bei dem ersten Punkt der Tagesordnung Unterabteilungen eingerichtet werden sollen — die Affaire Bebel-„Vorwärts", die Mitarbeit von Parteigenossen an der bürgerlichen Presse, die Polenfrage —, so können wir dabei zu einer derartig ausgedehnten Debatte kommen, daß meiner Empfindung nach die wichtigsten Fragen, die die Parteigenossen interessieren, entschieden zu kurz kommen würden. Ich würde es für viel zweckmäßiger halten, wenn man zunächst den Geschäftsbericht des Vorstands diskutiert und dann als einen besonderen Punkt „Das Ergebnis der Reichstagswahlen" auf die Tagesordnung setzt. Nach den so verschiedenartigen Auseinandersetzungen über diese Frage erwarten die Parteigenossen eine Klärung der Meinungen. Deshalb bitte ich um Annahme des Antrags 1. Bebel und Vollmar werden wohl bereit sein, die Referate zu übernehmen.

Bebel:

Ich glaube kein Amtsgeheimnis zu verraten, wenn ich sage, daß die Vorschläge Singers auf Grund einer sehr eingehenden Beratung der Parteileitung im Verein mit der Kontrollkommission gemacht worden sind, und zwar haben wir uns dazu verstanden im Interesse der möglichsten Abkürzung der Verhandlungen auf der einen und größtmöglicher Klarheit auf der andern Seite. Wenn Timm befürchtet, daß bei irgend wem die Absicht bestehe, die Erörterung der Differenzen, wie sie in den letzten Wochen in der Presse und in zahlreichen Versammlungen diskutiert worden sind, auf dem Parteitag zu kurz kommen zu lassen, so befindet er sich in vollständigem Irrtum. Im Gegenteil, wir wollen eine gründliche, sehr gründliche Aussprache herbeiführen. In dem Bericht des Parteivorstands ist die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern bereits aufgeworfen, ebenso die Polenfrage und eine Reihe andrer Fragen. Wir sagten uns, wenn wir den ganzen Vorstandsbericht in extenso mit all diesen speciellen Fragen zugleich zur Debatte stellen, und der eine redet über das, der andere über jenes, der dritte wieder über etwas andres, so haben wir eine ganz zerfahrene Debatte. Und deshalb schlagen wir vor, diejenigen Punkte, die eine zusammenhängende Erörterung erheischen, besonders zu behandeln. Dann kommen alle Beteiligten zu ihrem Recht und wir haben eine klare Sachlage. Es würde sich höchstens noch um die Erörterung der Differenz zwischen dem „Vorwärts" und mir handeln können. Wir haben uns aber gesagt, die Frage wird nach der gegenseitigen Aussprache, die erfolgt ist und nachdem hüben und drüben Aufklärung gegeben ist, vielleicht viel kürzere Zeit den Parteitag beschäftigen, als die meisten meinen. (Hört! hört!) Die Sache wird ziemlich schnell erledigt, aber es ist bei der eigenartigen Natur des Falles doch erwünscht, ihn speciell zu erörtern. Ich bitte Sie also dringend, den Vorschlag von Singer anzunehmen. Nun ist ja meines Erachtens eigentlich keine weitere Meinungsverschiedenheit zwischen Timm und Singer, als daß Timm bei der Reichstagswahl die Vicepräsidentenfrage und die Taktik im allgemeinen mit erörtert wissen will. Wir haben lange darüber beraten, es wurde der Vorschlag gemacht, die Reichstagswahl an sich, ihre Einwirkung auf die künftige Taktik und Haltung der Fraktion zu erörtern. Aber wir sagten uns, daß das gar nicht möglich ist, ohne daß man gleichzeitig auf die Vicepräsidentenfrage zu sprechen kommt. Nun ist ja bei mir und vielen anderen die Auffassung vorhanden, daß die Vicepräsidentenfrage eine Frage der allgemeinen Taktik der Partei ist, und so lag es auf der Hand, nachdem wir den parlamentarischen Bericht der Fraktion erledigt haben, auf die Reichstagswahl, ihre Ergebnisse, ihre Folgen und Wirkungen überzugehen und bei dieser Gelegenheit die Vicepräsidentenfrage zu erörtern. Das ist durchaus logisch und gerecht. Bezüglich der Referenten habe ich bereits öffentlich erklärt, daß ich der Meinung bin, wir brauchen keinen Referenten zu ernennen. Ich weiß nicht, wie Vollmar darüber denkt, aber ich bin auch jetzt noch der Meinung, und wenn ich nicht irre, waren wir auch bei der heutigen Besprechung alle der Ansicht, daß es nicht notwendig sein wird, specielle Referenten zu ernennen. Es kann ja vielleicht sein, daß man, um einen Abschluß herbeizuführen, im gegebenen Moment dazu übergeht, zu bestimmen, daß von jeder Seite nur noch einer redet. Das weiß ich nicht. Dagegen werden wir die einleitenden Referate dadurch sparen können, daß wir bei diesem Punkt die Zeitbeschränkung aufheben. Das ist dringend nötig. Also, ich glaube, Sie thun gut, wenn Sie die Vorschläge Singers auch nach dieser Richtung hin annehmen.

Hiermit schließt die Debatte.

Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Parteitag erhebt die Vorschläge Singers zum Beschluß.

Zum Antrag 5 bemerkt

Singer: Ich weiß nicht, ob der Antragsteller wünscht, daß das Resultat der Konferenz der preußischen Delegierten wieder dem Parteitag mitgeteilt werden soll. Ist das nicht der Fall, so ist der Antrag gegenstandslos durch die Mitteilung, daß diese Konferenz im Anschluß an den Parteitag stattfinden soll.

Dr. **Quarck**-Frankfurt a. M.: Im Namen der Frankfurter Genossen kann ich erklären, daß wir mit dem Vorschlag Singers einverstanden sind.

Singer: Dann ist auch dieser Antrag erledigt.

Die Tagesordnung lautet also: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. (Allgemeines und Kassenangelegenheiten.) Besonders daraus zu verhandelnde Gegenstände: Die Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse; die Differenz zwischen Bebel und der „Vorwärts"-Redaktion; die Polenfrage. 2. Bericht der Kontrolleure. 3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. 4. Taktik (die Ergebnisse der Reichstagswahl, die Vicepräsidialfrage, die revisionistischen Bestrebungen). 5. Maifeier. 6. Der internationale Kongreß in Amsterdam 1904. 7. Anträge zum Programm und Organisation. 8. Sonstige Anträge. 9. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure.

Damit ist die Tagesordnung der Versammlung erledigt.

Schluß 8¾ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 14. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 9¼ Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen.

Singer:

Nach den Bestimmungen des sächsischen Vereinsgesetzes fordere ich die Minderjährigen auf, den Saal zu verlassen. (Heiterkeit.) In Uebereinstimmung mit dem überwachenden Beamten erkläre ich, daß diese Aufforderung für den ganzen Parteitag gilt und nicht mehr wiederholt werden wird.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich die Aufgabe, namens des Parteitages die zu unsren Verhandlungen erschienenen Freunde der ausländischen Bruderparteien zu begrüßen. Wir haben auf allen unsren Parteitagen die Ehre und die Freude, so liebe Gäste anwesend zu sehen. Ich heiße sie, wie stets, so auch hier in Dresden herzlich und brüderlich willkommen. Wir sind stolz darauf, daß unsre Parteitage so zahlreich von den Parteigenossen der ausländischen Bruderparteien besucht werden, und ich weiß mich einig mit jedem Mitglied des Parteitages, wenn ich von dieser Stelle aus und an den Tagen, wo die Vertreter der deutschen Partei zum erstenmal nach den Wahlen versammelt sind, sämtlichen Bruderparteien unsren wärmsten Dank ausspreche für die vielfachen Beweise der Solidarität, die sie uns im letzten Wahlkampf bewiesen haben. (Bravo!) Die socialdemokratischen Parteien der ganzen Welt haben uns in diesem schweren Kampf nicht nur materiell unterstützt, nein: noch wertvoller und freudiger sind von uns empfunden worden die Beweise der Solidarität, der Sympathie, der Freude, die sich ausgedrückt haben in den Zuschriften, die wir nach unsrem Siege erhalten haben. Diese Beweise der Solidarität zeigen aufs neue, daß der Kampf, den wir in Deutschland führen, von unsren Bruderparteien angesehen wird als ein Kampf, der geführt wird für den Socialismus der ganzen Erde, im Interesse aller socialistischen Parteien, gleichgültig, welchem Lande sie angehören. Dies Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Solidarität hat die deutsche Partei immer beseelt, und dafür, daß dies Gefühl seitens der ausländischen Parteien gelegentlich unsres Wahlkampfes in so vollendeter Weise zum Ausdruck gekommen ist, dafür spreche ich im Namen des Parteitags, der Gesamtpartei Deutschlands unsern wärmsten Dank aus. Die ausländischen Genossen werden, wie immer, so auch den diesjährigen Verhandlungen mit Interesse folgen. Wir sind sicher, daß ihre Wünsche sich mit den unsrigen einen, daß diese Verhandlungen zum Wohle der deutschen Partei geführt werden mögen. (Lebhafter Beifall.)

Anwesend sind die Genossen Adler und Skaret von der Parteileitung der östreichischen Gesamtpartei, Genosse Pernerstorfer als Vertreter des parlamentarischen Verbandes der östreichischen Reichsratsfraktion, Genosse Nemeč als Vertreter der czechisch-slavischen Parteileitung, Genosse Tak vom Parteivorstand der holländischen Partei, die Genossen Askew und Jones als Vertreter der Socialdemokratischen Föderation Englands, der Genosse Wilshire als Vertreter der socialdemokratischen Partei Amerikas.

Adler-Wien:

Werte Genossen und Genossinnen! Wenn ich hier im Auftrage der östreichischen Socialdemokratie die Aufgabe habe, Sie zu begrüßen, so möchte ich eigentlich in ein Wort zusammenfassen, was wir in den letzten Monaten mit Euch und für Euch empfunden haben. Sie wissen ja längst, daß die östreichische Socialdemokratie mit der deutschen eins ist durch Geschichte, durch Sprache, in einer vielleicht noch engeren Weise als jede andre. Aber Sie können sich unmöglich eine Vorstellung davon machen, was die Wirkung Ihres Sieges bei den Reichstagswahlen bei uns in Oestreich war. Ihre Wahlerfolge und, ich darf sagen, auch die Art, wie Sie sie errungen haben, waren für uns ein politisches Ereignis ersten Ranges weit über die persönlichen Sympathien innerhalb unsrer Partei hinaus. Am Morgen nach der Wahl haben wir in Wien die Arbeiterschaft in einer Aufregung, einer Freude, einem Jubel gesehen, wie wir es nicht größer hätten haben können, wenn wir so glücklich wären, solche Siege zu erringen. Ich will von Oestreich nicht lange sprechen, um nicht mir und Ihnen die Freude zu verderben, aber das muß ich Ihnen doch anführen: Wir leben in Oestreich in so schwierigen und komplizierten Verhältnissen, daß wir genötigt sind, den eigentlichen Inhalt unsrer Arbeit, den proletarischen Kampf fortwährend zu unterbrechen, um den Boden flicken zu helfen, auf dem sich alles vollzieht. Wir leben in einem Lande, dessen Existenz fortwährend in Frage gestellt ist, wo alle Verhältnisse schwankend und unsicher sind und wo nichts sicher ist als eben diese Unsicherheit, in einem Staate, der, man könnte meinen, in Liquidation begriffen ist; aber niemand ist da, der Liquidator sein möchte, und wenn Oestreich einmal stirbt: lachende Erben wird es nicht haben. Das ist die ungeheuere Schwierigkeit, in der wir stehen, daß bei uns der Klassenkampf durchaus nicht klare Form haben kann, durchaus nicht die klassische Form, die er in Deutschland hat. Aber gerade in diesen Wirrnissen ist es uns ein Trost, eine Hoffnung und, ich kann sagen, eine Richtschnur, wenn wir sehen, wie in Deutschland das Proletariat und seine Vertretung, die Socialdemokratie, in gerader Linie, ohne zu weichen und zu wanken, den Weg geht, den ihm die Geschichte vorzeichnet und der zum Siege führt. Das ist für uns ein Trost und sehr oft ein Beispiel, denn es ist für uns notwendig, daß wir davor bewahrt bleiben, über den Fragen des Tages, die für den Staat Lebensfragen, für uns aber nur mittelbar von Bedeutung sind, unsre eigentliche geschichtliche Aufgabe zu vergessen. Wir kommen hierher nicht allein um Sie zu beglückwünschen, sondern auch um zu lernen. Wir kommen hierher, um von der deutschen Socialdemokratie zu lernen, wie man realpolitische socialdemokratische Politik macht — Realpolitik in jenem großen Sinne, der nicht nur die kleinen vorübergehenden Erscheinungen des Tages als real ansieht, sondern als wichtigsten Realismus die Wurzeln betrachtet, aus der die ganze Bewegung entsprungen ist. Ich kann hier nicht sprechen, ohne an den gestrigen Vortrag Bebels zu erinnern, der die Zeit unmittelbar nach der Aufhebung des Socialistengesetzes gestreift hat. Damals haben wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in Oestreich an die Aufhebung des Socialistengesetzes die Hoffnung, die Meinung, die Phantasie — können wir heute sagen — geknüpft, daß eine durchgreifende Aenderung der Politik der herrschenden Klassen sich anbahne. Wir erinnern uns an diesen Irrtum. Wenn wir nicht ernstlich für ihn büßen mußten, so nur deshalb, weil wir an der principiellen Grundlage der Partei, an der Grunderkenntnis für jede proletarische Politik festgehalten haben, weil wir zurückgegangen sind auf diesen Gedanken und hinter dem Schein der Tagespolitik das Wesen des Klassenkampfes erkannt haben. (Bravo!)

Sie sind in Dresden, das vorige Mal waren Sie in München, so kommen Sie uns immer näher. (Heiterkeit.) Sie werden begreifen, daß sehr viel Oestreicher sehr gern hier wären, und ich wundere mich nur, daß nicht Extrazüge aus Nordböhmen eingelegt worden sind. (Heiterkeit.) Wenn Sie so in unsrer Nähe sind, dann kommt es am allerersten uns zum Bewußtsein, wie glücklich Sie hier sind, obgleich Sie in Sachsen sind (Heiterkeit), wie leicht Sie es haben und wie schwer wir, wie kümmerlich, wie undankbar der Boden ist, den wir bearbeiten. Ihre werkthätige Sympathie hat uns immer begleitet. Hoffentlich bleibt sie uns. Für uns können Sie nichts mehr thun, als wenn die deutsche Socialdemokratie bleibt, was sie ist, sich selbst getreu und für immer. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne begrüße ich den deutschen Parteitag und die deutsche Socialdemokratie! (Bravo!)

Nemecz überbringt die Grüße der czechisch-böhmischen Partei und drückt seine Freude aus über den Wahlsieg der deutschen Socialdemokratie, der auch für die ausländischen Genossen eine Stärkung und Kräftigung des Selbstbewußtseins bedeute. (Beifall.)

Tak:

Im Auftrage des Parteivorstandes und im Namen der holländischen Socialdemokratie begrüße ich Sie herzlichst. Wir gratulieren Ihnen zu Ihrem glänzenden Siege, der nicht nur für Deutschland, sondern für das gesamte internationale Proletariat, an dessen Spitze Ihr, deutsche Brüder, marschiert, einen Sieg bedeutet und der zugleich der beste Beweis ist nicht nur für die Kraft unsres Princips, sondern auch für die Richtigkeit Ihrer jetzt so vorzüglich bewährten Taktik. Hoffentlich werden auch wir in Holland bald sagen können, daß nicht nur das Ziel gut war — das wissen wir alle —, sondern daß auch die Mittel und Wege gut gewesen sind. Wir in Holland stehen vor einer sehr kräftigen Reaktion, der Prozeß hat sich bei uns sehr schnell vollzogen. Kaum zwei Jahre haben wir eine klerikale Regierung und schon sind die Rechtsliberalen und die Mittelstehenden mit dem Regiment ihrer alten Feinde sehr zufrieden. So vereinigt sich die Bourgeoisie sehr rasch zu einer reaktionären Masse. Der Massenstreik dieses Jahres hat diesen Prozeß stark gefördert, wenn auch der Streik sonst nicht in allen Teilen erfreulich war. Wir standen vor einer Aufgabe, der wir nicht gewachsen waren. Und jetzt? Die Regierung und die Eisenbahnkompagnien haben nach ihrer Angst während des Streiks den Sieg gefeiert mit harten Maßregelungen, und noch jetzt laufen die christlichen Leute mit der Hungerpeitsche durchs Land, sie peitschen den Familienvater aus der Werkstatt und lassen ihn mit Frau und Kind verhungern. (Bewegung.) Diese Opfer des bürgerlichen Hasses haben Sie, deutsche Brüder, mit reichen Spenden aus Ihrer schon so in Anspruch genommenen Kasse unterstützt. Dafür unseren besten und verbindlichsten Dank! Die Internationalität ist für uns kein leeres Wort. Das nächste Jahr werden wir in Amsterdam die Ehre und die Freude haben, das internationale Proletariat zu empfangen. Unsre Stadt ist kein Paris oder London, aber unsre Herzen werden sich nicht weniger den ausländischen Genossen öffnen. So mögen Sie denn, wenn auch nicht zu drei Millionen — das wäre uns wohl zu viel (Heiterkeit) — aber doch in großer Zahl nach Amsterdam kommen. Wir werden unser bestes thun, es Ihnen dort angenehm und bequem zu machen. (Bravo!) Doch genug! Ich bin hierher gekommen, um einen Brudergruß auszusprechen, und wenn auch unser erster und letzter Gedanke stets das internationale Proletariat ist, so sei es mir doch erlaubt, zu Anfang dieser großen Parteiwoche einen Gruß zuzurufen der socialdemokratischen Partei Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

Jones-England

(Ledebour giebt die Uebersetzung): Ich komme zu diesem Kongreß im Auftrage der englischen Socialdemokratie. Es ist allerdings ein nationaler Kongreß, aber er hat eine internationale Bedeutung für das kämpfende Proletariat der ganzen Welt. Aus England habe ich ja keine guten Nachrichten zu bringen: wir in England sind noch eine kleine Partei. Die Engländer gehen langsam vorwärts, aber wenn sie einmal vorwärts gehen, so weichen sie auch keinen Schritt wieder zurück. Die englische Arbeiterbewegung befindet sich jetzt in einem Uebergangsstadium. Mehr und mehr dringen die Ideen der revolutionären Socialdemokratie in die Gewerkschaftsbewegung Englands hinein. Von Jahr zu Jahr verstärkt sich innerhalb der großen Gewerkschaftsbewegung der socialistische Gedanke, und bei den nächsten Wahlen hoffen die englischen Socialdemokraten zusammen mit den ihnen nahestehenden Arbeiterorganisationen 70 bis 80 Arbeiterkandidaten aufzustellen, darunter eine große Zahl ausgesprochener Socialdemokraten. Bei einem großen Teil dieser Kandidaten dürfen wir auf den Sieg hoffen. Es wird hoffentlich einmal die Zeit kommen, wo die englischen Arbeiter, die bisher auf ökonomischem Gebiet im Vordergrund ge-

*) 1. Parteigenossen in Hannover, Berlin I, II, III und IV, Chemnitz, Wunsiedel, Frankfurt a. O., Mannheim, Wahlkreis Greifswald-Grimmen, Nürnberg und München: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Ergebnisse der diesjährigen Reichstagswahlen. Als Referenten die Genossen Bebel und v. Vollmar zu bestimmen."

5. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Während der Tagung des Parteitages eine Konferenz der preußischen Delegierten zu veranlassen, welche einen Meinungsaustausch über die bevorstehenden Landtagswahlen vermitteln soll.

standen haben, auch politisch die Vorhut der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt bilden werden. Wir in England haben zu kämpfen mit den sogen. „respektoblen“ Klassen, und der große Mangel der englischen Arbeiterbewegung ist, daß diese Sucht nach „Respektabilität“ in den früheren Jahrzehnten auch vielfach in die Arbeiterklasse eingedrungen ist, und sie zu gefügigen Werkzeugen der Kapitalisten und ihrer politischen Handlanger gemacht hat. Die angebliche Regierung ist klug genug, die Arbeiter nicht, wie es auf dem Kontinent und besonders in Deutschland geschieht, zu behandeln, zu strafen mit allerhand kleinlichen Vexationen; sie glaubt, daß es nicht notwendig ist, Schafe zu morden, zu quälen und zu töten, die Schafe gehorchen noch dem Kommando des Schäfers, aber die revolutionären Socialdemokraten Englands hoffen doch, aus den Schafen mit der Zeit wirkliche Menschen zu machen. Es war ein großer Tag, als die Siegesnachricht aus Deutschland nach England drang und in einer gewaltigen Volksversammlung die Londoner Arbeiter ihrem Jubel über diesen Sieg Ausdruck gaben. Ich hoffe, daß noch einmal die deutschen Socialdemokraten in Berlin oder einer andren Stadt Deutschlands einen gleichen Sieg der englischen Socialdemokratie werden feiern können. Die größte Ehre für England ist es, daß es jahrzehntelang Männern wie Marx und Engels ein Asyl gewährt hat. (Bravo!) Was auch späterhin für Verbrechen, für schamlose Vergewaltigungen auf internationalem Gebiete von der englischen Regierung begangen worden sind, dieser Lichtblick in der Geschichte Englands soll dem Lande nie vergessen werden. (Bravo!) Wir hatten in den letzten Jahren den verbrecherischen Krieg in Südafrika, und jetzt erleben wir, daß der ramponierte Erzengel Luzifer II., Jos Chamberlain (Heiterkeit), auf dem die Hauptschuld an diesem Kriege lastet, den englischen Arbeitern einzureden versucht, daß es keine Interessenunterschiede zwischen Kapital und Arbeit gebe, und daß er die kommunistische Bewegung durch seine schutzzöllnerischen Versuche einzudämmen sucht. Gerade in den Kämpfen gegen diese Bestrebungen wird die socialdemokratische Bewegung in England neue Kräfte gewinnen. Ich bin gekommen, um die Grüße dieser jungen socialdemokratischen Bewegung Englands zu bringen; wir sind keine Reformpartei, wir sind ein Flügel der revolutionären, internationalen Socialdemokratie, und wir hoffen, daß unsrer großen Sache schließlich der Sieg in der ganzen Welt zu teil werden wird! (Lebhafter Beifall.)

Wilshire-Amerika

(Ledebour giebt die Uebersetzung) überbringt die Grüße der Parteigenossen aus den Vereinigten Staaten und aus Kanada. Die ökonomischen Verhältnisse in Amerika bedingen eine langsamere Entwicklung des socialistischen Gedankens. Aber auch darin bereitet sich ein Wandel vor. Die industrielle Entwicklung ist eine derartige, daß die kapitalistische Methode die neuen Schwierigkeiten und Probleme nicht mehr zu bewältigen vermag; es wird deshalb über kurz oder lang nötig ein, den Socialismus in Amerika zu adoptieren. Jetzt schon sieht man, wie die socialistische Bewegung bei uns Fortschritte macht; wir hoffen, bei den nächsten Wahlen auf unsren Präsidentschaftskandidaten eine Million Stimmen zu vereinigen (Beifall); bei der letzten Wahl waren es nur 300 000. Den deutschen Parteigenossen möchte ich den Rat geben, den amerikanischen Verhältnissen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Deutschen sind es ja gewöhnt — ich erinnere nur an Kautsky — scharfe kritische Sonde an die ökonomische und politische Entwicklung alles Länder zu legen. Wir stehen in Amerika vor einer Krise, die sich u. a. auch darin äußern wird, daß Amerika, statt wie bisher Eisen aus Deutschland zu beziehen, ungeheure Massen von Eisen und Eisenprodukten nach Europa verschicken wird. Das wird dann auch wieder die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa, besonders in Deutschland erschüttern. Genau wie in andren Ländern wird auch in Amerika die persönliche Freiheit durch den Kapitalismus zerstört. Amerika gilt als ein freies Land, aber es hat nicht einmal eine vollkommen freie Presse; nur die Methode ist etwas raffinierter, mit der man gegen die Presse vorgeht. Zum Beispiel gebe ich eine Monatsschrift heraus, für die plötzlich der Zeitungsstempel, der in Amerika von allen Zeitungen erhoben wird, unter nichtigem Vorwande verachtfacht wurde; das hätte für mich eine monatliche Mehrausgabe von 30 000 M. bedeutet. Um das zu vermeiden muß ich jetzt die Zeitschrift, die nach wie vor in New York geschrieben wird, in Kanada drucken und dann von dort in die Vereinigten Staaten verschicken lassen. So wird bei uns die Presse vom Kapitalismus und seinen Handlangern bekämpft. Ich überbringe also den deutschen Genossen unsre herzlichsten Grüße und Glückwünsche. (Beifall).

Singer:

Es sind Telegramme eingelaufen von den Genossen des nördlichsten Böhmens, der Partie socialiste français, der Independent Labour Party London, dem Leicester Zweigverein der unabhängigen Arbeiterpartei, dem Zweigverein der unabhängigen Arbeiterpartei in Newcastle, dem Bureau socialiste international, der Socialdemokratic Federation London, von dem Genossen Friedrich Leßner, London. (Lebhafter Beifall.) Genosse Leßner läßt es sich nie nehmen, dem Parteitag Grüße zu übersenden; wir haben den aufrichtigen Wunsch, daß die Parteitage noch recht lange in der Lage sind, die Grüße dieses Parteiveteranen in Empfang zu nehmen. (Beifall.) Weiten sind Glückwünsche eingelaufen von der russischen revolutionären Partei, von armenischen Genossen aus London, von 35 000 für das allgemeine Wahlrecht in Budapest versammelten Arbeitern (Beifall), von der Redaktion des „Iskra“ im Namen der russischen Socialdemokratie, den Parteigenossen in Würzburg, dem Arbeiter-Sängerbund Hamburg und Umgegend, dem Bezirk 136 Hamburg, dem Socialdemokratischen Verein Herford, den Parteigenossen von Netzschkau, von Dametz aus Linz, von den Parteigenossen von Bremerhaven, vom Socialdemokratischen Verein in Mündenheim, vom Genossen Baumgarten-München, von den Hafenarbeitern in Bremerhaven, von einer polnisch-socialdemokratischen Versammlung in Altona, von Stralsunder Parteigenossen, vom Wahlverein Johanngeorgenstadt, von Oskar Behr-Ilmenau, von mehreren Genossen in Langenbielau und in München, von Radfahrern in Arnstadt, Erfurt und Ichtershausen, von den radikalen Pforzheimer Parteigenossen. (Heiterkeit.)

Die Straßburger Genossen haben uns das Resultat der dort stattgehabten Bezirkstagswahlen mitgeteilt. Es sind abgegeben worden 2833 Stimmen und zwar für Peyrotes 1342 Stimmen, für die klerikale Partei 856 Stimmen, für die demokratische Partei 626 Stimmen. Es hat also eine Nachwahl stattzufinden. Die Mitteilung schließt mit den Worten: „Es geht vorwärts trotz Köller.“ (Beifall.)

Der Parteitag tritt sodann in die Tagesordnung. Erster Punkt derselben ist der

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Ueber den allgemeinen Teil referiert

Pfannkuch: Die allgemeinen Aufgaben des Parteitages bestehen in dem Ausbau der Organisation und der Betreibung einer planmäßigen Agitation. Im verflossenen Jahre hatten wir hauptsächlich den Kampf gegen den Zolltarif zu führen und die Agitation für die Reichstagswahlen zu betreiben. In dem Kampf gegen den Zolltarif hat Berlin die erste Stelle eingenommen, aber auch die Genossen im Lande haben Außerordentliches in diesem Kampfe geleistet. Die Vorarbeiten für die Reichstagswahl und die planmäßige Leitung der Agitation war unsre Aufgabe. Zur Unterstützung der Agitation hat sich in allen Provinzen des Reiches die Einrichtung eingebürgert, im Herbst jedes Jahres einen Agitationskalender herauszugeben. Derselbe wird in immer steigender Auflage von den Provinzialkomitees verbreitet, aber die Parteileitung empfindet meist den metallischen Nachgeschmack. (Heiterkeit.) Das gilt namentlich für Ost- und Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Posen, aber auch für die Rheinprovinz, von der man schließlich doch annehmen sollte, daß sie auf eignen Füßen stehen und die Kosten für die Herausgabe eines Agitationskalenders tragen könnte und müßte. Es ist in vielen Provinzen ja bereits eine Besserung eingetreten, die Parteileitung braucht nicht mehr wie bisher die sämtlichen Kosten für die Herstellung und Verbreitung zu übernehmen, sondern die Genossen haben es dahin gebracht, daß sie einen Teil der Kosten selbst bestreiten können.

Die Reichstagswahlen sind von der Parteileitung bereits seit Ende vorigen Jahres vorbereitet worden. Im März rüsteten wir uns schon, um dem Bedürfnis nach Rednern gerecht zu werden. Viele Genossen waren der Ansicht, daß die 58 bisherigen Reichstags-Abgeordneten als die eigentlichen Träger der Wahlagitation auch über ihre heimatlichen Bezirke hinaus anzusehen seien. Diese Ansicht, so begreiflich sie ist, kann doch nicht als allgemein stichhaltig gelten, und die in dieser Beziehung gegen die Parteileitung erhobenen Vorwürfe sind nicht berechtigt. Bereits im März richtete die Parteileitung eine Rundfrage an alle Fraktionsmitglieder, ob sie im stande seien, die Wahlagitation über ihren heimatlichen Kreis und ihre Provinz hinaus zu betreiben. Darauf sind nur acht Antworten eingelaufen. (Hört, hört!) Die übrigen Fraktionsmitglieder haben es wohl als selbstverständlich betrachtet, daß sie über den Rahmen ihrer Heimat hinaus nicht thätig sein könnten, da die Agitation in ihrem eignen Kreise resp. Provinz ihre ganzen Kräfte beanspruchte. Rückhaltlos, ohne Einschränkung, haben sich nur Bebel und Singer der Parteileitung zur Verfügung gestellt, in etwas bedingter Weise auch Ledebour und Kunert. Diejenigen, die sich zur Verfügung gestellt haben, haben für ihre Person fast Uebermenschliches geleistet. Gegenüber manchen Klagen von Genossen bemerke ich, daß die von der Parteileitung getroffenen Agitationsdispositionen natürlich nicht jeder Zeit beliebig geändert werden konnten. Wenn die Genossen immer wieder an uns herangetreten sind, manchmal in Ausdrücken, die die Höflichkeit weit hinter sich ließen (Heiterkeit), so haben wir uns dadurch zwar nicht beleidigt gefühlt, aber es beweist das doch, daß wir nicht alles leisten können, was von uns verlangt wurde. Verschiedene Anträge suchen ja diesen Mängeln abzuhelfen. So gut diese Anträge gemeint sind, so werden sie doch kaum viel an den bestehenden Zuständen ändern können. So verlangen die Parteigenossen in Düsseldorf die Einrichtung einer Centralstelle, von der aus planmäßig die Aufklärungsarbeit „über alles Wissenswerte“ organisiert werden soll. Schon die allgemeine Form dieses Antrages weist darauf hin, daß hier der Parteileitung eine unausführbare Aufgabe zugemutet wird. In Fürth ist Genosse Segitz ein vortrefflicher Organisator und Agitator. Er wird sich gleich gesagt haben, daß der Parteivorstand die ihm hier überwiesenen Aufgaben nicht lösen kann. Es wird deshalb vorgeschlagen, eine Agitationskommission zu bilden, die dafür zu sorgen hat, daß der praktische Teil unsres Programms den Genossen zum Bewußtsein gebracht und in parlamentarische Anträge gegossen wird. Ja, wenn diese Agitationskommission gebildet werden sollte, so wäre sie ein Teil des Parteivorstandes, und da entsteht die Frage: Ist seine Ausführung möglich? Und diese Ausführung ist nur dann möglich, wenn die geeigneten Personen vorhanden sind. Die Berliner Genossen sollen sie wählen, selbstverständlich ohne auf Berlin beschränkt zu sein. Die Mitglieder der Agitationskommission müßten natürlich bezahlte Parteibeamte sein. Jedenfalls geht aus allen diesen Erwägungen hervor, daß die sofortige Durchführung des Fürther Antrages ein verfrühtes Experiment wäre. Aus dem Handgelenk läßt sich dieser Antrag nicht durchführen; erst sind bedeutende Vorarbeiten erforderlich. Der Antrag kann nur als Direktive, als Anregung für die Parteileitung betrachtet werden. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender **Singer:** Ich möchte den Redner doch darauf aufmerksam machen, daß die Anträge jetzt nicht zur Diskussion stehen. Erst müssen die Antragsteller die Anträge begründen, damit wir wissen, was sie wollen. Nur der allgemeine Teil des Vorstandsberichtes steht jetzt zur Debatte.

Pfannkuch (fortfahrend): Der zweite Teil unsrer Agitation richtete sich auf die Betreibung der Reichstagswahl. Wir haben Flugblätter den Genossen zur Verfügung gestellt, so viel als verlangt wurden. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit bitten, daß die Parteileitung mehr als bisher unterstützt wird; die Parteileitung hat von vielen Genossen, speciell Fraktionsmitgliedern, an die sie sich um Einsendung von Manuskripten für allgemein gehaltene Flugblätter wandte, einen ablehnenden Bescheid bekommen, und es hat erst eindringlicher Mahnungen bedurft, um die Aufgabe zu lösen. Doch sie ist gelöst worden. Daß die Parteigenossen aus den Lehren der Reichstagswahl das Gefühl haben, es müsse noch mehr geschehen, dafür sprechen ja viele Anträge, namentlich diejenigen, die sich auf die Besorgnng von Referenten beziehen. Diese Frage ist ja nicht neu, aber die Aufgabe ist schwer zu lösen. Selbstredend wird jede Parteileitung, wie auch immer sie zusammengesetzt ist, dieser Frage ihre Aufmerksamkeit widmen.

Die Einrichtung der Arbeitersekretariate, die vornehmlich den Gewerkschaften vorbehalten ist, hat auch auf das politische Gebiet übergegriffen. Es gingen uns Anträge zu, in verschiedenen Gegenden des Reichs Parteisekretariate einzurichten, namentlich an Orten mit alter Organisation. Wenn eine solche Einrichtung notwendig ist, so unsrer Meinung nach dort, wo die Bewegung noch jungen Datums ist und noch nicht festen Fuß gefaßt hat. Aber da, wo die Organisation alten Datums ist, haben Agitationskomitees diese Arbeit zu verrichten. Da, wo wir es für nötig halten, z. B. in Königsberg, Posen und Oberschlesien, haben wir Beiträge zu den Kosten der Agitationsleitung hergegeben, und ich glaube, daß der Parteitag hier keine Aenderung eintreten lassen wird. Auf gleicher Höhe wie diese Anträge bewegen sich die Forderungen, bezahlte Kolporteure in einzelnen Gegenden anzustellen. Wo das notwendig war, haben das die Zeitungsverleger bereits gethan, teilweise mit Unterstützung der Partei. Unsre Presse hat einen außerordentlichen Aufschwung genommen, nicht etwa, daß neue Zeitungen gegründet sind, was nach unsrer Meinung kein Fehler ist, aber das Verbreitungsgebiet der Presse hat zugenommen und die Auflage unsrer Blätter hat einen gewaltigen Aufschwung zu verzeichnen. Der gedruckte Bericht bringt für verschiedene Zeitungen Ziffern. Dadurch fühlen sich einzelne Parteiorte, die ebenfalls ein Steigen der Abonnentenzahlen aufweisen, zurückgesetzt, weil nicht auch sie besonders im Vorstandsbericht aufgeführt sind. Ja, das liegt meistens an unsren Genossen selbst, die ganz von der Gepflogenheit abgekommen sind, der Parteileitung regelmäßige Situationsberichte einzusenden. Der Genosse Gerisch, der ja diese Berichte zu bearbeiten hat, wird Ihnen nachher wohl noch sein Leid darüber klagen. Ich will aber nachträglich hier feststellen, daß alle diejenigen, die sich über Nichtaufführung beschwert haben, von uns in gleicher Weise anerkannt werden und daß sich alles Lob auch auf sie erstreckt. Hätte nicht jeder seine Schuldigkeit gethan, wie hätten wir dann einen so glänzenden Sieg erringen können!

Wir haben diesmal die Abrechnung der „Gleichheit“, der „Neuen Zeit“ und des „Wahren Jacob“ im Vorstandsbericht gegeben und damit die in München laut gewordenen Wünsche erfüllt. Es geht daraus hervor, daß sich die Hoffnungen auf eine Minderung des Deficits der „Gleichheit“ und der „Neuen Zeit“ in erfreulicher Weise erfüllt haben. (Bravo!) Das Deficit der „Gleichheit“ hat sich gegen das vorige Jahr um 1470 M. verringert. Die beiden letzten März-Nummern hatten eine 7000 übersteigende Auflage, und in den beiden anschließenden Monaten ist eine weitere Steigerung auf 8000 Abonnenten eingetreten. (Bravo!) Im nächsten Geschäftsbericht werden wir hoffentlich in der angenehmen Lage sein, dem Parteitag mitzuteilen: die „Gleichheit“ deckt sich.

Eine gleiche Wandlung zum bessern ist bei der „Neuen Zeit“ eingetreten. Das Deficit gegen das Vorjahr ist um 3000 M. kleiner geworden, einmal durch die Abnahme der Remittenden und dann durch die steigende Auflage. (Bravo!) Im Oktober v. J. wurde eine rührige Thätigkeit für die „Neue Zeit“ entfaltet; 700 neue Abonnenten wurden gewonnen, so daß sich die Auflage auf 3850 Abonnenten steigerte und sich dort auch gehalten hat. Hoffen wir, daß im laufenden Jahre eine neue Steigerung der Abonnentenziffer eintreten wird. Um dasselbe herbeizuführen, haben die Frankfurter Genossen beantragt, alle wissenschaftlichen Organe der Partei zu einem einzigen zu verschmelzen. Ich glaube aber kaum, daß es gelingen wird.

Vom Münchener Parteitag wurde die Parteileitung aufgefordert, § 2 des Organisationsstatuts zu ändern. Aus Anlaß von Vorkommnissen in Bayern mußte ausgesprochen werden, daß der Ausschluß aus einem Wahlverein bezw. aus der örtlichen Organisation der Partei gleichbedeutend ist mit dem Ausschluß aus der Gesamtpartei. Wir glauben mit der Fassung des Antrages 18 den bisher aufgetretenen Mißhelligkeiten begegnen zu können und dem aus einer solchen örtlichen Organisation Ausgeschlossenen die Gelegenheit gegeben zu haben, die Partei-Instanzen anzurufen. Ein weiterer Wunsch, die Organisation zu ändern, ist in verschiedenen Anträgen zum Ausdruck gekommen. Der Vorsitzende wird mir wohl gestatten, darüber jetzt einige Worte zu sagen.

Singer: Es ist mir sehr fatal (Heiterkeit), auch hier meine Meinung dabei aussprechen zu müssen, daß augenblicklich nur der Vorstandsbericht zur Diskussion steht. Die Anträge werden später zur Verhandlung kommen. Wenn der Kollege jetzt schon darüber spricht, so kann ich niemand daran hindern, darauf ebenfalls einzugehen.

Pfannkuch: Ich werde mich den Anordnungen des Vorsitzenden selbstverständlich fügen; dazu bin ich ein zu disciplinierter Genosse, (Heiterkeit) und ich will mich nicht der Gefahr aussetzen, noch einmal unterbrochen zu werden.

Wir haben im § 2 unsres Organisationsstatuts ja die Einrichtung des Schiedsgerichts. Dieses wird ja nach unserm Antrag, daß es auch auf den Ausschluß aus den örtlichen Organisationen Anwendung finden soll, in Zukunft noch öfter von den Parteigenossen angerufen werden als bisher. Die Parteileitung wird selbstverständlich je eher je lieber die Streitigkeiten unter den Parteigenossen aus der Welt zu schaffen suchen. Wir sind aber auch der Meinung gewesen, daß durch die gemeinsame Thätigkeit im Wahlkampfe die Streitfragen an den einzelnen Parteiorten überbrückt werden würden, so daß es unmöglich sein würde, ein Schiedsgericht abzuhalten. Darin haben wir uns ja nun geirrt. — Sie können versichert sein, daß die Parteileitung glaubt, auch im vergangenen Berichtsjahre nach bestem Ermessen und Gewissen die ihr obliegenden Aufgaben erfüllt und ihre Schuldigkeit gethan zu haben. (Beifall.)

Gerisch-Berlin

erstattet den Kassenbericht: Wenn in früheren Jahren, in denen die Kasse mit einem Deficit abschloß, meine mündlichen Erläuterungen zu dem Kassenbericht vielfach auf die Warnung hinausliefen: So kann es nicht mehr weiter gehen, so bin ich diesmal in der außerordentlich angenehmen Lage, versichern zu können: So wie im verflossenen Jahre, so sollte es immer weiter gehen! (Heiterkeit und Beifall.) Die ungeheuere Opferfreudigkeit, die die Genossen bewiesen haben, kommt in dem Kassenbericht durchaus nicht voll zum Ausdruck; es ist viel mehr geleistet worden, als wir hier von seiten der Centralkasse nachzuweisen in der Lage sind. Ich war bemüht, eine vollständige Zusammenstellung aller dieser Leistungen bei den letzten Wahlen herzustellen. Es war mir das bis zur Stunde nicht möglich, da mir noch verschiedene Landesteile fehlen. Ich will nur anführen, daß allein in Schleswig-Holstein in den einzelnen Wahlkreisen 85 000 M. für die Wahlen aufgebracht worden sind (Bravo!), die nicht durch die Centralkasse gegangen sind und infolgedessen nicht im Kassenbericht zum Vorschein kommen.

Nun einige Richtigstellungen zum Kassenbericht! Auf Seite 33 des gedruckten Berichts befindet sich ein Druckfehler, die Unterstützungen betragen nicht 6252, sondern 16 252 Mark. Im specialisierten Bericht über die Ausgaben für die Parteipresse befinden sich 1000 Mark für die „Oberfränkische Volkszeitung“. Die Genossen in Hof, wo das Blatt erscheint, erklären übereinstimmend, daß niemand von ihnen die 1000 Mark bekommen habe, sie seien verschwunden. Die Sache ist durch die Presse gegangen und bedarf deshalb der Aufklärung. Die „Oberfränkische Volkszeitung“ ist früher in Nürnberg gedruckt worden, und als die Hofer Genossen das Verhältnis mit Nürnberg lösten, haben sie, wie das im Leben so oft vorkommt, vergessen, einige Verbindlichkeiten zu regeln, sie standen auf dem Standpunkt, daß Schulden nicht weglaufen. (Heiterkeit.) Die Leitung des Nürnberger Geschäfts ersuchte den Parteivorstand, 1000 M. von den Schulden zu übernehmen. Zu derselben Zeit stand aber auch das Nürnberger Geschäft mit den Hofer Genossen in Unterhandlungen über die Regulierung des Abzahlungsmodus, und da meinte die Leitung des Nürnberger Geschäfts, es sei vielleicht nicht angebracht, wenn die Hofer Genossen schon vorher wüßten, daß die Centralleitung dahinter steckt, das würde ihren Eifer, abzuzahlen, nicht erhöhen, sie würden sich aber hinterher um so mehr freuen, wenn sie hören, daß schon 1000 M. abgezahlt sind. So kam es denn, daß die Hofer Genossen erst durch den Geschäftsbericht davon Kenntnis erhielten, daß sich über Nacht ihre Schuldenlast um 1000 M. verringert hatte. (Zuruf: Die Glücklichen! — Heiterkeit!) Die Bochumer Genossen beschweren sich mit Fug und Recht darüber, daß die Ausgaben für das „Volksblatt“ in Bochum und den „Weckruf“ in Essen zusammengeworfen sind. Es ist nicht klar zu ersehen, wie viel von den 5000 M. Subvention auf jedes dieser Blätter kommt. Auch mir war es fatal, in dieser Form berichten zu müssen, aber mir lagen die Bücher nicht vor. Von den 5000 M. entfallen etwa 3000 M. auf den Verkauf in Essen allein, während an dem Restbetrage beide Blätter beteiligt sind.

Noch einige Angaben über das Wachstum der Presse im Berichtsjahre! Leider bin ich da wieder von sehr vielen unsrer Parteigeschäften im Stich gelassen. (Hört! hört!) Es haben keine Berichte eingesandt das Banter Geschäft — Genosse Hug sagt mir allerdings, der Bericht müsse nach meiner Abreise aus Berlin eingegangen sein — ferner Kassel, Elberfeld, Erfurt, Karlsruhe, München, Solingen, Haarburg. Ich mußte die Zahlen dieser Geschäfte schätzungsweise einstellen. Wenn ich auch glaube, daß ich mit meinen Schätzungen nicht weit von der Wahrheit entfernt bin, so bedauere ich doch, daß wir nicht mit bestimmten Zahlen aufwarten können. (Sehr richtig!) Unsre Tagespresse — und diese ist ja fast nur noch ausschlaggebend, die kleinere Presse verschwindet fast gänzlich — ist gegenwärtig auf rund 520 000 Abonnenten gekommen, wir haben also die halbe Million stark überschritten. Rechnen wir dazu noch etwa 30 000 Abonnenten der kleineren Presse, so haben wir im ganzen 550 000 Abonnenten, eine ganz respektable Zahl, indes zu den drei Millionen Wählern immer noch nicht das richtige Verhältnis. Ganz besonders müssen wir berücksichtigen, daß wir diese Höhe der Abonnentenziffer dem Wahljahr verdanken. Das zeigt, wie sehr wir vorwärts kommen können, wenn immer so gearbeitet wird. 130 000 neue Abonnenten! Ein solcher Erfolg ist noch nicht vorgekommen. Wir sehen daran, wie tief der Pflug der Wahlagitation eingedrungen ist. Entsprechend dem Anwachsen der Abonnentenziffer ist auch der finanzielle Ertrag der Parteipresse gestiegen. In runder Summe betrugen die Einnahmen der Parteipresse aus Abonnements 3 Millionen Mark, aus Inseraten 1 700 000 M. Auch hier zeigt sich also ein sehr erfreulicher Fortschritt. Nun ist es unsre Aufgabe, das Gewonnene festzuhalten und neue Gebiete zu erobern.

Was die Parteikasse anlangt, so ist nach der Hochflut ja die Ebbe eingetreten. Ich kann nur wünschen, daß die Ebbe nicht zu lange anhält. Stehen uns doch beträchtliche Ausgaben bevor. Besonders möchte ich an die Genossen der Kreise, die bei der letzten Wahl siegreich geblieben sind und einen Abgeordneten nach Berlin entsenden, die Bitte richten, ihrerseits dafür zu sorgen, daß ihr Kreis im nächsten Jahr nicht in der tabellarischen Aufstellung fehlt. Die Genossen brauchen sich nicht zu wundern, wenn im nächsten Jahre die Rubrik der Kosten für den Reichstag erheblich wächst. Genosse Meister schnunzelt schon. (Heiterkeit.) Sorgen wir also dafür, daß wir dem Gewonnenen neue Gewinne beifügen. (Bravo!)

Den Bericht der Kontrolleure

erstattet

Meister: Die Kontrollkommission hat zunächst die Revision der Kasse und der Geschäftsführung des „Vorwärts“ vorzunehmen. Nirgends waren Monita zu ziehen. Der Kassen- und Buchführung kann nur die vollste Anerkennung ausgesprochen werden. Auch alle Wünsche bezüglich der Geschäftsführung des „Vorwärts“ haben volle Berücksichtigung gefunden. Außer der regelmäßigen Revision der Kasse und Geschäftsführung des „Vorwärts“ hatten die Kontrolleure noch einige andre Aufgaben zu lösen. Zunächst lag ein Antrag des Genossen Mehring vor, den Ausschluß des Genossen Berthold zu veranlassen. In dieser Angelegenheit hatte bereits ein Schiedsgericht getagt, dessen Verhandlungen nicht zu diesem gewünschten Resultat geführt hatten, wenngleich der Schiedsspruch dahin ging, daß sich Berthold große Verfehlungen hat zu schulden kommen lassen. Berthold hat als zeichnender Redakteur der „Zukunft“ die Verantwortung für Sachen

übernommen, die zu übernehmen man von einem Parteigenossen nicht hätte erwarten sollen. (Lebhafte Zustimmung.) In einer Reihe von Heften sind namhafte Parteigenossen, denen wir jederzeit die größte Hochachtung entgegengebracht haben und entgegenbringen, in einer so pöbelhaften Weise heruntergerissen worden, daß wir sie, wenn sie von Gegnern kommen, als Ausdruck ihrer Wut verlachen. Wenn aber jemand, der sich Parteigenosse nennt, die Kühnheit hat und solche pöbelhaften Verunglimpfungen mit seinem Namen zeichnet, so waren alle Kontrolleure darin einig, daß eine solche Handlung mit der Ehre eines Parteigenossen nicht vereinbar ist. (Lebhafte Zustimmung.) Nur auf einen Artikel der „Zukunft" will ich aufmerksam machen: „Die Primadonna der Socialdemokratie". (Hört! hört!) In diesem Tone waren alle uns vorgelegten Artikel der „Zukunft" gehalten. Die Kontrolleure waren einig darin, daß eigentlich eine Person, die die Kühnheit hat, sich Parteigenosse zu nennen und solche Artikel zu zeichnen, nicht wert ist, der Partei anzugehören. (Hört! hört! und Zustimmung.)

Das war die einstimmige Ansicht der Kontrolleure. Wenn trotzdem der Antrag auf Ausschluß des Genossen Berthold mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde, so war das nur deshalb möglich, weil ein Mitglied der Kontrollkommission fehlte, weil es krank war. Auch die vier Kontrolleure, die gegen den Ausschluß stimmten, waren mit den andern einig darin, daß die Handlungsweise Bertholds unqualifizierbar sei und daß es bedauerlich sei, daß ein Genosse sich zu solchen Handlungen hergegeben hat. (Beifall.)

Die Beschwerde eines Bergmanns gegen die Ablehnung eines Unterstützungsgesuchs durch den Vorstand wurde zurückgewiesen, weil der Beschwerdeführer in reichlicher Weise bereits unterstützt worden war.

Genosse Steininghaus in Solingen beschwerte sich, daß die Buchhandlung Vorwärts eine Broschüre, die er geschrieben, nicht verlegen will. Wir haben der Beschwerde nicht stattgegeben, weil die Entscheidung über solche Fragen der Leitung der Vorwärts-Buchhandlung überlassen bleiben muß. Der Beschwerdeführer meinte den Genossen Fischer dann noch persönlich verdächtigen zu sollen; die Broschüre bekämpfe die Evolutionstheorie und Fischer sei da zu sehr Partei. (Heiterkeit.) Es scheint, daß die Broschüre ebenso geschrieben ist wie der Brief, den er an uns gerichtet hat, und daß der Genosse es vielleicht sehr gut meint, aber zum Broschürenschreiben doch nicht qualifiziert ist.

Eine weitere Beschwerde ist uns von unsren lieben, altbekannten Freunden aus Mülhausen und Straßburg zugekommen. (Heiterkeit.) So gern die Parteileitung, Vorstand und Kontrolleure stets bereit ist, den Beschwerden der Presse in Elsaß-Lothringen jedwede Rücksicht entgegen zu bringen, so haben wir uns doch bezüglich dieser Beschwerden noch nicht völlig entscheiden können, weil die Kontrolleure erst noch eine Rücksprache mit den dortigen Vertrauensleuten Böhle und Emmel nehmen wollen. Wir werden aber unsre Entscheidung noch während der Tagung des Parteitages treffen.

Im übrigen habe ich bezüglich der Geschäftsführung den Auftrag, im Namen der Kontrolleure von neuem die Decharge für die Parteileitung und die bei der Geschäftsleitung beteiligten Personen zu beantragen. (Bravo!)

In der **Diskussion** über die erstatteten Berichte nimmt zunächst das Wort

Lehmann-Mannheim: Nur einige Bemerkungen zu dem Bericht bezüglich der Agitation. Gerisch hat uns gesagt, daß es um die Parteikasse sehr gut bestellt sei. Man kann also gegenüber unsren Anforderungen nicht mehr einwenden, daß kein Geld da sei. Wir haben in den Industriebezirken jahrzehntelang erfolgreiche Arbeit verrichtet und neue Siege errungen. Aber in den Kreisen Saarbrücken und Ottweiler-St. Wendel ist seit langem nichts geschehen. Es muß dort eine andere Organisation geschaffen werden. 1891 waren diese Bezirke die Hochburg der Bergarbeiter-Bewegung, die damals mit brutaler Gewalt vom preußischen Handelsministerium niedergedrückt worden ist. Als dann am 1. Januar 1893 ein Ukas des Herrn von Berlepsch, der jetzt als „Minister der Socialpolitik" gilt, kam, durch den die Bergleute noch mehr niedergedrückt werden sollte, da flammte die Empörung hoch auf. Seitdem aber liegt die Bewegung im ganzen Kreis Saarbrücken vollständig brach. Wir haben dort nur 1000 oder 2000 Stimmen bekommen, im Wahlkreise Ottweiler-St. Wendel haben wir nicht ganz 100 Stimmen erhalten. Wenn dorthin ein unabhängiger, befähigter Parteigenosse kommt, so wird seine Arbeit gewiß von Erfolg gekrönt sein.

Singer: Auch hier mache ich darauf aufmerksam, daß Anträge, die nicht zur Diskussion stehen, jetzt nicht behandelt werden.

Walther-Koburg: Auf jedem Parteitag kommen besonders aus den „schwarzen Winkeln", den rückständigen Bezirken, Beschwerden, daß ihnen von der Parteileitung nicht in genügendem Maße Redner zur Verfügung gestellt werden. So geht es auch uns in Koburg. Wir gehören ja nicht zu Süddeutschland, die Norddeutschen wollen auch nichts von uns wissen (Heiterkeit), das kleine Koburger Ländchen weiß eigentlich gar nicht, wo es hin soll. (Heiterkeit.) 1896 haben wir Bebel und Liebknecht dringend gebeten, doch auf diesem historischen Boden als Redner zu erscheinen. Es war Bebel nicht möglich, und Liebknecht ging später leider dahin, wo es kein Wiedersehen giebt. Die bürgerlichen Parteien haben gerade bei uns hervorragende Redner gehabt, während wir völlig im Stich gelassen werden. In Nürnberg haben sich die Redner nur so verfolgt. (Heiterkeit.) Man darf wohl den Schluß ziehen, daß gewisse freundschaftliche Beziehungen notwendig sind, um diesen oder jenen Parteigenossen zu bestimmen, in einem Wahlkreise zu sprechen. (Oho!) Genosse Singer ist schlank durch Koburg durchgefahren. (Rufe: Schlank!? — Lebhafter Widerspruch und große Heiterkeit.) Wir hätten den ganzen Wahlkampf von höherer Warte führen können, wenn wir einmal einen hervorragenden Redner bei uns gesehen hätten.

Gewehr-Elberfeld: Es scheint, daß alle Redner in dasselbe Lied einstimmen, daß der Vorstand nicht genug Redner geschickt hat. Ich glaube, daß allerdings eine andere Organisation nötig wäre, da die jetzige Parteileitung das ganze Gebiet nicht so übersehen kann wie es notwendig wäre. Wenn ein Bezirk klagen könnte, so ist es Rheinland-Westfalen. Das liegt gewiß zum Teil an der geographischen Lage; es wird aber doch nötig sein, dort mehr zu thun. Bei den letzten Wahlen hatten wir ja eine gewaltige Stimmenzunahme zu verzeichnen; zum großen Teil rührt diese Zunahme übrigens von der Bevölkerungszunahme durch Zuwanderung aus dem Osten her. Wir können aber weitere Fortschritte erwarten; ich habe mir immer gesagt: Wenn es bei uns einmal vorwärts geht, dann wird es schnell gehen. Was die Leistungen der Centralkasse für Rheinland-Westfalen anlangt, so kann sich der Vorstand diesmal nicht über uns beklagen. Für den Agitationskalender werden wir, denke ich, diesmal die Unterstützung der Centralkasse nicht mehr in Anspruch zu nehmen brauchen.

Richard Fischer-Berlin: Nur ein paar Worte über die Beschwerde von Steininghaus! Der Genosse hatte eine Broschüre geschrieben, um die Schrift von Kautsky über sociale Revolution zu widerlegen. Ein Genosse, der dazu fähig ist, hat sie durchgelesen und ist zu der Ansicht gekommen, daß der gute Wille wohl vorhanden war, daß aber der Wille im Widerspruch steht zu dem Können. Deshalb erfolgte die Ablehnung. Der Genosse Steininghaus beschwert sich weiter, daß ihm die Gründe der Ablehnung nicht mitgeteilt sind. Früher habe ich das immer gethan und die Folge davon war, daß ich dann lange Briefe bekam, die darin gipfelten, daß ich ein Esel sei. (Heiterkeit.) Nachdem mir das so und so oft gesagt war, habe ich gesagt, daß es nicht mehr notwendig sei. (Heiterkeit.) Deshalb habe ich auf die Angabe der Gründe verzichtet.

Adolf Braun-Nürnberg: Von den Genossen, welche die Koburger so gern in ihrem Wahlkreise gesehen hätten, hat in Nürnberg einzig und allein Singer gesprochen; dieser hatte einen notariellen Akt in Nürnberg zu unterzeichnen, er hätte an dem betreffenden Abend gar nicht an einem andren Orte sein können, und ich glaube, Sie können ihm danken, daß er auch diesen Abend für die Partei ausgenutzt hat. Wir in Nürnberg haben den größten Teil unsrer Arbeiten selbst ausgeführt. Ja, Segitz hat nicht nur die Agitation in Nordbayern wirksam gefördert, sondern auch mindestens sechs Versammlungen außerhalb Nordbayerns abgehalten, und Südekum hat, was man ihm in Nürnberg sogar zum Vorwurf machte, in Baden, Sachsen und Schlesien gesprochen und selbst die Berliner haben ihn notwendig gebraucht. Sie sehen, daß wir Bayern mehr abgegeben als wir erhalten haben.

Reuter-Solingen: Daß das Manuskript der Steininghausschen Broschüre ohne Kommentar zurückgewiesen ist, war nicht angebracht. Es war nicht zu befürchten, daß wir zurückschreiben würden, Fischer ist ein Esel. Auer und Gerisch wissen ja, daß wir in Solingen sehr höflich sind (Heiterkeit), und wir haben uns in letzter Zeit noch gebessert. (Erneute Heiterkeit.)

Hiermit schließt die Debatte.

Das Schlußwort erhält

Pfannkuch:

Die Parteileitung ist sich bewußt, daß es notwendig ist, auch in Saarabien etwas für die Entwicklung der Partei zu thun. Das wird geschehen, sobald es möglich ist, aber die Ausführung dieser Möglichkeit ist eine Personenfrage. Man muß in der Auswahl derjenigen, die ein so schwieriges Gebiet zu beackern haben, recht vorsichtig sein. Weiter wurde die Notwendigkeit betont, Oberschlesien, Posen, Ost- und Westpreußen zu erobern. Wir sind jahrelang in diesen Provinzen an der Arbeit. In Königsberg haben wir eine gute Organisation und tüchtige Genossen, die sich der Aufgabe der Verbreitung socialdemokratischer Ideen mit Liebe und Hingabe unterziehen. Aber selbst schon in Westpreußen hapert es. Ich will die Verdienste unsrer Genossen in Danzig, Elbing usw. nicht herabmindern, im Gegenteil, ich zolle den Leuten, die unter den schwierigsten Verhältnissen dort arbeiten, meine vollste Anerkennung, aber sie können über das Maß dessen, was sie leisten, nicht hinauskommen. Und wer wollte leugnen, daß eine intensivere Arbeit auch da größere Erfolge zeitigen würde? In Posen haben wir einen die Bewegung leitenden Genossen angestellt, er hat geleistet, was er leisten konnte, ja er hat sich sogar mehr zugemutet, als er zu leisten im stande war, und gerade daraus sind sehr viel Unzuträglichkeiten entstanden. In Oberschlesien hatten wir jahrelang den Genossen Winter, es war ein heroischer Entschluß, das auszuhalten, wir haben es ihm hoch angerechnet und ihn bewundert, er hat seine Kräfte so aufgerieben, daß er — auf wie lange, das steht dahin — einer Erholung bedarf. Man kann nicht befehlen, daß dieser oder jener nach Oberschlesien geht. Wir haben jetzt Ersatz gefunden, Bruhns hat sich erboten, die vom Winter eingeleitete Arbeit fortzuführen und sobald er seine Gefängnisstrafe hinter sich hat, wird er sofort die Agitation aufnehmen. Wenn man solche Anregungen giebt, so muß man auch so freundlich sein, jemand nachzuweisen, der die für einen solchen Posten erforderlichen Eigenschaften besitzt. Solche Genossen müssen den höchsten Anforderungen gewachsen sein. Wird der Parteileitung eine geeignete Persönlichkeit nachgewiesen, so besitzt sie Verständnis genug, die Mittel zur Verfügung zu stellen. Genosse Walther hat ganz recht, daß hinter jedem Dorf noch eins liegt. Es ist Sitte, daß sobald die Genossen eines Ortes hören, daß bekannte Redner in der Nähe eine Versammlung abhalten, sie diese sofort bitten, auch bei ihnen zu reden. Die Genossen müßten doch einsehen, daß die Tour der Agitatoren von vornherein festgelegt ist. Bebel war vom Tage der Ausschreibung der Wahl an bis zum Stichwahlabend vollständig für jeden Tag besetzt, für Singer war die Tour in drei Perioden in ganz derselben Weise vorgesehen, er hatte in der ganzen Zeit vielleicht eine Ruhepause von fünf bis sechs Tagen. Dazu kam, daß ihm aus Gesundheitsrücksichten Ruhe ganz besonders nötig war. Ich habe auch den Kollegen in der Fraktion, die auf das Cirkular des Vorstandes nicht geantwortet haben, nicht etwa irgendwie den Vorwurf machen wollen, sie hätten sich drücken wollen. Im Gegenteil, es ist der Parteileitung bekannt, daß jeder an seinem Platze das geleistet hat, was er nur leisten konnte. Im großen und ganzen glaube ich daraus, daß weitere Beschwerden nicht vorgebracht worden sind, schließen zu können, daß Sie im großen und ganzen mit unsrer Thätigkeit zufrieden sind.

Gerisch (Schlußwort). Es ist mir inzwischen von Michaelis-Erfurt mitgeteilt worden, daß der Bericht für Thüringen eingeschickt ist. Er muß also offenbar unter andre Sachen geraten sein, und ich nehme den Vorwurf gegen die Erfurter natürlich zurück. Was die Geldbewilligungen des Vorstandes anlangt, so haben wir im Rahmen unsrer Mittel wirklich nicht gegeizt, so wenig, daß wir jetzt aus vielen Orten Gelder zurückerhalten, die nicht gebraucht worden sind. Sehr oft habe ich ja auch im letzten Wahlkampf Telegramme verschickt: „Anbei der gewünschte Betrag; wenn es nicht reicht, folgt mehr." Also in der Beziehung werden Beschwerden nicht erhoben werden können.

Entsprechend dem Antrage der Kontrolleure wird hierauf dem Parteivorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Damit ist die Diskussion über den allgemeinen Geschäftsbericht und die Kasse erledigt. Es folgt der Punkt **„Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse".**

Hierzu gehören die Anträge 7 bis 16*), die genügend unterstützt werden.

---

*) 7. Der Parteivorstand unterbreitet dem Parteitag folgenden Vorschlag zur Entscheidung:

1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, daß Parteigenossen als Redakteure und Mitarbeiter an bürgerlichen Preßunternehmungen thätig sind, in denen an der socialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird?

Antwort: Nein!

2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft?

Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die socialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen.

Im Interesse der Parei sowohl wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den letzteren keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil solche sie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müssen.

8. Parteigenossen Berlin II: Die Frage der Mitarbeit von Parteigenossen an nichtsocialdemokratischen resp. nicht von Socialdemokraten herausgegebenen Preßorganen ist durch die Kundgebung des Parteivorstandes nicht erschöpfend geregelt. Ob Redakteure oder Mitarbeiter an solchen Blättern Parteigenossen werden oder bleiben können und inwieweit sie in der Arbeiterbewegung Vertrauensposten bekleiden können, darüber haben die Organisationen je nach der Lage des einzelnen vorliegenden Falles zu entscheiden.

9. Parteigenossen im XII. sächsischen Wahlkreise und Genosse Paul Scholz und 194 Genossen des II. Berliner Wahlkreises schließen sich der Meinungsäußerung des Parteivorstandes vom 2. März 1903 im „Vorwärts" betreffend die Mitarbeiterschaft parteigenössischer Schriftsteller an bürgerlichen Blättern voll und ganz an und erwarten vom Parteitage in Dresden, daß derselbe die Meinung des Parteivorstandes zu der seinigen macht.

10. Parteigenossen in Hamburg II halten es für notwendig, daß die Frage der Mitarbeit von Socialdemokraten an politischen Preßorganen der Bourgeoisie vom Parteitag einer eingehenden Besprechung unterzogen wird und erwarten, daß durch Parteitagsbeschluß eine Norm geschaffen wird, welche Vorfälle, wie sie in diesem Frühjahr zu lebhaften Debatten Anlaß gaben, für die Zukunft verhindert.

11. Parteigenossen in Hamm (Hamburg III): Den Parteigenossen ist die litterarische und journalistische Mitarbeit an bürgerlichen Preßorganen ohne die Genehmigung des Parteivorstandes nicht gestattet.

12. Parteigenossen des elften hannoverschen Wahlkreises: Der Parteitag möge entschieden Stellung nehmen gegen diejenigen Genossen, welche als Mitarbeiter an gegnerischen politischen und sogenannten unparteiischen Zeitungen das Ansehen der Partei schädigen und fortgesetzt der Propaganda unsrer Ideen und der Verbreitung unsrer Parteizeitungen schwere Hindernisse in den Weg legen.

13. Parteigenossen in Essen: Parteigenossen ist es untersagt, Parteipolemiken in bürgerlichen Blättern und Zeitschriften zu führen.

Pfannkuch:

Ich brauche wohl die Beschwerde, die, von Dr. Heinrich Braun, Lily Braun, Heine, Göhre und Berthold unterzeichnet, bei dem Parteivorstand eingegangen ist, nicht zu verlesen; sie liegt Ihnen in der Broschüre des Genossen Heinrich Braun gedruckt vor, ebenso die Antwort des Parteivorstandes im Auszug und die aus diesem Anlaß veröffentlichte Deklaration des Parteivorstandes im Bericht des Parteivorstandes. Zum besseren Verständnis muß ich Ihnen den auch im Vorstandsbericht bereits avisierten Briefwechsel, der sich an die Deklaration des Parteivorstandes angeschlossen hat, zur Kenntnis bringen. Es ist an den Parteivorstand ein weiterer Brief der Genossen Braun ꝛc. eingegangen folgenden Inhalts:

„An den Vorstand der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Werte Genossen!

Das Schreiben des Parteivorstandes vom 28. Februar 1903 erinnert uns an die Praxis bürgerlicher Ministerien, indem es sich über Punkte äußert, über die wir ihn nicht gefragt hatten, die Beschwerde aber, die wir wirklich erhoben haben, unbeantwortet läßt.

Wir haben uns lediglich beschwert, weil in Kautskys Artikel in Nummer 19 von Parteigenossen, die unter Namensnennung in nichtsocialdemokratischen Blätter schreiben, behauptet wird, daß sie dadurch gegnerischen Zwecken und Mächten dienten, und weil es so dargestellt wird, als ob sie sich dadurch mit Angriffen gegen die Partei identifizierten, die von andrer Seite in diesen Blättern erhoben worden sind.

Die in dem Artikel „Konzessionsschulzes" von Franz Mehring in Nr. 16 enthaltenen beleidigenden Insinuationen haben wir in unsrer Beschwerde nicht erwähnt, weil wir Injurien von dieser Seite keine Bedeutung beimessen, so lange sie nicht die Interessen der Partei als solcher gefährden.

Wir haben dem Parteivorstand geschrieben, daß wir in den bezeichneten Stellen des Kautskyschen Artikels eine beleidigende und wahrheitswidrige Unterstellung erblickten, über die wir Beschwerde führten. Der Parteivorstand geht nach ministeriellem Vorbilde über diese einzige Frage, die wir ihm wirklich vorgelegt hatten, mit Stillschweigen hinweg.

Die uns angekündigte und inzwischen veröffentlichte Meinungsäußerung des Vorstandes über die Frage, ob und wann ein Socialdemokrat in nichtsocialdemokratische Blätter schreiben dürfte, haben wir keinen Anlaß gehabt zu erbitten. Wir hatten schon vorher unsre eigne Meinung darüber, an der wir auch so frei sind, festhalten zu wollen. Berlin, den 3. März 1903. Dr. Heinrich Braun. Lily Braun. Wolfgang Heine. Paul Göhre. A. Berthold, Dr." (Lachen.)

Auf diese Zuschrift hat der Parteivorstand folgende Antwort gegeben:

Herrn Dr. Heinrich Braun und Genossen, Berlin.

Werte Genossen!

In Ihrem Schreiben vom 3. März d. J. beschweren Sie sich darüber, daß der Parteivorstand in seiner Zuschrift vom 28. Februar d. J. über die einzige Frage, die ihm vorgelegt wurde, mit Stillschweigen hinweggegangen sei.

Nicht weil wir die „Praxis bürgerlicher Ministerien" nachahmen — solche Unterstellung hatten wir wirklich nicht erwartet — sondern weil dem, was Sie jetzt als Extrakt Ihrer Beschwerde betrachtet wissen wollen, jedwede Unterlage fehlte, haben wir nicht besonders darauf Bezug genommen.

Sie erklären jetzt: Unsere Beschwerde hat sich hauptsächlich gerichtet gegen die Beschwerde Kautskys, daß Parteigenossen, die unter Namensnennung in nichtsocialdemokratische Blätter schreiben, „dadurch gegnerischen Zwecken und Mächten dienten", und in zweiter Linie gegen die Darstellung, daß die Betreffenden sich dadurch mit den von andrer Seite in diesen Blättern gegen die Partei erhobenen Angriffen identifizierten.

Weder hat Kautsky das eine behauptet, noch das andre dargestellt.

Um mit dem letzteren zuerst zu beginnen, so hat Kautsky an der Stelle, die einzig in Betracht kommen kann, lediglich erklärt, daß ein Socialdemokrat, der nach Angriffen, wie sie von Harden gegen unsre Partei geschleudert wurden, noch für Harden schreibt, sich dadurch den Verdacht zuzieht usw. Und bezüglich Ihrer Hauptbeschwerde hat Kautsky nicht, wie Sie schreiben, behauptet, daß die . . . „gegnerischen Zwecken und Mächten dienten", sondern der Satz lautet: „Aber etwas andres ist es bei Parteigenossen, die offen als Wortführer und Vertreter unsrer Partei auftreten. Wenn sie in der bürgerlichen Presse arbeiten, so thun sie es auch dort als Vertreter der Socialdemokratie, und es kann uns keineswegs gleichgültig sein, welchen Zwecken und Mächten sie dort dienen." Diese Darlegung enthält so Selbstverständliches, daß sie von jedem Socialdemokraten bedingungslos vom ersten bis zum letzten Worte gebilligt werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Auch Ihre näher begründete Beschwerde erweist sich mithin als völlig gegenstandslos. Was unsre in der Sache veröffentlichte Meinungsäußerung anbelangt, ist es durchaus gleichgültig, ob Sie eine solche wünschten. Entscheidend war für uns die Frage, ob die Kundgebung gewissen Vorgängen und Erscheinungen gegenüber im Partei-Interesse notwendig sei. (Sehr richtig! Lebhafte Zustimmung.)

Dies die Antwort darauf. Sie haben nun Kenntnis von dem vollständigen Material in dieser Sache. Daß wir richtig verstanden sind, geht ja aus verschiedenen Preßstimmen der Parteipresse hervor. Beispielsweise kommt das „Hamburger Echo" in einer längeren Betrachtung zu dem Schluß:

„Wir wenigstens würden uns schön hüten, einem Menschen, von dem wir wissen, daß er für ein gegnerisches Blatt schreibt, vertrauliche Mitteilungen über die Partei zu machen. (Sehr richtig!) Wir sind auch der Meinung, daß Parteigenossen nicht für bürgerliche politische Zeitungen schreiben sollen. Mag auch die Erklärung des Parteivorstandes nicht ganz befriedigen, so wird sie wohl von denjenigen verstanden worden sein, die es angeht." (Sehr richtig!)

Dieser Meinung sind wir auch. Ein Parteigenosse kam nun zu uns, der glaubte, es solle jede Mitarbeiterschaft an der gegnerischen Presse unterdrückt werden. Der Vollständigkeit halber bringe ich auch diesen Briefwechsel zur Verlesung. Der Parteigenosse Richard Calwer wandte sich unter dem 8. März 1903 an den Parteivorstand:

„Die Erklärung des Parteivorstandes vom 2. März 1903 veranlaßt mich zu folgender Anfrage und Bitte:

Wie dem Parteivorstand bekannt sein dürfte, bin ich seit 1897 Mitarbeiter an der von Dr. Jastrow herausgegebenen Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt", ebenso bin ich Mitarbeiter an der in Verbindung damit erscheinenden Korrespondenz. Da nun die Erklärung des Parteivorstandes nur von der Mitarbeit an „bürgerlichen Preßunternehmungen" und „bürgerlichen Blättern" spricht und keine weiteren Unterscheidungen macht, so dürfte daraus in Parteikreisen der Schluß gezogen werden, daß der Parteivorstand sämtliche nichtsocialdemokratische Organe unter dem Ausdruck bürgerliche Preßunternehmungen zusammengefaßt wissen, daß er also auch die Mitarbeit an wissenschaftliche Zeitschriften und Organen mit seiner Erklärung getroffen haben wolle.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

---

14. Parteigenossen Berlin IV: Es ist Stellung zu nehmen gegen diejenigen Genossen, welche als Mitarbeiter an gegnerischen politischen und sogenannten unparteiischen Zeitungen das Ansehen der Partei schädigen und fortgesetzt der Propaganda unsrer Ideen und der Verbreitung unsrer Parteizeitungen schwere Hindernisse in den Weg legen.

15. Parteigenossen in Stettin halten es mit der Ehre eines Parteigenossen nicht vereinbar, wenn er an bürgerlichen Blättern als Schriftsteller mitarbeitet, die in ihren Spalten gehässige Artikel gegen die Socialdemokratie aufnehmen; wissenschaftliche oder hochwissenschaftliche Abhandlungen für Zeitschriften zu liefern, dagegen ist nichts einzuwenden.

16. Parteigenossen in Bremen: Parteigenossen dürfen als Redakteure und Mitarbeiter an nichtsocialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften nur dann thätig sein, wenn es sich um wissenschaftliche, fachtechnische oder belletristische Journale handelt, die den Kampf gegen die Socialdemokratie vermeiden.

Verantwortlicher Redacteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Ich nehme an, daß es nicht in der Absicht des Parteivorstandes lag, eine solche Deutung zulassen zu wollen. Da aber der Wortlaut der Erklärung dehnbar ist, so möchte ich den Parteivorstand bitten, nicht nur mir gegenüber zu erklären, daß die Mitarbeit an wissenschaftlichen Organen durch seine Stellungnahme vom 2. März nicht getroffen werden soll, sondern diese seine Auffassung auch nach außen hin zu dokumentieren, da sonst in denjenigen Parteikreisen, welche die Absicht haben, die Stellungnahme des Parteivorstandes sich zur ausschließlichen Richtschnur zu machen, die Erklärung zu großen Mißverständnissen Anlaß geben würde.“

Sie sehen also: Calwer wollte sich die Deklaration des Parteivorstandes zur Richtschnur nehmen, während die Beschwerdeführer selber ja erklären, daß sie ihre eigne Meinung haben und sich durch die Deklaration des Parteivorstandes nicht beirren lassen. Der Parteivorstand hat dem Genossen Calwer folgende Antwort gegeben:

„Werter Genosse! Ihre Annahme trifft zu. Der Vorstand hat mit seiner Erklärung die Mitarbeit an wissenschaftlichen Zeitschriften und Organen nicht treffen wollen. Von einer speciellen Namhaftmachung ist indessen abgesehen, da auch der Fall eintreten kann, daß wissenschaftliche oder der Unterhaltung dienende Organe und Zeitschriften die Partei in einer Art und Weise schmähen können, daß es sich für einen Parteigenossen nicht geziemt, an solchen Organen mitzuarbeiten. (Sehr richtig!)

Da derartige Fälle eintreten können, sind wir des Weiteren nicht in der Lage, Ihren Wunsch zu erfüllen, nach außen hin die von Ihnen gewünschte Deklaration zu geben. Dagegen bestätigen wir Ihnen gern, daß Ihre Mitarbeit an der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ und der damit verbundenen „Korrespondenz“ zur Zeit völlig einwandfrei ist und ermächtige Sie, nötigenfalls von dieser Bestätigung geeigneten Gebrauch zu machen.“ (Zustimmung.)

Sie haben gehört, daß das, was die Beschwerdeführer als Grund ihrer Beschwerde angeben, im Artikel der „Neuen Zeit“ nicht enthalten gewesen ist, und deshalb auch eine Rektifikation der Redaktion der „Neuen Zeit“ nicht vorzunehmen war. Daß die Deklaration des Parteivorstandes den Genossen, die die Beschwerde eingelegt hatten, nicht erwünscht war, ist selbstverständlich, und daß die Genossen sich auch der Tragweite dieser Deklaration selbständig bewußt waren, darüber giebt ja die Auslassung, die Genosse Braun dem Parteitag unterbreitet hat, vollständigen Aufschluß. Braun sagt da folgendes:

„Das Interesse der Partei würde immer noch weit besser gewahrt sein, wenn wirklich Takt und Verantwortlichkeitsgefühl von Parteischriftstellern in ihrer Thätigkeit für bürgerliche Zeitungen tausendmal fehlgegriffen, als wenn nur zu einem Tausendstel das Recht der freien Meinungsäußerung der Parteigenossen eine grundsätzliche Einschränkung erführe. Wo immer und in welcher Richtung auch dieses Princip angetastet wird, es ist ein unerträglicher Zustand und die Meinungsfreiheit würde hier und überall gefährdet sein.

Der Parteivorstand, zu dem wir volles Vertrauen haben, hat meiner Ansicht nach die Konsequenzen seiner Kundgebung sich nicht völlig klar gemacht. Er im ganzen und jedes einzelne seiner Mitglieder hat so außerordentliche Verdienste um die Partei (Gelächter. Bebel ruft: „Sehr schmeichelhaft!“), daß er ohne im allermindesten seiner Autorität zu vergeben, zugestehen könnte, er habe in diesem Fall einen Irrtum begangen. Sollte er bei nochmaliger Ueberlegung dieser Frage zu dieser Ansicht kommen, so würde er zu seinen vielen Verdiensten um die Partei ein neues fügen, wenn er den Irrtum einfach anerkennen wollte.“ (Lebhafter Widerspruch und große Heiterkeit.)

Man kann ja darüber geteilter Meinung sein. Aber selbst wenn die Deklaration des Vorstandes irgendwie eine Einschränkung der freien Meinungsäußerung bedeutete, so kann es doch unter Umständen — wie es ja auch im Staatswesen der Fall ist, im Interesse der Partei liegen, sich aus Gründen des demokratischen Princips einmal eine solche Einschränkung der Meinungsäußerung gefallen zu lassen, wenn vitale Interessen der Partei in Frage kommen. (Sehr richtig!) Nun sagt man, das soll man dem Takt des einzelnen überlassen. Wenn aber doch nach Ansicht des Vorstandes das persönliche Taktgefühl des Einzelnen nicht das Richtige trifft, so ist es doch das Recht und unter Umständen die Pflicht des Vorstandes, diese Meinung auszusprechen. Was ist denn eigentlich das Verbrechen des Vorstandes? Braun sagt in seiner Broschüre am Schluß von Seite 10 und am Anfang von 11:

„Gegenüber dem bisherigen Zustand, wo es dem persönlichen Takt und dem politischen Verantwortungsgefühl des einzelnen Parteigenossen überlassen blieb, ob und für welches bürgerliche Blatt er etwa schreiben wollte, und in dieser Beziehung keinerlei Beschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung herrschte, empfiehlt der Parteivorstand — selbstverständlich nur als seine subjektive Meinung, denn eine zwingende Gewalt besitzt er auf Grund unsres Organisationsstatuts nicht — die Anerkennung bestimmter Grundsätze.“

Ja, wenn die Erklärung des Vorstandes nach der Meinung des Genossen Braun nur eine subjektive Meinungsäußerung ist, der eine zwingende Gewalt nicht zur Seite steht, dann weiß ich nicht, warum der Genosse Braun sich so entschieden gegen die Veröffentlichung dieser Deklaration wendet! (Sehr richtig!) Gewiß, kein Mensch ist ohne Fehler. Der Parteivorstand könnte geirrt haben. Aber dem Gefühl der großen, überwiegenden Mehrheit der Partei hat er mit dieser Deklaration Ausdruck gegeben. (Lebhafte Zustimmung.) Daß es Genossen giebt, die dieser Erklärung Folge zu leisten die Absicht haben, geht aus dem Briefe des Genossen Calwer hervor. Wenn andre Genossen das anders halten, so ist eben ihr Taktgefühl ein andres; ich stehe durchaus nicht an, auch diesen Genossen den guten Glauben, daß sie im Interesse der Partei handeln, zuzubilligen. Aber ich meine, dem Vorstand kann das Recht nicht bestritten werden, da, wo er es für gut hält, seiner Meinung über Parteifragen Ausdruck zu geben. (Sehr richtig!) Wenn dann in dem Schreiben an den Vorstand noch Redewendungen enthalten sind wie die: der Vorstand handele nach Art bürgerlicher Ministerien, so glaube ich, daß der verlesene Briefwechsel ergiebt, daß nicht die leiseste Berechtigung zu einer derartigen Aeußerung vorliegt. Aber der Vorstand ist nicht so empfindlich; er kann das vertragen. Ich meine, nachdem solche Dinge passiert waren, hätte die Parteileitung ihre Pflicht versäumt (Sehr richtig!), wenn sie nicht ihrer Meinung öffentlich Ausdruck gegeben hätte (Lebhafte Zustimmung), zumal die Mehrheit der Genossen eine solche Meinungsäußerung längst erwartet und teilweise darum ersucht hatte. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie also, dem Antrag 7 zuzustimmen und damit die übrigen Anträge zu erledigen. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung beantragt

Segitz-Fürth, die Beschränkung der Redezeit für die Diskussion über diesen Punkt aufzuheben. Der Parteitag soll bestehende Differenzen feststellen, eventuell aufhellen und beseitigen, aus diesem Grunde hat der Parteitag aus dem Bericht des Vorstandes verschiedene Punkte ausgeschieden, die speciell zur Diskussion gestellt und wofür die Beschränkung der Redefreiheit aufgehoben werden soll. Ob der uns jetzt beschäftigende Gegenstand zu diesen Punkten gehört, darüber bestehen Zweifel; nach meiner Auffassung gehört er dazu. (Sehr richtig!) Um die Frage klarzustellen, habe ich meinen Antrag gestellt. Ich bitte Sie, ihn anzunehmen; gerade hier sind die Differenzen ebenso tiefgehend und wichtig wie bei den andren Punkten. (Beifall.)

Der Antrag Segitz wird angenommen.

Singer teilt mit, daß Telegramme von ungarischen Socialdemokraten in Berlin und von Genossen aus Westerland eingelaufen sind.

Um 1 Uhr beginnt die Mittagspause.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Begrüßungs-Telegramme einer von 2000 Arbeitern besuchten Versammlung in Rotterdam, der Parteileitung der Luxemburgischen Socialdemokraten, des Socialdemokratischen Leseklubs Paris, des 6. Kongresses der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften zu Berlin, der Gräfenthaler Genossen werden verlesen.

Die Diskussion über den Punkt „Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse“ wird eröffnet.

Heinrich Braun-Berlin:

Ich bin Litterat; für die Würde und Bedeutung des schriftstellerischen Berufs habe ich eine tiefe Empfindung, trotzdem, oder richtiger vielleicht gerade deshalb, sind mir litterarische Streitigkeiten, Litteratengezänk und Litteratenpolitik aufs äußerste verhaßt. Nicht meine Schuld ist es, daß die kostbare Zeit des Parteitages mit dergleichen in Anspruch genommen wird. Zu dreivierteln ist der Gegenstand dieses Punktes der Tagesordnung Litteratengezänk und zwar Litteratengezänk der allergehässigsten Art. Es ist aber unumgänglich, daß wir uns jetzt mit der Sache beschäftigen, da es im hohen Rat des Vorstandes nun einmal unwiderruflich so beschlossen ist. Nachträglich scheint allerdings der Vorstand über die ganze Sache ein etwas beklemmendes Gefühl zu haben. (Lachen und Widerspruch. Bebel ruft: In keiner Weise!) Ich will Ihnen einen Hinweis geben, der diese Behauptung etwas überzeugender macht. Wäre es anders, dann hätte der Vorstand den Briefwechsel, den ich und einige Genossen mit ihm geführt haben, in den wirklich entscheidenden Punkten in seinem Parteibericht mitgeteilt. Der Parteibericht sagt ausdrücklich: „Die entscheidende Stelle der Beschwerdeschrift lautet“ — und fährt dann fort mit Anführung einer Stelle. Ich glaube, daß folgendes zweifellos zu den entscheidenden Stellen gehört und das findet sich im Bericht nicht: „Die Unterzeichneten möchten wünschen, daß die Angegriffenen nicht genötigt werden, in unvermeidlicher Notwehr zur öffentlichen Antwort zu greifen.“ Unsre Absicht war es, diese Angelegenheit im Rahmen der Kompetenz des Parteivorstandes entscheiden zu lassen, dem die Aufsicht über die Presse zusteht. Ich glaube, es war in keinem Falle notwendig, daß der Vorstand diese Angelegenheit zu einer öffentlichen gemacht hat.

Die Frage der Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern ist außerordentlich verwickelt und es ist unmöglich, sie mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten. Es spielen da unzählige Nuancen mit, Imponderabilien, ganz unberechenbare Dinge erschweren das Urteil. Eins ist sicher, daß wir niemals eine Zeit gehabt haben, seit mehr als 40 Jahren, in der Socialdemokraten an nichtsocialdemokratischen Blättern nicht mitgearbeitet haben. Und die besten und hervorragendsten unsrer Genossen, Marx und Engels, Liebknecht und Vollmar, Bernstein ganz ebenso wie Kautsky haben an nichtsocialdemokratischen Blättern mitgearbeitet. (Hört, hört!) Aber freilich wird mir eingewandt — und Kautsky hat es ja bereits gethan —: Bei den Blättern, an denen diese mitgearbeitet haben, durfte das geschehen. Ebenso hat der Parteivorstand und in Uebereinstimmung mit ihm Herr Dr. Franz Mehring. (Bebel ruft: „Herr Dr. Franz Mehring!“) Jawohl, Genosse Bebel: Herr Dr. Franz Mehring! (Bebel ruft: Herr Dr. Heinrich Braun! Großer Lärm.)

Singer: Es ist nicht üblich, Parteigenossen anders als bei ihrem Ehrentitel „Genosse“ anzureden. (Lebhafter Beifall; große Unruhe.) Was Genossen im Privatberuf sind, wissen wir; aber diese Kennzeichnung gehört nicht hierher und war bisher nicht üblich. Ich bitte, auch auf diesem Parteitag es bei der guten alten Gepflogenheit zu belassen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Heinrich Braun (fortfahrend): Ich gestehe dem Vorsitzenden zu, daß es eine alte, gute Gepflogenheit ist, von den Mitgliedern unsrer Partei als „Genossen“ zu sprechen. Aber es giebt Ausnahmen von jeder Regel, und ich gestatte mir hier eine Ausnahme! (Unruhe.)

Singer: Und ich gestatte dem einzelnen Redner nicht, solche Ausnahmen zu machen! (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Wenn solche Ausnahmen gemacht werden sollen, so hat der Parteitag darüber zu bestimmen. Vorläufig stehen wir auf dem Boden der gefaßten Parteitagsbeschlüsse, wonach wir uns gegenwärtig mit „Genossen“ anzureden haben. Die Redner haben allerdings die Freiheit, einfach den Namen zu nennen. Voraussetzung auf unsren Parteitagen ist aber, daß sämtliche Mitglieder Genossen sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Heinrich Braun (fortfahrend): Ich werde von der mir eingeräumten Freiheit Gebrauch machen und nur den Namen nennen. — Genosse Kautsky ist der Meinung, daß diejenigen bürgerlichen Blätter, an denen er mitarbeitet, einen andren Charakter haben als andre Blätter, an denen andre Parteigenossen mitgearbeitet haben. Diese Blätter sind nämlich keineswegs „hämisch“ und „gehässig“. Er beruft sich da insbesondere auf die „Frankfurter Zeitung“. Ich halte die „Frankfurter Zeitung“, nebenbei gesagt, für das beste deutsche Blatt, aber das ist ja gleichgültig. Ich will nur sagen, daß diese Auffassung des Genossen Kautsky in Bezug auf die „Frankfurter Zeitung“ in den Kreisen der Parteigenossen durchaus keine unbestrittene ist. Ein Parteigenosse, den Kautsky gewiß sehr respektiert, sagt über die „Frankfurter Zeitung“ folgendes — er spricht über die Bekanntmachung des Vorstandes und sagt: „Diese Bekanntmachung läßt sich meines Erachtens kurz dahin zusammenfassen, daß es bei uns in Deutschland für einen ehrlichen Genossen überhaupt keine Möglichkeit giebt, an einem politischen bürgerlichen Blatte mitzuarbeiten, da sie alle — von der „Frankfurter Zeitung“ bis zur „Kreuz-Zeitung“ — in gehässiger und hämischer Kritik an unsrer Partei Erkleckliches leisten.“ Der Genosse fügt dann hinzu, daß ihm vielleicht mit Ausnahme der Berliner „Volks-Zeitung“ kein Blatt bekannt sei, auf das obige Voraussetzung nicht im reichsten Maße zuträfe. Man sieht schon daraus, wie außerordentlich schwankend und unsicher die Begriffsbestimmungen eines Blattes sind, an dem man mitarbeiten darf oder nicht. Die Begriffe „gehässig“ und „hämisch“ sind eben Kautschukbegriffe. Ein andrer Parteigenosse, dem ich die allergrößte Verehrung zolle, hat an einem bürgerlichen Blatte mitgearbeitet, obwohl es ohne allen Zweifel gehässig und hämisch gegen unsre Partei aufgetreten ist, und zwar mitgearbeitet unter Umständen, die die Sache noch sehr komplizierten. Es handelt sich um die Mitarbeit des Genossen Liebknecht an der „Fackel“. Genosse Dr. Viktor Adler aus Wien hat an seinem eignen Leibe erfahren, daß die „Fackel“ so ziemlich das niederträchtigste und unverschämteste Blatt ist in Angriffen auf unsre Partei und auf meinen Freund Dr. Adler ganz besonders. Nichtsdestoweniger hat Liebknecht an der „Fackel“ mitgearbeitet, und zwar nicht etwa mit einem harmlosen belletristischen Aufsatz, sondern mit einem sehr wichtigen politischen Aufsatz, obwohl er sich sagen mußte, daß er mit diesem Artikel einer Bruderpartei die allergrößten Verlegenheiten bereiten konnte. (Hört! hört!) Er hat einen Artikel über die Dreyfus-Affaire veröffentlicht, dessen Stellungnahme der französischen Partei damals und noch auf Jahre hinaus ganz außerordentliche Schwierigkeiten bereitete. Das zeigt Ihnen auch, wie vorsichtig und zurückhaltend man in dieser Beziehung urteilen muß. Wie es sicher ist, daß es seit 40 Jahren niemals eine Zeit gegeben hat, in der Socialdemokraten nicht an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet haben, so ist es noch viel sicherer, daß es keine Zeit gegeben hat, in der Socialdemokraten weniger an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet haben, als in den letzten Jahren. So gingen seit 40 Jahren die Dinge ihren Gang, und es war wirklich kein dringender Anlaß, gerade mitten im Wahlkampf diese Frage aufzugreifen. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Und hier kann ich, so leid es mir thut, dem Parteivorstand einen Vorwurf nicht ersparen. Wenn diese Diskussion und die Erklärung des Parteivorstandes im September erschienen wäre statt im Frühjahr, ich glaube, es wäre auch noch Zeit genug gewesen, und jedenfalls hätte der Parteivorstand eines verhütet daß Kandidaten mitten im schwierigsten Wahlkampfe wegen ihrer höchst harmlosen und gleichgültigen Mitarbeit an bürgerlichen Blättern in der niederträchtigsten Weise angegriffen wurden. (Sehr wahr! und Widerspruch.) Das ist ein Fall, der in der Geschichte der Socialdemokratie einzig dasteht. (Gelächter; Ruf: Wirklich einzig!) Ja, es ist wirklich einzig, daß Kandidaten mitten im Wahlkampfe in so unerhörter Weise kompromittiert worden vor ihren Wählern. Ganz besonders kompromittiert wurde Göhre, von mir will ich nicht reden. (Ruf: Natürlich nicht!) Nach meiner Meinung ist es richtig, daß wie seit 40 Jahren diese Dinge dem Takt und dem persönlichen Verantwortlichkeitsgefühl des Einzelnen überlassen geblieben sind, ohne daß die Partei einen nennenswerten Schaden davon genommen hat, wir es auch künftighin so halten. Und zwar giebt es dafür einen recht guten Grund. Sie können nämlich in Wirklichkeit nichts andres thun. Alles, was Sie ausklügeln an Kundgebungen in dieser Frage, wie sie beispielsweise der Parteivorstand erlassen hat, trifft daneben. Es ist nicht möglich, dies komplizierte und viel verschlungene Problem begrifflich zu fassen und festzustellen: das ist erlaubt und das ist verboten! Das ist ganz und gar nicht möglich, es giebt nur einen Weg, vielleicht werden wir den noch beschreiten, einen Index aufzustellen! Der Parteivorstand könnte eine Index-Kongregation etablieren und dann alle Vierteljahr neben dem Verzeichnis der Parteiblätter auch ein Verzeichnis derjenigen Blätter veröffentlichen, an denen Socialdemokraten nicht mehr mitarbeiten dürfen. Vielleicht kommen wir auch noch weiter, er veröffentlicht alle Vierteljahre ein Verzeichnis von bürgerlichen Blättern, die wir nicht mehr lesen dürfen. (Lachen und Zustimmung.) Wir wollen es abwarten. Jedenfalls trifft diese Kundgebung des Parteivorstandes zum größten Teil daneben. Nach seinen Vorschriften ist es durchaus gestattet, im „Lokal-Anzeiger“, der „Woche“ und dergleichen vortrefflichen Organen mitzuarbeiten; die sind niemals hämisch und gehässig gegen unsre Partei. (Sehr gut! und Gelächter.) Ich bin nun ganz im Gegensatz zu der Ansicht mancher Genossen der Meinung, daß es durchaus unvermeidlich ist, wie es 40 Jahre lang hervorragende Genossen gethan haben, sich der bürgerlichen Presse gelegentlich zu bedienen. Bedienen, nicht ihr dienen! Das ist selbstverständlich. Aber das Anmutige bei allen diesen Diskussionen ist ja leider, daß alles wie Kraut und Rüben durcheinander gemengt wird, daß man sich den Anschein giebt, als handle es sich darum, ob ein Socialdemokrat im Sinne der bürgerlichen Blätter an bürgerlichen Blättern mitarbeiten darf. Das ist selbstverständlich ausgeschlossen. Um Lumpereien kümmern wir uns nicht. Immer nur lautet die Frage, dürfen wir uns der bürgerlichen Presse bedienen, um diejenigen aufzuklären, zu denen sonst das socialistische Wort nicht dringt? Dieses Problem beantworte ich dahin, daß wir, soweit es unsre Pflicht gegen die Partei gestattet, auch dieses Programm erfüllen müssen. Freilich, die „Neue Zeit“ denkt in dieser Beziehung anders. Nach meiner Ueberzeugung besteht kein Unterschied zwischen einer solchen Mitarbeit und dem Vorkommnis, wenn jemand in eine feindliche Versammlung geht und in dieser Versammlung zu Gegnern spricht. Es ist für mich kein Unterschied, ob ich rückhaltlos vor Zweitausenden meine Meinung zum Ausdruck bringe, oder ob ich ebenso rückhaltlos in einem gegnerischen Blatte zu Zehn- oder Hunderttausenden spreche (Lachen) . . . Ach, lachen Sie nicht . . . Es ist da gar nichts zu lachen . . .

In Nr. 47 der „Neuen Zeit“ vom 22. August 1903 wird nun gesagt: „Deshalb ist es ein, nicht nur auf einem, sondern auf beiden Füßen hinkender Vergleich, wenn gesagt wird: ja, ein socialdemokratischer Redner, der in einer gegnerischen Versammlung das Wort ergreift, erntet großes Lob, aber wir Unglücklichen werden getadelt, wenn wir in gegnerischen Blättern die Parteiprincipien vertreten. Dieser Vergleich würde erst zutreffen, wenn ein socialdemokratischer Redner in einer gegnerischen Versammlung auf die Bedingung hin spräche, daß er das Konzept seiner Rede erst dem gegnerischen Vorsitzenden zur Prüfung einreichte. Ein Parteigenosse, Redner, der sich auf diese Bedingung einließe, würde unsres Erachtens alles eher in der Partei ernten als großes Lob.“ Hier supponiert die „Neue Zeit“ wie sie es liebt, irgend einen natürlich ganz unmöglichen Fall. Wenn ein Socialdemokrat in einem bürgerlichen Blatt arbeitet und ihm Artikel zur Veröffentlichung zusendet, so ist es für jeden Socialdemokraten selbstverständlich unbedingte Voraussetzung, daß der Artikel, so wie er geschrieben wird, gedruckt oder unveröffentlicht zurückgegeben wird. (Sehr richtig!) Es giebt in ganz Deutschland kein so unanständiges Blatt, das anders verfahren würde; — ich habe zu viel gesagt: außer der „Leipziger Vollszeitung“! (Große Unruhe!) Außer der „Leipziger Volkszeitung“ . . . Wenn Sie sich die Mühe nehmen wollen, meine Broschüre zu lesen, so finden Sie darin den aktenmäßigen Beweis für die Unanständigkeit der „Leipziger Volkszeitung“.

Ich habe Ihnen kurz meinen sachlichen Standpunkt dargelegt. Die Angelegenheit hat aber auch eine persönliche Seite. Wie ist denn der ganze Streit entstanden? Der ganze Streit nahm seinen Ausgang von dem Artikel Franz Mehrings gegen den Genossen Bernhard in der „Neuen Zeit“. Ohne Franz Mehring hätte nach dem Artikel von Bernhard kein Hahn gekräht. (Sehr richtig!) Genosse Bernhard hatte den Vorzug, ein ganz unbekannter Genosse zu sein und die „Zukunft“ dringt nicht in Arbeiterkreise. (Hoffmann-Hamburg: Doch!) Ei, kommt doch ein Exemplar in Arbeiterkreise! . . . (Meister: Das sind ja nur faule Witze, die Sie da machen!)

Singer: Ich bitte die Zwischenrufe zu unterlassen.

(Meister: Es ist aber doch wahr!)

Heinrich Braun (fortfahrend): Franz Mehring hat eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Chamäleon; aber er unterscheidet sich wieder in ganz bestimmter Weise von ihm. Wenn das Chamäleon wütend wird, dann wechselt es die Farbe. Wenn aber Franz Mehring die Farbe wechselt, dann wird er wütend gegen seine früheren Freunde. Einer dieser zärtlich geliebten Freunde war Harden. Kein Wunder, daß Mehring nach der eigentümlichen Manier des Chamäleons jede Gelegenheit, auch die unpassendste benutzt, um sich an Harden zu rächen. (Bebel: Der Vergleich macht Ihnen Ehre!) Ueber meine Ehre seien Sie ganz unbesorgt. (Bebel: Und Sie ebenso über meine!) Lassen Sie mir mir meine Ehre und ich Ihnen die Ihrige! — Wenn die Sache eine komische Seite hat, so hat sie auch eine sehr ernste Seite. Sie zu behandeln bin ich herausgefordert durch Franz Mehring und seinen Artikel in der letzten Nummer der „Leipz. Volksztg.“ In diesem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ wird mir — auch Genosse Auer ist dabei erwähnt worden, obwohl er mir versichert hat, er wisse nicht, wie das zuginge; es könne ja sein, daß er bei dem Verbot der Volkszeitung ein paar freundliche Zeilen an die Redaktion geschrieben habe — entgegengehalten, daß ich ja Mehring der Partei zugeführt habe. Ich will den Sachverhalt klarstellen. Es thut mir leid, daß ich Sie mit diesen Angelegenheiten beschäftigen muß (Unruhe); es ist aber unvermeidlich, nach dem letzten Artikel Mehrings in der „Leipziger Volkszeitung“. Wie kam ich denn dazu, meine Hand dazu zu bieten, daß Mehring wiederum in Beziehungen zur Partei gelangte? — Ich gehöre zu den älteren Parteigenossen, und es werden im nächsten Jahre 25 Jahre sein, daß ich wegen Verbreitung verbotener Schriften auf Grund des Socialistengesetzes als Student in Straßburg in Untersuchung kam. Ich habe deshalb wenige Monate nach Erlaß des Socialistengesetzes die ganze Niederträchtigkeit und Bäuerei, mit der die bürgerlichen Parteien und ihre Presse in den ersten Jahren des Socialistengesetzes uns verfolgten und wie Mörder und Strolche behandelten, selbst durchlebt und erfahren. Sie können sich demnach vorstellen, wie es auf mich gewirkt hat, daß in den Jahren 1886 und 1887 die „Volks-Zeitung“ für uns eingetreten ist. Ich kann, da ich durchaus gerecht zu sein mich bemühe, nichts andres sagen, als daß in jenen Jahren die „Volks-

Zeitung" mit einer ganz unvergleichlichen journalistischen Verve und außerordentlichen Energie für uns eingetreten ist, und, soweit ich übersehe, war die „Volks-Zeitung" das einzige Blatt in Deutschland, das mit dieser Energie, mit dieser Rücksichtslosigkeit für die verfolgte Partei eingetreten ist. Kautsky erlaube ich mir zu sagen, daß die „Volks-Zeitung" damals viel entschiedener sich unsrer annahm, als die „Frankfurter Zeitung", an der er damals mitgearbeitet hat. Ich hatte gar keine Beziehungen zur „Volks-Zeitung", aber mich interessierten diese Artikel ganz ungemein. Ich erkundigte mich nach dem Verfasser und hörte zu meinem Erstaunen, daß das Franz Mehring sei, von dem ich nichts wußte, als daß er die schamlose Geschichte gegen die Socialdemokratie geschrieben hatte. Ich hatte aus der Lektüre der „Volks-Zeitung" das Gefühl, daß dieser Mann ernstlich bemüht sei, das an uns begangene Unrecht gut zu machen. Wenn ich mit den Genossen Bebel und Singer damals zusammenkam, kam natürlich auch die Rede auf die „Volks-Zeitung" und ich sagte dann beiläufig in Gesprächen ... (Bebel ruft: Gar nicht beiläufig, Herr Braun!) Ihnen gegenüber, Genosse Bebel, werde ich stets „Genosse" sagen, auch wenn Sie mich „Herr Braun" nennen. (Unruhe. Bebel ruft: Das gehört sich auch so!) Aber von Ihnen gehört es sich nicht, daß Sie mich „Herr Braun" nennen. (Unruhe.) Das Wort „beiläufig" war wirklich nur beiläufig gebraucht. Also: ich habe oft und eindringlich mit Bebel und Singer darüber gesprochen und habe wiederholt — nicht beiläufig — gesagt: Gewiß ist diese Geschichte der Socialdemokratie ein niederträchtiges Werk, aber Mehring bemüht sich, das vergessen zu machen, indem er jetzt fast als der einzige bürgerliche Journalist für die verfolgte Socialdemokratie eintritt. Ist es nicht, sagte ich, Pharisäismus, nicht vergessen zu wollen? Nun besuchte ich 1887 mit andren Genossen den geheimen Kongreß von St. Gallen, wo ich zum Schriftführer gewählt wurde. Auf diesem Kongreß wurde beschlossen, daß künftighin unter keinen Umständen die Socialdemokraten bei Stichwahlen für Freisinnige stimmen sollten, wegen ihres schnöden Verhaltens bei der letzten Wahl. Im Hinblick auf diesen Beschluß sagte Singer in seiner Art höhnisch zu mir: „Nun, was wird denn Mehring dazu sagen; der wird nicht übel schimpfen." Ich sagte, so weit ich die „Volkszeitung" und Mehring kenne, sei ich überzeugt, daß er nichts andres werde sagen können als: Unter den gegebenen Umständen konnten die Socialdemokraten keinen andren Beschluß fassen. Darauf wettete Singer mit mir, daß Mehring das nicht schreiben würde. Nach drei oder vier Tagen bestätigte sich meine Voraussage. Im November, Bebel und Singer waren damals aus Berlin ausgewiesen ... (Bebel ruft: Ich nicht, das ist ein Irrtum!) Genosse Bebel, das ist doch höchst gleichgültig! (Bebel: Ich sage ja auch, das ist ein Irrtum!) Also die beiden Genossen waren nicht in Berlin; als sie zurückkamen zum Reichstag, trafen wir wieder zusammen. Bebel stellte sich damals etwas freundlicher zu mir als jetzt. (Bebel: Sehr richtig!) Wir kamen auf die Wette zu sprechen und wir verabredeten das Souper — um ein Souper ging die Wette — für einen bestimmten Abend. Als die Verabredung getroffen war, hatte ich die beispiellose Don Quixoterie, vorzuschlagen, Mehring zu diesem Souper einzuladen. Diese Don Quixoterie beging ich, ohne Mehring je gesehen zu haben, und Bebel und Singer waren so unvorsichtig, ja zu sagen. (Vollmar ruft: Ein teures Souper!) Ich gebe dem Genossen Vollmar recht. (Bebel ruft: Vollmar hat nie solche Soupers, scheints, gegessen. Heiterkeit.) Ich habe daraufhin Mehring besucht und zu dem Souper eingeladen, an dem er denn auch teilnahm.

Nun muß ich noch eins sagen: Niemals würde ich Mehring aus der tiefen Verachtung, in die er damals vor der ganzen Partei versunken war, herausgezogen haben (Lachen), hätte ich seine Vergangenheit ganz genau gekannt. Niemals würden die Genossen das terroristische Regiment, das Mehring in unsrer Partei sich anmaßt, dulden, wenn sie seine Vergangenheit kennten. (Sehr wahr!) Und nur, weil Sie (zu Mehring!) wie ein Fuchs die Spuren Ihrer Thätigkeit verwischen, ist es möglich, daß Sie sich behaupten; und Ihr Terrorismus thut das übrige dazu. Als litterarische Persönlichkeit gleichen Sie einem in Erz gewappneten Ritter, der unverwundbar scheint, an dem alle Fechterkunststücke vergeblich abprallten. Und doch ist diese Rüstung, in die Sie sich einhüllen, nicht aus Eisen, sondern aus Pappe, und mit Eisenpappe bloß überstrichen. Ein paar wuchtige Hiebe, und hinter dieser Rüstung erscheint nicht der reuige Sünder, den sie jetzt vorspielen, sondern in schlotternder Angst (Lachen und Lärm) ein gar nicht bußfertiger Sünder. Sie leben allein von der Lüge. (Große Unruhe.)

(Schluß im Hauptblatt.)

Aus Industrie und Handel.

Die Erneuerung des Kohlensyndikats ist nach den neuesten Meldungen aus dem Ruhrrevier keineswegs mehr so unwahrscheinlich, wie es noch vor wenigen Tagen allgemein behauptet wurde. Mehrere der widerspenstigen Zechen haben sich nun, wo die Entscheidung über die Erneuerung des Syndikats vor der Thür steht, doch noch im letzten Augenblick bereit erklärt, die von der Syndikatsleitung gestellten Bedingungen zu acceptieren und sich dem Kohlensyndikat anzuschließen, darunter die Zeche „Graf Bismarck" und, wie der „Bochumer Anzeiger" berichtet, auch die „Concordia" und die „Magdeburger Bergwerksgesellschaft". Ferner hat eine am Sonnabend in Köln abgehaltene außerordentliche Gewerkenversammlung der Zeche „Kaiser Friedrich" in Barop den Beitritt dieser Zeche beschlossen.

Zu den Kartellbestrebungen in der Zuckerindustrie. Die Bemühungen der Zuckerfabriken, eine feste Verkaufsvereinigung zu gründen, können, wie die „N. Hamb. Börsenh." meldet, keine namhaften Fortschritte machen, weil eine Reihe von Unternehmungen die Beteiligung an den Kartellbestrebungen grundsätzlich ablehnt. Am nächsten Mittwoch soll diese Angelegenheit in einer Versammlung der Rohzuckerfabriken weiterberaten werden.

Eine neue Herabsetzung der Auslandspreise seitens der Kartellraffinerien sei durch das Eindringen ausländischen Zuckers nach Deutschland sowie durch die große Konkurrenz, die einige Weißzuckerfabriken den Kartellmitgliedern bereiten, geboten, und gehe noch über die bereits früher beschlossene vom 15. September ab eintretende Preisermäßigung hinaus.

Die preußischen Sparkassen im Jahre 1902. Das königlich preußische Statistische Bureau wird in dem demnächst erscheinenden Hefte seiner Zeitschrift eine Uebersicht über den Geschäftsbetrieb und die Ergebnisse der preußischen Sparkassen im Rechnungsjahre 1901 veröffentlichen. Danach gab es am Schlusse des Betriebsjahres 1901 im preußischen Staate insgesamt 1508 Sparkassen gegen 1490 im Jahre 1900. In diesen Kassen betrugen die Gesamteinlagen

beim Beginn des Jahres . . .	5 746 924 642,73	M.
am Schlusse des Jahres	6 236 458 932,18	„
mithin Zugang	489 534 289,45	„
Dieser Zugang für 1901 ergiebt sich aus den		
gutgeschriebenen Zinsen mit . .	175 863 722,07	M.
neue Einlagen mit	1 651 218 974,13	„
zusammen	1 827 082 696,20	M.
Davon ab Rückzahlungen mit	1 337 548 406,75	„
verbleiben wie oben	489 534 289,45	M.

Dieses Ergebnis, bemerkt dazu die „Berl. Korr.", stellt sich als ein außerordentlich günstiges dar, denn das Berichtsjahr übertrifft danach seine sämtlichen Vorgänger sowohl bei dem Gesamtzuwachs der Einlagen, wie auch bei dem Ueberschusse der Neuanlagen über die Rückzahlungen. Am günstigsten standen bisher die Jahre 1895, 1898, 1897, 1896 und 1899.

Auf jeden Kopf der Bevölkerung Preußens von 35 082 875 Ortsanwesenden entfielen an Spareinlagen 177,76 M. gegen 166,46 M. im Vorjahre. Es stellte sich der Anteil an je 100 M. Einlage in den Provinzen Hohenzollern auf 0,26, Ostpreußen 1,81, Posen 1,83, Westpreußen 1,91, Stadtkreis Berlin 4,49, Pommern 4,79, Hessen-Nassau 4,85, Schleswig-Holstein 7,73, Brandenburg 8,16, Schlesien 8,72, Sachsen 10,39, Hannover 12,25, Westfalen 16,04, Rheinland 16,78.

Der Morgansche Schiffahrtstrust. Der Direktor der Internationalen Handelsmarine-Gesellschaft erklärt die Nachricht für unbegründet, daß die White Star Line sich von dem Trust trennen wolle. Er behauptet, daß die Vertreter der einzelnen Gesellschaften des Trusts in vollständiger Eintracht zusammenarbeiten. Der größte Teil des Vermögens der Gesellschaften, welche den Trust bilden, sei bei der Internationalen Handelsmarine-Gesellschaft angelegt und mithin der letzteren eine vollständige Kontrolle gegeben.

Inserate

für die **nächste Nummer** müssen **bis 5 Uhr nachmittags** in der Expedition abgegeben werden. **Größere Inserate** bitten wir vorher anzumelden und **bis 4 Uhr** nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 15. September.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Die weiße Dame.
Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.
Westen. Boccaccio.
Lessing. Auferstehung.
Berliner. Geographie und Liebe.
Residenz. Das beste Mittel.
Neues. Eine Frau ohne Bedeutung.
Deutsches. Der Puppenspieler. Trugbild.
Central. Boccacio.
Thalia. Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:

Liederspielhaus (Kroll.) Liederspiele und Idyllen. Vision nach dem Balle.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Talismann.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Was ihr wollt.
Kleines. Nachtasyl.
Trianon. Die Notbrücke.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Carl Weiß. Amor in Wichs.
Luisen. Mönch und Soldat.
Belle-Alliance. Specialitäten.
Apollo. Die Liebesinsel. Specialitäten.
Winter-Garten. Specialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Passage-Theater. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a—5. Eine Frau ohne Bedeutung. Anfang 7½ Uhr.

Trianon-Theater. Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße. Dienstag: Die Notbrücke.

Casino-Theater. Lothringerstraße 37. Anfang 8, Sonntags 7½ Uhr. Großer Sensations-Erfolg! Tolle Kadetten. Vorher das glänz. Eröffnungsprogr. Sonntagnachm. 4 Uhr: Ein edles Weib.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. Die größte Ausstattungs-Operette Berlins in 7 Bildern. Amor in Wichs. 200 Mitwirkende. Glänzend. Ballett. Anf. 8 Uhr. Morgen: Dies. Vorst. Sonntagnachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum Friedrichstr. 165. Die zusammengewachsenen Schwestern! 20 Jahre alt, spielen Violine!

Zoologischer Garten. Täglich ab 5 Uhr nachmittags: Gr. Militär-Konzert. Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte.

In der Arena: Raubtier-Spielschule. 6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen: Wochentags 4-5, 6-7 Uhr, Sonnt. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr. Eintritt: Sperrsitz 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr. Mönch und Soldat. Mittwoch: Kabale und Liebe. Donnerstag: Mönch und Soldat. Freitag zum erstenmal: Einer von unsere Leut'. Gesangs-Posse von D. Kalisch. Sonnabend: Das neue Gebot. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Kabale und Liebe. 8 Uhr: Einer von unsere Leut'.

Fröbels Allerlei-Theater fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Mittwoch, den 16. September cr.: Abschieds-Elite-Vorstellung des gesamten Schauspiel- u. Künstlerpersonals. Im Saale: Großer Ball. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Sonntag, den 20. September cr.: Auftreten der beliebten Norddeutschen Sänger und darauffolgenden Extra-Ball.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Dienstagabend 8 Uhr: Der Talisman. Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda. Mittwochabend 8 Uhr: Was ihr wollt. Donnerstagabend 8 Uhr: Was ihr wollt.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Dienstagabend 8 Uhr: Was ihr wollt. Lustspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare. Mittwochabend 8 Uhr: Der Bibliothekar. Donnerstagabend 8 Uhr: Der Talisman.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater (fr. Buntes Theat.), Köpnickerstr. 67/68. Jeden Abend Anf. 8 Uhr. Gastspiel Adolf Philipp. Der Sensations-Erfolg Ueber'n großen Teich. Heitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Abt. Billets 4 Wochen im voraus.

Residenz-Theater. Direktion S. Lautenburg. Anfang 7½ Uhr. Das beste Mittel. Schwank in 3 Akten von A. Bisson. Bearbeitet von B. Jacobsohn. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Metropol-Theater. Der grösste Erfolg dieser Saison! Wiederauftreten Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Frid Frid. Rosa Marten. Grete Meyer. Müller Linke. Zum 247. Male: Neuestes! Allerneuestes! Dramatische Revue in 5 Bildern. Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende. Anfang 8 Uhr. — Rauchen überall gestattet. —

Sanssouci. Täglich: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Sonntag, Montag, Donnerstag nach der Soiree: Tanzkränzchen. Heute Dienstag, den 15. September, Erster Theaterabend. Die Lieder des Musikanten. Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Rud. Kneisel.

Apollo-Theater. Zum 132. Male: Die Liebes-Insel mit dem grandiosen Post-Ballett. Miss Mildred de Grey. Original-Barfuss-Tänzerin. Montrel. — Ciermonts Cirkus. Pöttingers Schwed. Damen-Quintett. Neu! Neu! Messters Biophon, leb. u. sprech. Photographie. In Vorbereitung: Frühlingsluft.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Der stolze Heinrich. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Mittwoch: Das Forsthaus. Donnerstag: Extra-Vorstellung.

Diez' Specialitäten-Theater Landsberger Allee 76-77 (Ringbahn-Station). Ob schön! Ob Regen! Täglich vollständig neues konkurrenzloses Riesen-Programm. Orig. Robert a. Bertram sind wieder da. Orig.-Clown Fredoff. Orig. Tom Bryarly. Fred u. Litle Alfons. Eugen Freiberg. Claire Wegener. Mlle. Friedrich. Grosser Ringkampf. Emil Nitschke — G. Enge. Zurück von der Tournee aus Rußland, fordere ich Ringkämpfer und starke Leute auf, sich mit mir im Ringkampf zu messen und zahle 50 M. Prämie, wer im stande ist, mich in 30 Minuten zu besiegen. Hochachtungsvoll 2468* Emil Nitschke. Sonnab., Sonntag, Montag: Tanz. Anf. Wochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Passage-Theater Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr. Man muss sie wiedergesehen haben, die LONA bezaubernder denn je. Auftr. Lona Sonntag 6 u. 10 Uhr. Das Moto-Mädchen. Mensch oder Maschine? Das neue Rätsel für Berlin! 14 erstklassige Nummern.

Typographia Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser. 130 Sänger. Chormeister: Alexander Weinbaum. M. d. A.-S. Sonntag, den 20. September, im grossen Konzertsaal der „Neuen Welt" (Hasenheide): Konzert. Mitwirkende: Alfred Wittenberg (Violine), Albert Jeschke (Violine), Wilhelm Schneider (Viola), Franz Hollfelder (Violoncello), Otto Kockert (Klavier). Anfang präcise 6½ Uhr. — Eintritt 40 Pf., an der Kasse 50 Pf. Nachdem: Tanz. Herren zahlen 50 Pf. Eintrittskarten sind im Vereinslokal („Arminhallen"), im Vereins-Bureau (Ritterstr. 88), in der Musikalienhandlung von Richard Kaun, Grüner Weg 17; im Restaurant Augustin, Druckerei des „Vorwärts", Lindenstr. 69; in den Cigarrengeschäften von Paul Ihm, Wrangelstrasse 58; Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a; Emil Schulz, Mittenwalderstrasse 2; Gustav Schürer, Lindenstr. 97/98; H. Pütz, Muskauerstr. 31; Udo Stangenberg, Manteuffelstr. 109; J. Wolff, Lehninerstr. 1, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen erhältlich. Der Vorstand.

Cirkus Schumann. Heute Dienstag, 15. September cr., abends 7½ Uhr: Parade-Vorstellung. Das Tagesgespräch von Berlin bleibt Herr Julius Seeth mit seinen nicht im Zoologischen Garten gezogenen 25 männlichen Löwen. Geschenk Sr. Majestät des Kaisers von Abessynien und Dir. Alb. Schumann mit seinen ganz neuen hervorragenden Original-Dressuren sowie das Zoologische Potpourri, Monstredressur des Herrn Leb. An Wochentagen zahlen Kinder unter 12 Jahren sowie Militär vom Feldwebel abwärts ermäßigte Preise.

Steidl-Theater. Oranienbg. Th., Linienstr. 132. Täglich 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr: Soirée der beliebten FRITZ Steidl-Sänger. Entrée 50 ₰ (Vorverkauf 40 ₰), Loge 1 M. Sonntag u. Donnerstag n. d. Soirée: TANZKRÄNZCHEN im Festsaal.

Reichshallen Stettiner Sänger (Meykel, Pietro, Britton, Steidl, Böhme, Böckmann, Plättner, Schrader u. Eberino jr.) Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Berliner Ulk-Trio. Felix Scheuer Strelitzerstr. 1.

Cirkus Busch. Dienstag, den 15. September 1903, abends 7½ Uhr: Gala-Sports-Abend. Miss Claire Heliot, genannt die Löwenbraut mit ihrer Riesen-Löwengruppe. Sämtliche Löwen sind direkt aus Deutsch-Ost-Afrika importiert. Herr PaulRündner, der volkstümliche Berliner Radfahrer m. seinen noch nie in Berlin gesehenen tollkühnen Produktionen, u. a. der Todessprung über eine ca. 50 Fuß breite Kluft mit dem Rad. Exotischer Monstre-Dressur-Akt mit 12 Elefanten, 3 Zebras u. 50 Pferden. !! Eine Hirschjagd !!

Stadt-Theater Moabit Alt-Moabit 47/49. Dienstag, den 15. September 1903: Eröffnungs-Vorstellung des Bernh. Rose-Theater-Ensembles, Mensch, ärgere dich nicht. Posse mit Gesang in 4 Akten von Treptow. — Musik von Steffens. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Die Löwenbraut.

Ostbahn-Park. Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferst. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Täglich: Franz Sobanski und das vollständig neue Artistenpersonal. Außerdem: Die weiße Dame. Mittw., Sonnab., Sonntag: Tanz. Anf. ½8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Zahn-Klinik. Olga Jacobson, Preise beliebige Teilzahlung. Invalidenstrasse 148.

Für den langen Albert
zum 15. September.
Die besten Wünsche zum Wiegenfest senden mit bestem Gruß
Die Unverbesserlichen
16515 K. T. A. T. M. G.
Müdigkeiten werden nicht vorgeschützt.

Palast-Theater früher Feen-Palast.

Burgstr. 22.

Riesen-Erfolg.

8½ Uhr:

Genießet das Leben.

Lebensbild in 2 Akten.
Alfons Gettke: Dir. **Rich. Winkler.**
Leopold Rolf, Humorist.
Frankelly u. Sohn, Parterre-Akt.
Ménita Hollé, Ballettscene.
Hedwig Düring, Soubrette.
Luciana, Transformationsakt.
Mellinis dunkles Geheimnis.
Anita und Francis Era, Luftakt.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

WINTER GARTEN

Das

Sensations-Programm

Florence u. Lillian, musik. Nummer
Anne Dancrey, Pariser Soubrette
Die drei Macagnos, Scenen im Café
Florence Moore, amerik. Sängerin
Mlle. Marguerite, Löwen-Dresseuse
Das Motogirl, die lebende Puppe
Lionel Strongfort, Kraftproduktion
Alexia, Bravourtänzerin
Die Ten Ichi Truppe, japan. Zauberk.
Hickey u. Nelson, amerik. Excentrics.
Paul Coste, Bariton von der Gr. Oper in Paris.
Die Jahrmarktsprinzess, Ballett-Div.
Biograph, Bilder des Papstes.

Etablissement

Buggenhagen

am Moritzplatz.

Täglich:

Streichkonzert.

Dienstag und Donnerstag:
Hamburger Sänger.
Nach d. Vorst.: **Tanzkränzchen.**
Voranzeige! Vom 1. Oktober ab jeden Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Schauss' Künstler-Ensemble „Nordsterne".
Nach jed. Vorst.: **Tanzkränzchen.**

Von der Reise zurück [24/11

Dr. Max Blumenthal,

Landsberger Allee 29.

Dr. Schünemann

Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.**
½12—½3, ½6—½8, Sonnt. **9-11.**

Auf allerbequemste Art Teilzahlung!!!
(wöchentlich 1 Mark)
Herren-, Damen- u. Wecker-Uhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten.
Juhre & König, Warschauerstraße 72.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. vers. die 10 Pfunddose zu 7,00 M., 5 Pfd. 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg. *

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensors,** sowie **sämtliche Artikel zur Krankenpflege.**
Eigne Werkstatt.
Lieferant f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen.
Berlin C., 20062*
30. Linien-Straße 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm und weich am Körper.

Stempel-Fabrik
von [20542*

Robert Hecht,

Berlin S.,
Oranienstr. 142,
liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt"
zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1.50 M.** an.

Möbel

Wegen Räumung stehen neue und gebrauchte Sachen zum billigen Verkauf. Teilzahlung gestattet. Ganz besonders zu empfehlen ist: **Kleiderspind 23, Sofa mit Auszug 30, Chaiselongue 17, Bettstelle mit Matratze 19, Muschelspind, Vertiko 27, Plüschgarnitur 90, Plüschsofa 50, Säulentrumeau geschliffen 30, Pancelsofa 60, Schreibtische 15 M.** Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt. Kein Laden, direkt Fabrik Oranienstraße 58. Sonntags geöffnet. 24452*

Boebel.

Ein ununterbrochener Siegeslauf

ist es, den die **Original-Reichel-Essenzen** (zur Selbstbereitung von Cognac, Rum, Branntweinen und allen echten Liqueuren) seit ihrer Einführung bis heute zu verzeichnen haben und den **keine Nachahmung** aufzuhalten vermag. Diese beispiellose Beliebtheit haben die **Original-Reichel-Essenzen** einzig und allein nur ihrer **unübertrefflichen Güte** und dem wichtigen Umstande zu verdanken, dass sie **keine künstlichen Produkte,** sondern **natürliche Erzeugnisse** von garantierter Reinheit sind, so dass die daraus bereiteten Getränke in Geschmack und Aroma **den besten Fabrikaten des In- und Auslandes vollständig gleichkommen,** viele derselben sogar **übertreffen,** nichtsdestoweniger aber **doppelt** und **dreifach,** oft um das **zehnfache billiger** sind. Die teuersten Liqueure kann sich jedermann auf die wohlfeilste und einfachste Art selbst herstellen, ein Misslingen ist absolut ausgeschlossen. — **Man lasse sich nicht durch Nachahmungen täuschen,** sondern verlange **ausdrücklich Marke „Lichtherz",** denn **nur diese bietet Gewähr für Echtheit des Fabrikates.** Eine Anleitung „Die Destillierung im Haushalte" kostenlos. **Original-Reichel-Essenzen** sind zu haben in den Apotheken, Droguerien und beim alleinigen Fabrikanten **Otto Reichel, grösste Specialfabrik Deutschlands, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.** 2619L

Geschäfts-Eröffnung.

Am 15. d. Mts. eröffne 2606L*

Oranienstr. 207 (Ecke Skalitzerstrasse)

ein **Special-Geschäft größten Stiles**
in Metall- u. Kinder-Bettstellen mit Patent-Stahlmatratzen neuester Konstruktion, Chaiselongues, Polsterbettstellen, Matratzen,
Steppdecken, Diwandecken, Schlafdecken, Bettdecken
in **reichhaltigster Auswahl** und sind die Preise **ganz besonders billig gestellt.**
Zum Andenken an die Eröffnung erhält jeder Käufer bis Oktober
ein schönes Geschenk.
Besichtigung erbeten. **Kein Kaufzwang.**
Gleichzeitig mache ich auf meine renommierten Bettfedern u. Betten-Specialgeschäfte aufmerksam und gebe ich dort auf meine bekannt billigen Preise noch einen Extra-Rabatt von 10 Prozent.
L. Beutler, **Oranienstr. 207** (Ecke Skalitzerstraße), **Ackerstr. 28, Reinickendorferstr. 64c.**

Orts-Krankenkasse

d. Maurergewerbes.

Donnerstag, den 17. September, abends 8½ Uhr, findet Engel-Ufer 15 **(Gewerkschaftshaus),** Saal VII, eine

ausserordl. General-Versammlung

der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber statt.

Tagesordnung:
1. Die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts in Sachen der 6. Abänderung des Statuts und Beschlussfassung über Zurückziehung derselben.
2. Beratung und Beschlussfassung über die Revision des Kassenstatuts auf Grund der Abänderung des Kranken-Versicherungs-Gesetzes vom 25. Mai 1903. 13835*

Berlin, 7. September 1903.
Der Vorstand.
A. Dähne, Vorsitzender, Pflugstraße 17. **A. Kelpin,** Schriftführer, Demminerstr. 25.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.

Hauptgewinne:
100000 Mark
50000 Mark
25000 Mark
Ziehung **28. Sept. bis 2. Oktober.**
Originallose a Mk. **3,50.**
Porto und Liste **30** Pf.

J. Eisenhardt,

Neustrelitz.
Nur bestellte Lose, kein Ersatz, werden versandt. [24/11*

Läden und Geschäftsräume.
Nord-West.
Wilhelmshavenerstraße 33d und 33e.
Süd-Ost.
Neanderstraße 11, 11a und 12. Läden, Lager- und Bureauräume.
Ost.
Bödikerstraße 30, Ecke Goßlerstr. 32. Läden mit Wohnung.
Nord. 25832*
Oudenarderstraße 35, 36 u. 37. Läden mit Wohnung. Specialläden für einen Bäcker und Restaurateur.
Näheres daselbst bei den Verwaltern.

Wohnungen.
Nord. 25822*
Oudenarderstraße 35, 36, 37 und 38. 1, 2, 3 Zimmer, Küche rc.
Nord-West.
Wilhelmshavenerstraße 33d und 33e. 1 und 2 Zimmer, Küche, Bad rc.
Oldenburgerstraße 31. 2 u. 4 Zimmer. Küche, Bad rc.
Süd-Ost.
Neanderstraße 11, 11a und 12. 2, 3 und 5 Zimmer, Küche, Bad rc.
Ost.
Bödikerstraße 30, Ecke Goßlerstraße 32. 2 und 3 Zimmer, Küche, Bad rc.
Näheres daselbst bei den Verwaltern.

5½ Pfund Brot 50 Pf.

Backware

6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereien: *
Wrangelstraße 9. Krautstraße 19. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2. Markthalle Pücklerstr., Stand 222/23. Markthalle Andreasstr., Stand 16/18.

Achtung! 24762*

Handwerkern, Arbeitern

empfehle noch zu alten billigen Preisen trotz enormer Wollgarn-Preissteigerung meine

Kammgarn-Sweater

Plattiert Kammgarn a 3,25 u. 3,50.
Reinwoll. Kammgarn a 4,80 u. 5,30.
Doppelstarke do. a 5,80 u. 6,30.

Theodor Fricke

1. Geschäft: **Oranienstr. 174.**
2. Geschäft: **Oranienstr. 198.**

Charlottenburg.

F. Kunstmann

Wallstr. 1.
Uhrmacher und Goldarbeiter. *
Grosses Lager, billige Preise. — Reparaturen schnell, billigst.

Für die Tage vom 14.—25. September sind wieder für sämtliche

Herren-Stoffe

wie bekannt, die **billigen Preise** angesetzt.

Tuchfabrik-Niederlage
Berlin C.
2 Ross-Strasse 2.
Koch & Seeland.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Künstl. Zähne,

tadellose Ausführung
von 3 M. an, **Plomben** von 2 M. an

Max Guckel,

Lausitzer Platz 2.
Vorzeiger dieses erhält: 4 M. Ermäßigung bei Auftrag von 20,00 M., unter 20 M. 2 M. 20512*
Teilzahlung gestattet.

Gardinen-Reste

Ausverkauf 2559L*
500 bis 1000 Reste spottbillig um zu räumen.
Grüner Weg 80, parterre
Eingang v. Flur. **Bruno Güther.**

Verfallene Pfänder!
Goldsachen wie Brillanten jeder Art, gold. u. silb. Damen- wie Herren-Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, spottbillig verk. **Pfandleihe,** Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. 24672*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 16. September, abends 7 Uhr, im Lokal von Kaulhold, Wilhelminenhof-Straße Nr. 18:

Bezirksversammlung f. Ober-Schöneweide

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: **„Die Bedeutung der Gewerbegerichte".** Referent: **Max Behrend.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 16. September, abends 8½ Uhr, bei Wilke, Brunnen-Straße Nr. 188:

Versammlung der chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Max Schütte** über: **„Die Todesstrafe".** 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Die Bandagisten sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.
121/11 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, 16. September, abends 8½ Uhr, im „Englischen Garten", Alexander-Straße Nr. 27c:

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Ritter** über: **„Die Entwicklung der Arbeitgeber-Verbände und die Aufgaben der Gewerkschaften".** 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Gaukonferenz: a) Anträge; b) Wahl der Delegierten. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, pünktlich zu erscheinen.
64/12 **Die Ortsverwaltung.**

Centralverband der Töpfer.

Filiale Berlin.
Freitag, den 18. d. Mts., präcise 7 Uhr: 196/11

Vertrauensmänner-Sitzung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal VII).
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher mit diesem Amte Beauftragten. **Der Filialvorstand.**

Achtung! **Portefeuiller!** Achtung!

Verband der Portefeuiller und Ledergalanterie-Arbeiter

und Arbeiterinnen. — Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 16. September, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27.
Tages-Ordnung: 1. **Vortrag** des Genossen **Tassenbach** über: „Die Entwicklung und der jetzige Stand der englischen Gewerkschaftsbewegung". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Abrechnung der Billets vom Sommerfest. 4. Verschiedenes. 109/10
Gäste, Damen und Herren, sind freundlichst eingeladen.
Da das **pünktliche Eröffnen** der **Versammlung** unbedingt **notwendig ist, so erwartet pünktliches** und **zahlreiches Erscheinen**
Die Ortsverwaltung.

Verein der freiheitlichen Socialisten Berlins

und Umgegend.
Dienstag, den 15. September 1903, abends 8½ Uhr, bei Patt, Dragonerstr. 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Adolf Brand** über: Schriftsteller, Staatsanwalt und Justizminister. 2. Diskussion. — Gäste willkommen.
290/9 **Der Vorstand:** E. Krause, Woldenbergerstr. 6.

Achtung! Holzarbeiter Rixdorfs!

Mittwoch, den 16. September, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung

im Lokale des Herrn Thiel, Bergstraße Nr. 151/152.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Fendel** über: **Pflichten der Selbsterhaltung.** 2. Diskussion. 87/9
Der Wichtigkeit wegen ist es notwendig, daß jeder Kollege zu dieser Versammlung erscheint. **Der Einberufer.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen, Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Vertrauensmänner-Versammlung

sämtlicher Bezirke und Branchen.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme einer Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse unsres Gewerbes in Berlin. 2. Werkstattstreiks und Differenzen.
Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt Delegierte zu entsenden.
Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmänner-Karte legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Herrenkommers

zu Ehren der auswärtigen Delegierten zur **General-Versammlung** am **Sonntag, den 20. September, abends 7 Uhr,** im großen Saale des **Gewerkschaftshauses,** Engel-Ufer 15.
Billets für Mitglieder 60 Pf. (nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches), für Gäste 75 Pf., sind bei den Kollegen P. Greier, SO. Köpnickerstr. 21, II. Aufgang 4 Treppen und O. Misbach, Engel-Ufer 15, 3 Treppen im Bureau zu haben. 20/13
Zahlreichen Besuch erwartet **Das Vergnügungskomitee.**

Grossfischerei - Export Import Ernst Napp Nachf.

Swinemünde Nr. 56, Ostsee.
Prämiiert: Paris, Baden mit goldener Medaille.
Frachtfrei gegen Nachnahme nur echte, wirkliche Original-Fettheringe
1/1 Fass allerfeinste neue Milch- u. Rogen-Heringe im Ansehen fast ohne Konkurrenz 12½ M., ½ Fass 7 M.
b. 400 Original grösste M Fettheringe (Salz), sehr beliebt, Dauerware, 11 Mark, ½ Fass 6 Mark
100 Fettrollmöpse 3 M.
70—80 Bismarckheringe 3 M.
10 Dosen Oelsardinen 5 M.
80 Delikat.-Heringe in Senfsauce 3½ M.
70 M Fettheringe 2½ M. Alles portofrei.
½ Dose Milch- u. Rogen-Heringe 3 M.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.
Am 11. d. Mts. verstarb unser Mitglied

Emil Plötzke

Demminerstraße 2.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. d. Mts., nachmittags ¾4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedenskirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt. 240/4
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband d. Schneider u. Schneiderinnen u. v. Berufe Deutschlands (Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.

Am 11. d. M. verstarb unser Mitglied

Emil Plötzke

(Demminerstr. 2) im 39. Lebensjahre. 163/7
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt Dienstag nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle der Friedensgemeinde aus.
Die Ortsverwaltung.

Unterstützungs-Verein der Kupferschmiede Deutschlands
Filiale Berlin.
Am 12. d. Mts. verstarb infolge einer Lungenentzündung unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Ernst Adam

im Alter von 63 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Pasewalkerstraße 8, nach dem Nazareth-Kirchhof, Dalldorfer-Chaussee, statt. 16506
Um eine rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Am Sonntag, den 13. September, vormittags 9 Uhr, verstarb unser lieber Kollege, der Gürtler

Hermann Kreideweiss

Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes aus statt. 16325
Die Kollegen der Firma Klinke & Co., Naunynstr. 69.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Mannes sage ich den Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend, dem Wahlverein des 6. Wahlkreises, sowie den Miteinwohnern des Hauses Cremmenerstr. 6 meinen herzlichsten Dank. 16355
Agatha Netzband, geborene **Nickel,** nebst Eltern u. Geschwister.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder

und verwandter Gewerbe.
Ausserordentliche

General-Versammlung

am Mittwoch, den 23. Sept., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.
Tagesordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung über die Abänderung des Kassenstatuts auf Grund der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vom 25. Mai 1903.
2. Abänderung der Verhaltungsregeln für erkrankte Mitglieder.
3. Verschiedenes. 276/10

Der Vorstand.
Bernh. Jost, Vorsitzender. **Georg Bässler,** Schriftführer.

Orts-Krankenkasse

der Uhrmacher

zu Berlin.
Dienstag, den 22. September cr., abends 9 Uhr, bei **Schultheiss,** Neue Jakobstraße 25:
Außerordentliche

General-Versammlung

der Vertreter der Kasse.
Tages-Ordnung:
1. Abänderung des Statuts nach Maßgabe der neuen Krankengesetz-Novelle vom 25. Mai 1903.
2. Verschiedenes. 16596

Der Vorstand.
G. Lätsch, Vorsitzender.

Gänsefedern 60 Pf.

pr. Pfund (größere zum Reisen). **Schlachtfedern,** wie sie d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50, fülleriger Gänsemp M. 2.00, bessere Gänsehalbdaunen M. 2.50, 3.00, beste schneeweiße M. 3.50, russische Daunen M. 3.50, weiße böhm. Daunen M. 5.00, gerissene Federn M. 1.50, 2.00, 2.50, Prima gerissene M. 3.00, 3.50, Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46a.
Erste Bettfedernfabrik m. elect. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

Nach 30tägiger Probe Retournahme!

Weltfreund

Einfachste, bequemste und praktischste

Geldbörse der Welt.

Kein langes Suchen mehr. Kein Herausfallen d. Geldes. Nur einen Druck und man hat sofort das gewünschte Geldstück zur Hand. Aus Messing fein vernickelt. Ein Stück gegen Einsendung von 70 Pf. (Auch Briefmarken) frei ins Haus. 2 Stück 1,20 Mark. 3 Stück 1,70 Mark.

Tausende ehrende Anerkennungen.

Urteil eines Kunden: Weltfreund erregt überall wo ich selben zeige großes Staunen.

Neuest. Hauptkatalog über Sol. Stahlw., Waff., Lederw., Pfeifen, Schirme, Stöcke, Fernrohre, Feldstecher, Haus- und Küchengegenstände, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Musikwaren vers. an jedermann umsonst u. frko.

Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.

Alleinige Fabrikanten der berühmten Solinger Stahlwaren Marke „Schneidig".

Wiederverkäufer gegen Provision gesucht.

Engelhardt's Caramel-Malz-Bier

gesetzlich geschützt No. 31 934

ist **doch** das Beste!

Caramel-Malz-Bier ist pasteurisiert, keimfrei und seit vielen Jahren wegen seines ganz geringen Alkoholgehalts ein bewährtes Stärkungsmittel für Nervöse, Bleichsüchtige, Mütter u. Rekonvalescenten. Auch als Tafelgetränk wird es sehr bevorzugt.

Preis pro Flasche 10 Pfennig.

In allen Kolonialwaren- und Delikatess-Geschäften käuflich.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.

Berlin N., Chausseestrasse 33.

Telephon Amt III. 8825

Brauerei Karl Gregory Aktien-Gesellschaft

Berlin N.

empfiehlt ihre vorzüglichen Biere aus bestem Malz und Hopfen hergestellt, als:

Lager-Bier (goldgelb)

Pilsener Bier (Specialität)

Hofbräu (nach Münchener Art)

in Gebinden und Flaschen. 2514L*

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

A. Schulz, Reichenberger Strasse 5

empfiehlt Einrichtungen in Nußbaum und Mahagoni von 240 bis 5000 Mark zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. **Coulanteste Bedingungen.** 2324Q*

Portieren

Specialität! (ca. 200 Genre) Einzelne Garnituren spottbill.

Special-Katalog ca. 600 Illustr. gratis u. franco.

Teppich-Specialhaus **Emil Lefèvre,** Oranienstrasse 158 Berlin S.

Echte

Patzenhofer Biere

Patzenhofer	Hell	30 Fl. 3 M.	⅛ T. M. 3.00
Patzenhofer	Marine		⅛ T. M. 3.25
Patzenhofer	Dunkel		⅛ T. M. 3.50
Patzenhofer	Crystall	28 Fl. 3 M.	⅛ Hl. M. 3.00

Gefällige Bestellungen an

Patzenhofer Brauerei

NO. Landsberger Allee 24/27

Telephon VII, 2200 u. 5533.

NW. Strom-Strasse 11/16

Telephon II, 127 und 676.

Schutzmarke

Pfand pro Flasche 10 Pf.

Erkner—Baustellen

billig, günst. Zahlung, nur 5. Bauer Catholy, Buchhorsterstraße, 5 Min. ab Schule. 52 Stck. bis jetzt ver. Näh. Schulz, Rixdorf, Lenaustr. 12/13.

Kopfläuse nebst Brut verschwinden sofort d. Unschädlich. Erfolg überraschend. In Drogerien 50 Pfg **„Puffi"**

Fordern Sie Dänischen

Anker-Kautabak

feinste Marke, 5 u. 10 Pf. Schleifen u. Rollen. Echt nur, wenn in jedem Stück d. Anker-Zettel liegt.

Niederlage: **Carl Röcker,** Grüner Weg 8. Amt 7, 3861.

Hauptniederlage: Nordhäuser Kautabake, Schnupftabake — Rauchtabake.

Vereine: Zimmer für 80 und 20 Personen, auch für Gesangvereine. Neues Planino. **Dirksenstr. 39 I. Karl Grosser.** Zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Börse. 2121Q* Verkehrslokal des Verbands deutscher Gastwirtsgehilfen. Tel. Amt 3, 1813.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Specialität: **Nordhäuser Kautabak**

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 2003L*

Amt 7. 1851.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant „Philadelphia", Greifswalderstraße 138, sünster Wahlkreis, Fabriken, Saal, Inventarwert sofort zu übernehmen. 1530b*

Restauration mit mehreren Vereinen sofort zu verkaufen. Große Räumlichkeiten, billige Miete, bei Pinzer, Bödikerstraße 5 (Osten).

Rummelsburg. Eckrestauration, mehrere Vereine und Zahlstellen, billig zu verkaufen Prinz Albertstraße 5a bei John. 1867R*

Jungbiergeschäft sofort billig veränderungshalber verkäuflich. Zu erfragen Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 37, Seifengeschäft. †133*

Altes gangbares Materialwaren-Geschäft, Grünkram, Obst, Rolle, sofort billig zu verkaufen. Rixdorf, Hermann Sahe, Prinz Handjerystraße 48. †135*

Plättanstalt verkauft wegen andauernder Krankheit Mainzerstraße 23.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochfeine Herrenanzüge und Paletots aus besten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1842R*

Steppdecken! Gelegenheitskauf! Seidenkloth, statt 8 M. jetzt durchweg 3,75. Posten Teppiche (Reisemuster) für jeden Preis verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 1868R*

Teppiche, Portieren, Tischdecken, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Betten, Steppdecken, Wäsche, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Remontoiruhren, Ketten, Regulatoren, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 22/15*

Gardinen, Stores, Kleidungsstücke, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 22/15*

Möbel, Spiegel, Bilder, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 22/15*

Möbelsuchenden. Brautleuten empfehle meine Möbeltischlerei für gediegene Wohnungs-Einrichtungen, reelle Arbeit, bekannt billig, weitgehende Garantie. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124. 1816R*

Büffetts, elegante Garnituren, Schlafzimmer, herrliche Küchenmöbel, Schreibtische 55,00. Wirklich billige Möbel in tadelloser Ausführung unter Garantie verkauft Möbelfabrik Hirschowitz, Mariannenstraße 7a.

Blumentische, schmiedeeiserne, verkauft Bartenberg, Fürstenbergerstraße 13. †57*

Milchgeschäfts-Einrichtungen, Kübel, Kannen, Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen usw. billigst Jordan, Kleine Markusstraße 28, I. 1827R*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-Fabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheitskäufe zu billigen Preisen liefere ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 10 000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertikos 36, Salongarnitur, Plüschgarnituren 105, Muschelbettstellen mit Matratzen 40, geschnitzte Büffetts, Bücherspinde, Paneelsofas mit Satteltaschen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, Englische Schlafzimmer, Speisezimmer, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Gelegenheit für Brautleute. Die Möbelfabrik Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante Einrichtungen bis zu 10 000 Mark und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Staunend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verliehen gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderspind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertikos 36, Salongarnitur, Plüschgarnituren 105, Muschelbettstellen mit Matratzen 40, geschnitzte Büffette, Bücherspinde, Paneelsofas mit Satteltaschen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmer, Speisezimmer in Eichen, auch Nußbaum, Salons, Altmahagoi, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert, auch nach außerhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 1865R*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1727R*

Adlershof. Empfehle den Parteigenossen die überall gut eingeführten Fabrikate der „Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg". Cigarren in jeder Preislage. Präsentkisten zu billigsten Preisen. Cigaretten, Rauch-, Kau-, Schnupftabake in großer Auswahl. Pfeifen, Pfeifenteile. Engros-Verkauf nur zu Fabrikpreisen. Alleinige Fabrikniederlage für Adlershof nur Bismarckstraße 10, Ernst Tost. 1828R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 148, Skalitzerstraße 40. 1850R*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 95/19*

Nähmaschinen. Zahle bis zehn Mark, wer Teilzahlung Nähmaschinen kauft oder nachweist. Alle Systeme. Woche 1,00. Postkarte genügt. Borchert, Zorndorferstraße 50. 53/12*

Elegante Garnitur, Paneelsofa, wegen Aufgabe des Geschäfts verkäuflich. Polster-Engroswaren-Geschäft Invalidenstraße 36, Hof. Nicht zu vergleichen mit unreellen Ausverkäufen. 53/13

Bett, prachtvolles, 18,00, Michel, Dresdenerstraße 38. 1640b

Papagei, 15 Mark, Müller, Voltastraße 34. 1642b

Garderobenschrank, sechs eichene Stühle, dunkel mahagoni Möbel verkauft Poroth, Wilhelmstraße 13. [1641b

Nähmaschinen, Fahrräder, gebrauchte, verkauft allerbilligst Pfandleihhaus Seydelstraße 20. 1643b

Ein Sofa, ein Tisch, Kommode, Phonograph und Walzen und Verschiedenes ist verzugshalber zu verkaufen Manteuffelstraße 123, vorn 2 Treppen, Hecht. 1634b

Motorboot, leicht beschädigt, Maschine in Ordnung, 750 Mark. Chiffre „Gelegenheitskauf" Postamt 16.

Fahrräder-Zubehörteile am billigsten Große Frankfurterstraße 14, Kämmereit.

Fahrräder-Verleihung. Einsitzer, Zweisitzer und Dreisitzer billigst Große Frankfurterstraße 14, Kämmereit.

Schlesingers Malerkittel, staubdicht, vorn zum Knöpfen mit Umlegekragen in allen Weiten, extra lang, Stück 2,30. Versandt zu Tausenden. Nur allein zu haben bei Hermann Schlesinger, Turmstraße 85. 1792R

Kinderwagen, wie neu, verkauft Bock, Andreasstraße 75. †53

Papagei-Auswahl, 17,00. Kurzmann, Anklamerstraße 35. 1647b

Hochvornehme Herrenanzüge, Herrenpaletots, feinsten Maßstoffen herrührend, 20—38, Herrenhosen 8 bis 12 Mark. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. 1628b*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Betten, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Teschings, Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reißzeuge, Harmonika, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 1629b*

Herrenanzüge reinigen, bügeln, ganz alte wie neu, 2 Mark. Reparaturen billigst. Lieferung in vier Tagen. Reinigungsanstalt Karl Manitz, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 41. Abholung und Zusendung frei, bitte Postkarte. 1630b

Restauration mit vier Vereinen und Kegelbahn wegen Krankheit der Familie billig zu verkaufen. Händler verbeten. Zu erfragen bei B. Knöbloch, Kleine Andreasstraße 21, parterre. *

Grünkramgeschäft wegen Uebernahme elterlichen Grundstücks billig verkäuflich Grüner Weg 120. 1637b*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Prenzlauerstraße 50/60 und Große Frankfurterstraße 43. †98*

Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Postkarte genügt. †129*

Kiderspind, Schlafsofa umzugshalber billig Ackerstraße 34, I links.

Möbel. Garnituren, Säulenspinde, Trumeaus umständehalber billig. Bergstraße 2, Restaurant. 1656b

Starkes Pferd (Wallach) verkauft billig Halm, Grenzstraße 14. 1654b

Steppdecken, spottbillig, Fabrik Beinstraße 20. †98*

Gutnähende Singermaschine 15,00, wie neu, Grünerweg 62. Göke. 1653b

Wegzugshalber billig Badewanne, zweirädrigen Handwagen, Mobiliar, Rausnitz, Strelitzerstraße 13, III. †89

Lassen Sie einen Sohn einsegnen, so kaufen Sie den Anzug bei Herrmann Schlesinger, Turmstraße 85, Sie haben dadurch die Sicherheit, daß Sie 1. unter großer Auswahl bequem wählen können, 2. neue, saubere und haltbare Qualität bekommen, 3. guten Sitz und beste Stoffe erhalten, 4. zu unbedingt festen Preisen kaufen. Jedes dort gekaufte Stück ist den dafür gezahlten Preis auch wert. Niemand zahlt mehr, niemand weniger. Kein Vorschlagen, kein Bieten, Handeln oder Nachlassen, aber billige Preise. 1874R

Verschiedenes.

Rechtsbureau, Gerichtsklagen, Strafsachen, Alimentensachen, Ehesachen. Petsch, Brunnenstraße 97. †93*

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57. 1453b*

Wer Stoff hat, fertige eleganten Anzug und Paletot nach Maß inkl. Zutaten. B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a. [1848R*

Pfandleihe E. Kron, Köpnickerstraße 55a. 20/17*

Fahrradgesuch, auch defekt, Rahlast, Schönhauser Allee 163a. 98/19*

Großes Vereinszimmer für Dienstag und Donnerstag zu vergeben. „Sängerheim", Blumenstraße 38. *

Vereinszimmer. Lier, Alte Jakobstraße 119. 1755R*

Vereinszimmer Lenz, Alte Jakobstraße 69. 1757R*

Vereinszimmer zu vergeben, Potsdamer Stangenbier. Franke, Zorndorferstraße 8. †45*

Fahrräder-Reparaturen sauber und billig Große Frankfurterstraße 14, Kämmereit.

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Ehesachen, Strafsachen, Alimentensachen, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 1658b*

Lesehalle, neu eröffnet, Chausseestraße 83. 1633b

Rechtsbureau, Gerichtsbeistand, Ehesachen, Alimentensachen, Eingaben-Gesuche, Raterteilung. Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz).

Rechtsbureau! (Alexanderplatz), Kurzestraße achtzehn! Gerichtssachen! Eingabengesuche! Raterteilung. 53/14*

Ich erkläre hiermit, daß Frau Vogt eine anständige Frau ist. Frau Dommert. 1648b

Ehrenerklärung! Die Beleidigung gegen Frau Martha de Grille nehme hiermit zurück. Hübscher. †71

Die verleumderische Beleidigung gegen die Schaeferschen Eheleute, Reinickendorferstraße 19, die ich ausgesprochen haben soll, nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselben für streng achtbare Leute. Frau Hundt.

Ehrenerklärung! Die Behauptung, daß der Gastwirt Herr Hintz, Ratiborstraße 16, sein Lokal nicht für Arbeiter hätte, nehme ich hiermit zurück. C. Bierdel. †26

Vereinszimmer vergiebt Kurth, Lausitzerstraße 46. †26*

Vermietungen.

Wohnungen.

Möbliertes Zimmer oder leere Stube Fabianek, Prenzlauer Allee 194.

Umstände halber kleine Wohnung, Stube und Küche, Hof 1 Treppe, 21,50 Mark, zu vermieten Chorinerstraße 59. Näheres beim Verwalter.

Mühlenstraße 8, nahe Warschauer-Brücke, ist zum 1. Oktober freundliche Hofwohnung, 2 Stuben, Küche, Korridor, 3 Treppen, für 27,50 Mark zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 1875R*

Schlafstellen.

Teilnehmer für möblierte Schlafstelle sucht Witwe Jacobey, Kolbergerstraße 26. 842*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky, Beusselstraße 28. †91*

Reinemachestelle sucht Frau Böse, Falckensteinstraße 22 II. †26

Junge Witwe, welche sauber ausbessert, neu nähte, getragene Garderobe aufarbeitet, sucht noch Stellen. Schmidt, Rixdorf, Hermannstraße 48, Quergebäude I. †150

Eingesegnetes Mädchen für Näherei verlangt Bolte, Päckerstraße 44. †26

Schneiderinnen und Lehrmädchen verlangt Ronnast, Lindenstraße 72 III.

Junger Mann, 26, Rentenempfänger, sucht Vertrauensstellung. „Ehrlich", Postamt 27. 1625b

Stellenangebote.

Lehrling zur Silberarbeit verlangt Rehrmann, Stallschreiberstraße 57. 23/12*

Versilberer, Farbigmacherinnen verlangt Barte, Eisenbahnstraße 14.

Tischler auf Bilderrahmen verlangt Wehner, Stallschreiberstraße 58.

Rahmenmacher, der sonnieren kann, wird gesucht. Biehstädt, Friedrichstraße 16. 1631b

Knabenanzüge/Arbeiterin auf Rollsacken, Rollblusen verlangt Dunckerstraße 16, I. †71*

Reinemachefrau sucht Comptoir, Magazinstraße 12, I. 1652b

Tüchtige Plätterin verlangt Wilhelm Stolzestraße 43. 1646b*

Geübte Kartonarbeiterin verlangt J. Günther, Fellnerstraße 2. 1611b*

Schirmnäherinnen, die saubere Arbeit pünktlich liefern, finden dauernde Beschäftigung in und außerm Hause bei Remak & Silber, Krausenstraße 39. 1385b*

Geübte Kröserinnen bei festem hohem Gehalt und Jahresstellung per sofort gesucht. Blumenfabrik Max Lange u. Katz, Leipzigerstraße 51, II. 23/11*

Anständiges Lehrfräulein verlangt Handschuhgeschäft, Alt-Moabit 113. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Ein tüchtiger Möbelpolierer

kann dauernde Arbeit bekommen bei H. J. J. Gjerding, Möbelfabrik, Nykjöbing F. (Dänemark). 1456b*

Marmorschleifer verlangt **Otto L. Schneider,** 1638b Tempelhof.

Heizer,

die bereits an Sauggasgeneratorenheizung thätig waren, zum sofortigen oder späteren Antritt gesucht.

Ausführliche Briefe unter K. 7 in der Expedition dieser Zeitung. 2615Q

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Die Pianofabrik von **Nieber & Co.,** Alexanderstr. 22 und Wallner-Theaterstr. 26/27, ist wegen Differenzen für sämtliche Branchen gesperrt. 142/2*

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung, Holzarbeiter!

In der Möbeltischlerei von **J. Kraus,** Weißensee, Langhansstraße 22, sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist streng fernzuhalten. 84/19

Gesperrt ist ferner **Hahn & Netzkow,** König-Chaussee 71.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sechster Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Der Kongreß der unter obiger Bezeichnung vereinigten lokalen beziehungsweise durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften begann am Montagvormittag seine Verhandlungen zu Berlin in Dräsels Festsälen. Vertreten sind 25 Berufe durch 58 Delegierte mit 65 Mandaten aus 76 Orten, welche 16 334 Personen vertreten. Als Vorsitzende wurden Hinrichsen und Kater, als Schriftführer Herrfurth gewählt. Es wurde beschlossen, dem socialdemokratischen Parteitag ein Begrüßungstelegramm zu senden.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: **„Geschäfts- und Kassenbericht der Geschäftskommission** und **Bericht über die Presse“** wurden Hinrichsen und Thieme zu Referenten bestellt. Der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht umfaßt die Zeit vom 1. September 1901 bis 1. September 1903. Hinrichsen läßt sich über Agitation und Organisation aus. Die Agitation habe unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und unter den Anfeindungen, u. a. den der großen Verbände, zu leiden gehabt. Für Agitationszwecke wurden in den zwei Jahren 3109,28 M. ausgegeben, welche sich verteilen wie folgt: Für Delegationen 311,20 M., für neugegründete Organisationen 1495,83 M., zu Gunsten bestehender Organisationen 484,95 M., für Darlehen 203,20 M., für verschiedene Zwecke 614,10 M. Die Ausgaben wurden aus dem Agitationsfonds bestritten. Auch soll der Ueberschuß des Preßfonds dazu verwandt werden.

Der Mitgliederbestand betrug 1901	18 010
In der Berichtszeit gewonnen	3 430
Summa	21 440
In der Berichtszeit ausgeschieden	7 196
Somit Mitgliederbestand für 1903	14 244

Eine Anzahl der der „Freien Vereinigung“ angeschlossenen Berufsorganisationen hätten sich seit dem vorigen Kongresse Centralisationen gegeben. Redner ging näher auf die Schwierigkeiten ein, welche der Geschäftskommission anläßlich der Gründung des gewerblichen Frauenvereins und der Holz- und Ziegeleiarbeiter-Vereinigungen aus der Gegend von Oderberg 2c. erwuchsen. Redner erklärt es für verfehlt, daß die Generalkommission der Verbände sich von deren Vorständen Mitteilungen über die Zahl der Lokalorganisierten erbeten habe, statt sich an die „Freie Vereinigung“ zu wenden. So habe die Generalkommission nur 10 000 festgestellt, während allein der Freien Vereinigung 14 244 angeschlossen seien und sicherlich noch 6000 hinzukämen, die nicht angeschlossen seien, aber ihr sympatisch gegenüberständen. — Die Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes hätten die Agitation und Organisation der „Freien Vereinigung“ auch geschädigt. In der Gründung neuer Vereine seien manche sonst im Vordertreffen stehende Genossen erlahmt. Bedauerlich sei das Verlorengehen von 4900 Mitgliedern des Weberverbandes und der auf Einigungsbestrebungen zurückzuführende Verlust von 1600 Maurern. Redner schließt: Solange die Diktatur in den Centralverbänden fortdauere, werde die in der „Freien Vereinigung“ ihren Ausdruck findende Bewegung nicht verschwinden. Man sei gegen jede Zersplitterung, aber für freie Bewegung im Interesse der Arbeiterschaft.

Thieme gab verschiedene Kassenberichte, die die Zeit vom 1. Juli 1901 bis 31. August 1903 umfassen. Die Einnahmen der „Einigkeit“ betrugen 53 967,49 M., die Ausgaben 53 855,22 M. Es ergab sich ein Gewinn von 112,27 M. Im 2. Quartal 1903 hatte die „Einigkeit“ 10 398 Abonnenten. — Reste vom alten Umlageverfahren gingen ein 4379,47 M., davon wurden 3700 M. ausgegeben zur Erledigung von Darlehnen und zur Streikunterstützung. Von verschiedenen Gewerkschaften stehen noch Reste aus. Andre Gewerkschaften haben wieder mehr geleistet, als sie verpflichtet waren. — Für den Agitationsfonds wurden einschließlich eines Bestandes von 4756 M. insgesamt 5166,76 M. eingenommen. Ausgegeben wurden 3445,98 M. — Für den Garantiefonds wurden 14 729,45 M. eingenommen, wovon 13 363,65 M., meist an Streikunterstützungen, ausgegeben wurden, so daß 1365,80 M. im Garantiefonds verblieben (nebst Zinsen 1408,80 M.). Für die Ausgesperrten und Inhaftierten in Oderberg kamen an freiwilligen Beiträgen der Gewerkschaften und an auf Listen gesammelten Geldern 2780,50 M. zusammen, wovon 2562,35 M. ausgegeben wurden.

Die Richtigkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt.

Zur Diskussion nahm zunächst Jannaskens, Vorsitzender des Weberverbandes in Krefeld, das Wort. Er ging auf die bekannten Vorgänge, betreffend die Verschmelzung des vormals Niederrheinischen Weberverbandes mit dem deutschen Textilarbeiter-Verbande, näher ein, um darzulegen, weshalb der jetzt noch bestehende, der „Freien Vereinigung angeschlossene lokale Weberverband seine Verpflichtungen der Vereinigung gegenüber noch nicht erfüllen konnte. Fallens und Baer hätten damals, ohne daß der Uebertritt des Niederrheinischen Verbandes rechtmäßig zu stande gekommen wäre, das Vermögen des Verbandes dem deutschen Textilarbeiter-Verband zugeführt. Prozesse wegen Rückerlangung 2c. schweben noch. — Kater (Maurer) und Schleuler (Metallarbeiter-Gewerkschaft) erörtern einige internere Fragen der Agitation.

In der Nachmittags-Sitzung wies Hinrichsen einen Vorwurf Katers zurück, der ihm, dem Beamten der „Freien Vereinigung“, dem Mitgliede der Geschäftskommission, Verräterei vorgeworfen habe, weil er seiner Zeit eine Einigung der lokalen Zimmerervereinigung mit dem Verbande nicht strikte ablehnte. Redner sei selbstverständlich, als er die Möglichkeit eines Zusammenschlusses zugab, davon ausgegangen, daß der Verband acceptiere, was verlangt werde, um die Einigung zu ermöglichen. Auch den Vorwurf ungeschickter Agitation im Gebiete von Oderberg wies Redner zurück. Gewisse unleidliche Reibereien in der Geschäftskommission, die die Revisoren gerügt hatten, bedauerte er und führte sie darauf zurück, daß eine gutgeregelte Geschäftsverteilung fehle. — Nachdem Thieme einige geschäftliche Maßnahmen der Geschäftskommission gerechtfertigt hatte, erklärte Härtler (Tischler), daß auch er an den Arbeiten der Geschäftskommission einiges auszusetzen habe. An der „Einigkeit“, dem Preßorgan der „Freien Vereinigung“, bemängelte er die Redaktion des gewerkschaftlichen Teils. Er sei für die Wahl einer Preßkommission und für den Antrag der Töpfer, die „Einigkeit“ obligatorisch einzuführen. — Metzke (Maurer) kam der Geschäftskommission bezüglich der bekannten Vorgänge in Oderberg (Streiks und Aussperrung der Holzarbeiter und Ziegelei-Arbeiter) keinen Vorwurf machen. Auf die beim Kassenbericht angeregte Frage, ob die Gewerkschaften mit Guthaben gegenüber der Geschäftskommission beziehungsweise der „Freien Vereinigung“ darauf verzichten könnten, kann Metzke keine bestimmte Erklärung mit Bezug auf seine Organisation abgeben, die ein Guthaben von 8400 M. habe. Wenn die auf ihren Verpflichtungen in Gesamthöhe von etwa 15 000 M. rückständigen Gewerkschaften zahlten, dann könnten ja die Guthaben gedeckt werden. Für den Fall, daß dies unmöglich sei, könne er nur versprechen, bei seinen Berufsgenossen auf eine Streichung hinzuwirken. — Klarheit müsse darüber geschaffen werden, ob dem Genossen Keßler in der „Einigkeit“ nicht eine jüngere Kraft zur Bearbeitung des gewerkschaftlichen Teils zur Seite zu stellen sei. — Haffner wünscht namens der Musikinstrumenten-Arbeiter, daß diese hinsichtlich der Beitragspflicht aus der ersten in die zweite Lohnklasse versetzt würden. Dann könnten sie auch ihre Pflichten ganz erfüllen. — Hammer-Nürnberg (Tischler) wendet sich gegen einen vorliegenden Antrag auf Verbilligung der „Einigkeit“. Besser wäre ihre Verbesserung und wenn man was drauflegte. — Hinrichsen: Die Anregung, ein billigeres 14tägiges Organ noch herauszugeben, habe die Geschäftskommission beschäftigt, könne ihre Billigung aber nicht finden.

Nach einer Geschäftsordnungs-Debatte wurde beschlossen, die Erledigung der Anträge zu Agitation und Presse bis zum 5. Punkt der Tagesordnung zu vertagen. Die Debatte über die Berichte der Geschäftskommission wurde dann fortgesetzt.

Strasser findet die Entwicklung der Stellung der „Einigkeit“ zu bestimmten principiellen Fragen (Tarifverträge, Generalstreik 2c.) gut. Bezugnehmend auf Oderberg führte er näher aus, daß die Geschäftskommission richtig gehandelt habe und das brutale Vorgehen des dortigen Unternehmertums und der Behörden gegen die Organisation und die kämpfenden Arbeiter die Verluste allein verschuldet habe. Namentlich treffe die Beisitzer in der Geschäftskommission kein Vorwurf. — Kühnicke-Oderberg: Die Taktik in Oderberg sei doch falsch gewesen. Man habe einerseits mit Geld renommiert, andrerseits sei aber beim Kampf das Geld ausgeblieben. Zum Beispiel wäre es in der Kiesgrube nie zum Streik gekommen, wenn von vornherein den Leuten die Wahrheit gesagt worden wäre. Die Geldausstände von Oderberg möge man niederschlagen, die wenigen dort organisierten Arbeiter könnten das Geld nicht aufbringen. — Kleinlein, Beisitzer und Revisor der Geschäftskommission, kam auch auf den Gewerkschaftlichen Frauenverein zu sprechen und stellte fest, daß man Frau Gubela habe fallen lassen müssen, weil die Kassenführung nicht in Ordnung war. Es wäre schwer, eine Frauenorganisation hochzuhalten, indessen müsse es versucht werden. Von den Webern in Krefeld wünschte er, daß sie bald der Geschäftskommission Mittel zufließen ließen, wenn die Organisation auch noch schwach sei. Die meiste Schuld an dem Gegensatz zwischen den leitenden beiden Personen in der Geschäftskommission, zwischen Hinrichsen und Thieme, glaubt Redner bei Thieme gefunden zu haben. Die weitere Debatte, an der sich u. a. Schulz, Wegner, Hartung, Norgen, Wernau, Gehl, Kater beteiligten, bewegte sich zumeist in den Bahnen der bisherigen. Um 7 Uhr wurde die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag früh vertagt.

Lokales.

Die Agitation für die Landtagswahlen

ist vorgestern durch Verbreitung eines Flugblattes in die weitesten Volksschichten hineingetragen worden. In der achten Morgenstunde des Sonntags fanden sich die Parteigenossen und Genossinnen in stattlicher Zahl an den ihnen bekanntgegebenen Orten ein, und mit gewohnter Pünktlichkeit ging sodann die Verbreitung vor sich. Alles ging glatt, wir würden sagen, geschäftsmäßig von statten, wenn nicht die Begeisterung für die Sache, der sich das organisierte Proletariat hingiebt, oft in die Schranken spränge und an gebührender Stätte gerade bei dieser Arbeit manches wirksame Wort spräche. Gewiß zeugen die Erfolge, die wir bei den letzten Wahlen errungen haben, mit gewaltiger Stimme für uns, aber dennoch ist, wie jeder Parteigenosse weiß, auch in Berlin und seiner nächsten Umgebung noch manches Feld zu bestellen, noch manches Wort der Aufklärung in die Massen hineinzutragen. Die von früher her gewohnten Polizeischereien fehlten bei der diesmaligen Flugblatt-Verbreitung gänzlich; wenigstens ist uns über solche Eingriffe keine Mitteilung zugegangen. Was es heißt, in Groß-Berlin eine Thätigkeit wie die vorgestrige zu entfalten, mögen einige Zahlen darthun. In den sechs Berliner Wahlkreisen kamen im ganzen 632 000 Exemplare des Flugblattes zur Verteilung, im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg 173 350 und in Nieder-Barnim 98 500. Das sind im ganzen 903 850 Exemplare. Wer macht uns das nach?

Die Ausstellung der Laubenkolonisten.

Saure Wochen — frohe Feste! Dies Wort im bescheidenen Sinne genommen machen sich zur jetzigen Jahreszeit die Berliner Laubenkolonisten zu eigen. Die Erntefeste an sich sind zwar größtenteils vorüber, aber in der Ernte ist man noch mitten drin, und gerechter Stolz erfüllt im Monat September jeden, der sich an den Grenzen der Weltstadt das Jahr über mit Schippe und Hacke abgemüht hat. Denn saure Wochen, deren Lohn jetzt eingeheimst wird, gab es wirklich, und ach, nur selten leuchtete dieser Arbeit die sagenhafte Poesie des Landlebens. Sorge, schwere Sorge machte schon die Beschaffung des Kuhdungs. Zwei Fuhren brauchte man zum wenigsten, und wohl dem, der die Fuhre für 3 Mark erhalten hat. Oft muß man mehr zahlen, oft ist dies für das Gedeihen der Menschheit so nützliche Material überhaupt nicht in der Nähe einer Laubenkolonie zu haben. Das Umgraben des Landes, die Vernichtung der vielgehaßten Peeden läßt man sich immerhin gefallen, wenn es auch um die Osterzeit herum manchen Schweißtropfen kostet. Wehe dem aber, dessen Land dicht am Wege liegt! Jeder der die Straße daher kommt, bleibt eine Weile stehen, betrachtet teilnehmend die Arbeit seines lieben Mitmenschen und giebt dann sinnige Ratschläge. Kein Mensch ist fehlerfrei, aber der Laubenkolonist kommt sich bei seiner Arbeit vor wie ein Schuljunge. Bald wird ihm gesagt, daß er nicht tief genug grabe, bald, daß er den Humus, die oberste Erdschicht, ganz unter unfruchtbaren Sand verbuddele, bald liegt der Dünger gar zu sehr in Klumpen, bald sind die Peeden nicht sachgemäß vernichtet. Es preise sich, wer in solchem Wirrwarr der Meinungen seine sieben Sinne beisammen hält.

Aussaat und erste Pflege sind beendet, die Pflanzen heben ihre Köpfchen in die Höhe und nun fällt abermals in den Freudenkelch mancher Wermutstropfen. Unter Freudenkelch versteht man den sachte emporschießenden Kohlkopf, die Wermutstropfen aber sind die Raupen und das Ungeziefer, das von den Kindern der Kolonisten abgelesen wird und doch mit wahrer Wollust immer und immer wieder die Blätter zerfrißt.

Kann der Mann, der nach solchen und mannigfachen andern Nöten zur Herbstzeit dennoch wahre Prachtexemplare von Kohlköpfen, Kürbissen, Mohrrüben und Kartoffeln erntet, nicht erhobenen Hauptes einherschreiten? Muß er sich nicht als Sieger vorkommen im Kampf gegen die Bestie und die Elemente? Nur wer selber mit vom Bau ist, versteht das stolze Behagen, mit dem der Bund der Pflanzervereine Berlins gestern bei Buggenhagen die Ausstellung seiner Feldprodukte eröffnet hat. Aus allen Richtungen der weiten Welt waren die schwer errungenen Gaben der Natur zusammengebracht. Südost und Ostwacht, Neu-Kalifornien und Kiautschau, Nordkap und Transvaal begegneten sich am Moritzplatz in den Räumen der Kegelbahn und rangen im Wettbewerb mit einander um den Preis für die besten Landesprodukte. Nicht gering war die Mühe des Preisrichteramtes; aber unter gerechter Berücksichtigung aller Umstände kommen laut offizieller Mitteilung folgende Auszeichnungen an den Mann:

Für Blumen, Gemüse und Feldfrüchte erhielten: Papenbrock (Transvaal) zwei I. Preise und zwei Ehrenpreise, Schneider (Ostwacht) I. und einen Ehrenpreis, Erdmann (Ostwacht) I. und einen Ehrenpreis, Heuser (Alt-Berlin) I. und einen Ehrenpreis; Schulz (Transvaal) II., Metzgen (Transvaal) II. und einen Ehrenpreis, Dumke (Ostwacht) II., Ringmann (Ostwacht) II., Lamprecht (Ostwacht) II. und einen Ehrenpreis, Zugfeld (Ostwacht) II., Feltzsch (Feldblume) II.; Görz (Nordstern) III., Roß (Ostwacht) III., Kranich (Ostwacht) III., Bartholdy (Ostwacht) III., Valdeck (Ostwacht) III., Matzkow (Neu-Kalifornien) III., Koch (Kiautschou, (Kolonieſtraße) III.; außerdem Verein Nordkap drei Ehrenpreise.

Für Tauben: Zinnow (Feldblume) I., Zschiesche (Feldblume) II., Wagner (Nordkap) III.

Für Hühner: Baehr (Bauers Ruh, Südost) I., Tannhäuser (Neu-Kalifornien) III., Vogel III.

Für Kaninchen: Matzkow (Neu-Kalifornien) I., Kreutzfeldt (Kiautschou, Kolonieſtraße) II., Koch (Kiautschou, Kolonieſtraße) III.

Ferner erhielten noch verschiedene Aussteller in allen Abteilungen den IV., V. und VI. Preis für ihre Gegenstände.

Nur zwei Tage, Sonntag und gestern, war die Ausstellung geöffnet. An Besuchern fehlte es nicht, trotzdem zur Deckung der Unkosten ein kleines Entree erhoben wurde. Von der Bedeutung, der Ausdehnung der Laubenkolonien erhält man einen Begriff auch durch die Mitteilung, daß der Bund der Pflanzervereine eine eigene Zeitschrift herausgiebt. Sie heißt „Der Laubenkolonist“ und erscheint zweimal im Monat. Neben manchen andren Zeichen spricht auch diese Thatsache dafür, daß der Bauwut zum Trotz den Berliner Laubenkolonien noch ein langes Leben, daß ihnen unter schwerer Arbeit ein fröhliches Gedeihen beschieden ist!

Die leidige Krankenwärterfrage spielte in einen Prozeß hinein, der gegen den jetzigen Bäcker Wilhelm Thiele vor der 7. Strafkammer zum Austrag kam. Der Angeklagte, der früher als Hilfskrankenwärter im Krankenhause Moabit beschäftigt war, war überführt, einem seiner Obhut anvertrauten Kranken, der an der Wassersucht litt und schließlich im Krankenhause verstorben ist, in einem Moment der Aufwallung eine Ohrfeige und einen Stoß vor die Brust gegeben zu haben. Der Angeklagte gab dies zu und entschuldigte sich damit, daß ihm der Kranke außerordentlich viel zu schaffen gemacht und ihn dadurch sehr gereizt habe, daß er den Fußboden des Zimmers stark beschmutzte. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Wochen, der Gerichtshof hielt aber eine Geldstrafe von 30 M. für eine ausreichende Sühne, da die Verfehlung des Angeklagten keine besonders schwere gewesen sei!

Wir nehmen an, daß die in dieser Kammer fungierenden Richter, die sich in politischen Prozessen durch besondere Forsche auszeichnen, auch dann dabei bleiben, daß eine derartige Behandlung nicht besonders schwer ins Gewicht falle, wenn sie selber oder nahe Verwandte von ihnen im schwerkranken Zustande eine Ohrfeige einstecken müssen. Der Krankenhausverwaltung, die über eine solche Behandlung von Kranken hoffentlich weniger milde denkt, geben wir von neuem zu bedenken, daß nur durch anständige Entlohnung sich ein brauchbares Wärterpersonal für die Krankenhäuser heranziehen läßt.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Böckel hat sich vollständig aus dem politischen Leben zurückgezogen. Wie ein ihm nahestehendes Blatt erklärt, hat er diesen Schritt gethan, „verärgert durch die ewige Zersplitterung und Eifersüchtelei in der antisemitischen Bewegung und körperlich aufgerieben in jahrzehntelangem Kampfe“. Böckel hat seit Mitte der achtziger Jahre eine der vielen antisemitischen Richtungen gebildet. Sein größter Tag im Reichstage war der 18. Mai 1887. An diesem Tage zersprang nämlich im Kampfe gegen ihn die Präsidentenglocke. Später wurden ihm allerhand private Unerquicklichkeiten im öffentlichen Leben zum Vorwurf gemacht, eine der sinnigsten Angriffe gegen ihn kam aus den Reihen seiner Parteigenossen deshalb, weil er — das Brautkleid seiner Frau bei einem Juden gekauft haben sollte. Dieser Vorwurf charakterisiert einigermaßen die geistige Höhe des antisemitischen Parteilebens. Daß Böckel dem politischen Leben Valet sagt, ist das Verständigste, was er unter den heutigen Umständen thun kann.

Bei der polizeilichen Suche nach einem Vermißten, über die wir kürzlich berichteten, ist also wirklich **alles mit rechten Dingen zugegangen.** Der Polizeipräsident, i. V. Friedheim, schickt uns unterm 12. September das folgende Schreiben, das uns am 14. September zugestellt worden ist:

„Auf Grund des § 11 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 ersuche ich um Abdruck nachstehender Berichtigung. Die in Nr. 207 und 213 des „Vorwärts“ vom 5. bezw. 12. d. Mts. aufgestellte Behauptung, daß die am 6. August erstattete Vermißtanzeige betreffend den Schlosser E. erst am 29. August ihre Erledigung gefunden habe, ist unrichtig. Nachdem die Mutter des E. am 7. August bei dem Polizeirevier Diebstahlsanzeige gegen ihren Sohn erstattet und angezeigt hatte, daß dieser sich aus Furcht vor Strafe verborgen hatte, handelte es sich für die Polizei nur noch um die Verfolgung einer Strafthat. Den wegen strafbarer Handlungen festgenommenen großjährigen und verfügungsfähigen Personen muß es grundsätzlich und im eignen Interesse überlassen bleiben, ihre Angehörigen selbst von ihrem Verbleib in Kenntnis zu setzen. Die Benachrichtigung der Mutter des E. am 29. August ist nur dem Umstande zuzuschreiben, daß ihr an diesem Tage das bei der Polizei niedergelegte Bild ihres Sohnes zurückgegeben wurde.“

Nun weiß man's! Die Vermißtanzeige vom 6. August war für die Polizei deshalb **schon am 7. August erledigt,** weil an diesem Tage eine Diebstahlsanzeige gegen den Vermißten erstattet wurde, sodaß die Polizei nur noch eine Strafthat zu verfolgen hatte. Daß die Mutter mit ihren auf dem Polizeibureau gemachten Angaben über den Diebstahl ihres Sohnes in aller Form Anzeige gegen diesen erstattete und damit die Vermißtanzeige „erledigte“, davon wird sie selber am meisten überrascht sein. Offenbar ist sie über diesen Punkt **von der Polizei nicht genügend aufgeklärt** worden. Frau E. und ihre Familie sind noch den ganzen Monat August hindurch der Ansicht gewesen, daß der Sohn als vermißt gelte. Sie sind **in diesem Irrtum von der Polizei selber bestärkt** worden. Als Frau E. am 10. August auf dem Bureau erneut nach ihrem Sohne fragte, als sie ihn am 15. August schriftlich als „vermißt“ abmeldete und die Polizei ihr diese Abmeldung unterstempelte, als der Bruder des E. noch am 25. August auf dem Präsidium nach dem Vermißten fragte, mußte die ganze Familie E. aus dem Verhalten aller Beamten den Schluß ziehen, der Vermißte werde immer noch von der Polizei als solcher behandelt und gesucht. Daß er bereits seit dem 5. August in polizeilichem Gewahrsam war, seit dem 14. August in Tegel saß, wurde den Fragenden nirgends mitgeteilt.

Nur durch einen zufälligen Umstand, bei Gelegenheit der Bildablieferung, die am 29. August erfolgte (nicht schon am 7. August, wie das „Berliner Tageblatt“ wahrheitswidrig behauptet hatte), erfuhren sie, daß der Gesuchte gefunden sei. Da ist es noch ein wahres Glück, daß der Polizei ein Bild übergeben worden war und daß der Vermißte nur vier Wochen und nicht vier Monate oder vier Jahre gekriegt hat. Andernfalls hätte die bedauernswerte Polizei vielleicht vier Monate oder vier Jahre hindurch den immer erneuten Anfragen der Familie standhalten müssen. Denn wenn eine großjährige und verfügungsfähige Person wegen einer Strafthat **verhaftet** ist, wird von der Polizei, wie wir jetzt aus dem oben mitgeteilten Schreiben ersehen, **den Angehörigen „grundsätzlich“ nichts über den Verbleib gesagt.** Das überläßt sie der betreffenden Person selber, in deren „eignem Interesse“. Das sind in der That merkwürdige Zustände!

Die Schoßhund-Interessenten. Zu erregten Auftritten, die noch ein gerichtliches Nachspiel haben werden, kam es am Sonntag an der Kasse der **Internationalen Schoßhund-Ausstellung,** die gegenwärtig im Kistenmacherschen Restaurant, Hinter den Zelten, abgehalten wird. Durch Säulenanschlag war am Sonnabend und Sonntag darauf aufmerksam gemacht worden, daß am Sonntagnachmittag der Eintrittspreis zur Ausstellung nur 30 Pf. betrage. Das billige Entree hatte einen Massenandrang an Interessenten zur Folge, und bald waren die Ausstellungsräume überfüllt, während noch fortgesetzt neue Menschenmassen hinzuströmten. Dieser Massenverkehr bewirkte, daß der Eintrittspreis urplötzlich auf 50 Pf. wieder erhöht wurde, und die zunächst an der Kasse Stehenden waren unter allen Umständen gezwungen, diesen Betrag zu entrichten, da bei dem Andrang an dem Billetverkaufschalter ein Zurückgehen unmöglich war. Kam es schon

hier zu lärmenden Scenen, so gestalteten sich die Auftritte an dem unteren Eingang noch viel lebhafter. Hier hatten einige Vorstandsmitglieder der Ausstellung sich hinpostiert und riefen dem Publikum zu, daß jetzt wegen Ueberfüllung 50 Pf. Entree erhoben werde. Auf Hinweise der Hinzukommenden, daß man bei einer Ueberfüllung die Kasse einfach schließen möge, wurde in brüsker Weise von einem Vorstandsmitgliede dahin geantwortet, daß das niemand etwas anginge, die Ausstellung mache das, wie sie wolle, und wem das nicht passe, der brauche nicht hineinzugehen. Hunderte folgten dieser Weisung, während andre, welche extra weite Wege machten, um die Ausstellung zu besuchen, unter Protest den erhöhten Eintritt bezahlten. Da in dem Verhalten der Ausstellungsleitung ein Vergehen gegen das Gesetz des unlauteren Wettbewerbs gesehen wird, wollen einige Geschädigte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstatten, andre beabsichtigen, auf civilrechtlichem Wege die zu viel gezahlten 20 Pf. resp. die durch die unnötige Fahrt entstandenen Kosten einzuklagen.

Von dem Stand eines Rechtsanwalts und Notars hat die Mitwelt offenbar nicht die richtigen Begriffe. Denn anders ist ein komischer Streit nicht recht zu verstehen, der zur Zeit die Gemeindevertretung von Weißensee beschäftigt. Wohnt dort ein Rechtsanwalt und Notar, der die Absicht hat, seine Wohnung am Ort aufzugeben. Das sei eine Sache, sollte man meinen, die die Oeffentlichkeit wenig anginge. Anders aber denkt der Grundbesitzer-Verein von Weißensee. Dieser verlangt in einer Beschwerde an die Justizbehörde, daß dem Rechtsanwalt aufgegeben werde, seine Wohnung am Orte zu behalten oder daß das Notariat einem andern Rechtsanwalt übertragen werde. Die Gemeindevertretung unterstützte diese Beschwerde, wobei sie in Betracht zog, daß durch den Umzug des Rechtsanwalts dem Ort eine gute Steuerkraft verloren geht. So leicht will dieser Herr sich seine Freizügigkeit aber nicht beschränken lassen. Zwar stellt er außer Frage, daß er seine Bureaus am Orte belasse, doch müsse er seine Wohnung auf jeden Fall nach Berlin verlegen, da er in Weißensee „keine für ihn passende standesgemäße Wohnung finden könne". Wie die Justizbehörde diesen Fall entscheiden wird, steht noch dahin.

Der Bau der Handwerkerschule in der Andreasstraße wird dieser Tage vollendet werden, nur der innere Ausbau der Aula wird noch einige Wochen Zeit erfordern. Das Schulgebäude, welches über die Schillingsbrücke weithin sichtbar ist, zeigt an der dorthin liegenden Ecke einen Turm, während im übrigen die Fassaden bescheiden ausgebildet worden sind. Das Gebäude mußte in zwei Teilen hinter einander ausgeführt werden, da das auf einem Teil der Baustelle befindliche alte Schulgebäude erst nach Vollendung der ersten Hälfte des Neubaues abgebrochen werden konnte. Während der zweiten Bauperiode mußte sich die Schulverwaltung mit der Hälfte des neuen Gebäudes begnügen.

Eisenbahnminister Budde, der in der letzten Zeit von Wilhelmshöhe, seinem gegenwärtigen Aufenthaltsorte, aus auf den verschiedensten Stationen die Bahnhofsgebäude, die Werkstätten und die Verkehrsanlagen der Bahnhöfe besichtigte, pflegte, wie die Blätter melden, bei dieser Gelegenheit des öfteren die vierte Wagenklasse zu benutzen. Dieser Tage wurde der Minister in Kassel erwartet. Aus diesem Anlasse hatten sich die Mitglieder der dortigen Eisenbahndirektion zum Empfange des Ministers in corpore auf dem Bahnhofe eingefunden. Als nun der Zug auf der Station eingelaufen war, glaubten natürlich die Herren der Direktion, ihren höchsten Vorgesetzten aus einem Abteil erster Klasse steigen zu sehen. Da gab es denn sehr erstaunte Gesichter, als Seine Excellenz nach allen Seiten hin freundlich grüßend, einem Wagen vierter Klasse entstieg und sich den ihn erwartenden Herren näherte.

Die hübsche Geschichte ist, wie wir annehmen wollen, kein Märchen, und trägt in diesem Falle Herrn Budde hoffentlich keine Unannehmlichkeiten ein. Der Herr ist nämlich auch noch Offizier, und ein solcher darf unsres Wissens sich nur bis in die zweite Klasse versteigen, wie er ebenfalls einen Omnibus nicht benutzen darf. Welche militärischen Interessen für diese erzwungene Abstinenz maßgebend sind, ist allerdings nicht ersichtlich.

Das Mittelalter. Die Berliner Innungen wollen gegen alle die, welche den **Meistertitel unbefugt führen** und Lehrlinge halten, mit allen gesetzlichen Mitteln vorgehen. Nach § 133 der Reichs-Gewerbe-Ordnung dürfen nur die Handwerker den Meistertitel in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks führen, die in ihrem Gewerbe die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erworben und die Meisterprüfung bestanden haben. Auf Grund dieser Bestimmungen haben alle die Mitglieder der Innungen, die nach dem 1. Oktober 1901 selbständig geworden sind, bis zum 1. Oktober 1903 zu erklären, ob sie sich der Prüfung unterziehen oder auf die Führung des Meistertitels verzichten wollen. Die Regierung beabsichtigt für die Handwerkskammer-Bezirke Berlin und Stettin einen gemeinsamen Meisterkursus in Berlin einzurichten und denselben zu einem Meisterkursus für das ganze Reich auszugestalten.

Der Wasserstand der Spree ist im rapiden Steigen begriffen. Seit Jahren hat die Spree keinen solchen hohen Wasserstand gehabt, wie augenblicklich. An niedrigen Stellen ist sie aus ihren Ufern getreten und haben die Wehre an den Schleusen zum Teil herabgelassen werden müssen. Eine Folge des hohen Wassers ist das Steigen des Grundwassers, das sich vielfach unliebsam bemerkbar macht. Niedrig gelegene Wiesen stehen in großer Zahl unter Wasser, Kartoffel- und Rübenfelder sind nicht zu betreten und das Bestellen der Felder ist sehr erschwert.

Aus der Nationalgalerie ist jetzt die Raczynskische Gemäldegalerie entfernt und nach Posen gebracht worden, wo sie im neuen Provinzialmuseum eine Stätte finden wird. Diese Galerie befand sich ursprünglich im gräflich Raczynskischen Palais Königsplatz 2. Die Sammlung ist reich an Werken der französischen, italienischen und der deutschen Schule der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die frei gewordenen Räume in der Nationalgalerie werden in stand gesetzt, um dann einen neuen künstlerischen Inhalt zu bekommen.

Eine Revolver-Affaire, die sich gestern mittag im Friedrichshain, in der Nähe des Teiches, abspielte, rief dortselbst große Aufregung hervor. An dem nach dem Landsberger Thor führenden Hauptwege stand ein junges Liebespaar, ein Mädchen von etwa 19 und ein junger Mann von etwa 22 Jahren, lebhaft miteinander diskutierend. Schließlich lief das Mädchen mit dem Rufe: „Ach, laß mich in Ruhe!" fort. Im nächsten Augenblick zog der Liebhaber einen Revolver aus der Tasche und gab einen Schuß auf die Fliehende ab. Ehe der Attentäter zum zweitenmal abdrücken konnte, wurde ihm der Revolver abgenommen, das Publikum hielt ihn so lange fest, bis Schutzleute zur Stelle waren. Der Revolverheld wurde nach der Polizeiwache am Landsberger Platz gebracht. Das Mädchen war glücklicherweise unverletzt geblieben.

Motogirl contra Motomädchen. Vor dem Ferieneivilsenat des Kammergerichts fand heute eine interessante Verhandlung statt. Der Impresario Melville aus Newyork, der zur Zeit im Wintergarten die Zugnummer des „Motogirl" vorführt, klagte gegen den Direktor Rosenfeld vom Passage-Theater auf Unterlassung der Bezeichnung „Motomädchen" für eine ähnliche Schaunummer, die zu gleicher Zeit im Passage-Theater aufgeführt wird. Seitens des Gerichts war die Vorführung des „Motogirl" zum Termin angeordnet worden. Dieses wurde denn auch in einem großen Rohrkoffer nach dem Sitzungssaale getragen, dort herausgenommen und an die Wand gestellt, nachdem ein unter den Kleidern verborgener Mechanismus aufgezogen war. Die Mutter der lebenden Puppe — denn thatsächlich handelt es sich hierbei um ein hübsches 16jähriges Mädchen — wohnte der Verhandlung bei. Der klägerische Anwalt machte in seinem Antrage geltend, daß die Schaunummer „Motogirl" seit fast zwei Jahren in Amerika und England mit größtem Erfolge aufgeführt sei, weshalb sie auch der Wintergarten für die hohe Monatsgage von 6500 M. erworben habe. Die Zugkraft der Nummer liege in ihrem Namen; und da das Passage-Theater unter dem ähnlich klingenden Namen „Motomädchen" eine Nummer aufführte, die in der Hauptsache eine Nachbildung des Motogirl sei, so liege hier eine Täuschung des Publikums und ein Verstoß gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb vor. Er beantrage daher, das Gericht wolle den Beklagten verurteilen, künftig in seinen Ankündigungen sich der Bezeichnung „Motomädchen" zu enthalten bei Vermeidung von je 1000 Mark Strafe für jeden einzelnen Fall. Das Urteil ging auf Abweisung der Klage aus dem formellen Grunde, da zwischen Deutschland und Amerika keine Gegenseitigkeit bezüglich des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb bestehe. So wanderte denn die Puppe wieder in ihren Rohrkoffer, ohne daß sie in die Lage gekommen wäre, vor dem Richterkollegium eine kleine Vorstellung geben zu können.

Ein schwerer Unfall hat sich gestern auf dem Bahnhof Westend der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft zugetragen. Dort sollte der Anhängewagen Nr. 40 aus dem Wagenschuppen nach dem Vorhofe gebracht werden. Zu diesem Zweck wurde der Wagen mit einem Pferd bespannt. In dem Augenblick, in welchem das Tier anzog, sprang der Schaffner Stelter auf das Trittbrett der Hinterplattform und geriet hierbei gegen einen die Halle stützenden Eisenträger. St. wurde zwischen diesen und die Seitenwand der Plattform gequetscht und erlitt einen Beckenbruch sowie erhebliche innere Verletzungen. Der Verunglückte wurde auf Veranlassung eines hinzugerufenen Arztes mittels Transportwagens nach dem städtischen Krankenhause in Charlottenburg gebracht.

Wahnsinnig geworden ist gestern vormittag der Kellner K. aus der Wollinerstraße. Er hatte den Verlust seines kleinen Vermögens sich derart zu Herzen genommen, daß er seit längerer Zeit an Trübsinn litt. Gestern verfiel er in seiner Wohnung plötzlich in Tobsucht, so daß er von Schutzleuten festgenommen und vorläufig auf die Polizeiwache gebracht werden mußte. Von dort wurde er in eine Heilanstalt geschafft.

Oleum. Der 37 Jahre alte Arbeiter Christian Wedell lebte mit seiner 35 Jahre alten Frau seit 13 Jahren in einer unglücklichen Ehe, aus der vier Kinder von 12 bis 2 Jahren hervorgingen. Vor einem halben Jahre trennten sich die Eheleute, die damals in der Völkerstraße wohnten. Die Kinder kamen in das Waisenhaus, die Frau zog nach der Grünthalerstr. 19 in Schlafstelle und arbeitete seitdem in einer Plätterei in der Swinemünderstr. 60. Wedell verfolgte seine Frau, die er erst schwer mißhandelt hatte, mit Annäherungsversuchen, hatte damit aber keinen Erfolg. Wiederholt lauerte er ihr vor ihrer Wohnung auf, ohne sie zu treffen. Am Sonntag Mittag, kurz nach 12 Uhr, hatte er sich vor dem Plättkeller in der Swinemünderstraße aufgestellt. Als nun seine Frau herauskam, um zum Kaufmann zu gehen, goß er ihr Oleum ins Gesicht, so daß sie schwer verbrannt nach der Charité gebracht werden mußte. Nach der Uebelthat ergriff Wedell die Flucht, wurde aber später festgenommen.

Radrennbahn Friedenau. Der Kampf um das goldene Motorrad von Berlin gestaltete sich außerordentlich hartnäckig und endete damit, daß Dickentmann seinen Rivalen Robl im Stundenrennen besiegte. Um 430 Meter blieb dieser hinter dem Holländer zurück, der bis zum 30. Kilometer die Führung hatte, sie dann an Robl verlor, um vom 60. Kilometer ab abermals die Führung zu übernehmen. Als Dritter endete Görnmann, der trotz seines Sturzes vom vorigen Sonntag ausgezeichnet fuhr. Im 20 Kilometer-Rennen behauptete Robl sich mit großer Mühe gegen Dickentmann. Die einzelnen Rennen verliefen wie folgt:

1. Hauptfahren für Herrenfahrer. 1000 Meter. 1. Martens 1 : 49,4. 2. Andr. Hansen. 3. Bruno Schmidt. — 2. 20 Kilometer-Rennen. 500, 400, 300, 200, 100 M. 1. Robl 16 : 10. 2. Dickentmann, 4 Meter. 3. Bruni, 1020 Meter. 4. Käser, 1290 Meter. 5. Görnemann, 2070 Meter. 3. Meisterschaft für Motorräder. 20 Kilometer. 1. Haacke 19 : 23,3. 2. Progreß-Motor, 150 Meter. 3. Progreß-Motor, 320 Meter. 4. Das Goldene Motorrad von Berlin. Stundenrennen. 1000, 600, 400, 300, 200 M. 1. Dickentmann 72 Kilometer 910 Meter. 2. Robl 72 Kilometer 480 Meter. 3. Görnemann 69 Kilometer 645 Meter. 4. Käser 69 Kilometer 640 Meter. 5. Bruni 67 Kilometer 290 Meter. 5. Tandem-Hauptfahren für Herrenfahrer. 2000 Meter. 1. Hansen-Schmidt 2 : 53,4. 2. Martens-Kadagies. 3. Tadewald-Schumann. 6. Schrittmachermeisterschaft. 10 Kilometer. 1. Thormann-Wolf (Dickentmann) 7 : 40,1. 2. Borchardt-Kunze (Görnemann), dichtauf. 3. d. Regt-Dunkel (Dickentmann), dichtauf. 4. Käser, weit zurück. Wolf (Görnemann), Motordefekt.

Den Großen Preis der Republik gewann am Sonntag auf der Pariser Prinzenparkbahn der Erwartung entsprechend Ellegard; Zweiter wurde van den Born, Dritter Jenkins. In der Weltmeisterschaft der Schrittmacher über 10 Kilometer siegte M. Fournier in 5 Minuten 55,1 Sekunden (neuer Weltrekord) vor Anzani (300 Meter zurück) und Marius Thé (weitere 10 Meter zurück). Das Stundenrennen ergab einen neuen Stundenweltrekord, den Hall als Sieger mit 84 Kilometer 140 Meter aufstellte. Contenet wurde Zweiter, Dangla Dritter, Bouhours Vierter.

Aus den Nachbarorten.

Treptow-Baumschulenweg. Morgen Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Restaurant Ackermann, Baumschulenstr. 87: Wahlvereins-Versammlung. Die Broschüre „Die preußischen Landtagswahlen" gelangt zur unentgeltlichen Ausgabe.

Schreckliche Schauergeschichten bringen hiesige Blätter über angebliche Prügeleien im Charlottenburger Volkshause. So teilt der konservative „Lokal-Anzeiger" folgendes mit:

Eine große Schlägerei gab es nachts wieder im Volkshause Charlottenburg in der Rosinenstraße. Der „Charlottenburger Bühnenklub" feierte dort sein Stiftungsfest, bei dem in der fünften Morgenstunde ein so furchtbarer Spektakel entstand, daß die Wache des zweiten Reviers einschreiten mußte. Das war aber erst ein Vorspiel. Noch viel toller wurde es um 5½ Uhr. Die Festteilnehmer, Vereinsmitglieder und Gäste hatten sich in zwei Parteien gespalten, die sich gegenseitig mit allen Werkzeugen, derer sie habhaft werden konnten, bearbeiteten. Gegen 5½ Uhr pflanzte sich die unterlegene Partei, die hinausgeworfen worden war, am Ausgang in einer Stärke von 50 bis 60 Mann auf und fiel über jeden her, der herauskam. Es gab ein wüstes Handgemenge mit unzähligen blutigen Köpfen. Einem der Festteilnehmer sollen sogar vier Rippen mit den Füßen eingetreten sein. Wieder mußte die ganze Wache des zweiten Reviers ausrücken, um den Skandal und Blutvergießen ein Ende zu machen. So soll es nun schon dreimal hintereinander vom Sonnabend auf den Sonntag gegangen sein. Einzelne Schutzmänner können gegen diesen Unfug, der zahllose Anwohner um die Nachtruhe bringt, nichts ausrichten. Jetzt wollen die betroffenen Bürger mit einer Bittschrift die Polizeidirektion um Abhilfe angehen.

Hierzu wird uns von authentischer Seite gemeldet, daß es von allen Charlottenburger Lokalen wohl im Volkshause am ruhigsten zugeht und lärmende Vorgänge gerade hier zu den größten Seltenheiten gehören. Was nun im besonderen der Fall vom Sonntag betrifft, so trug sich dieser wie folgt zu. Ein Athletenklub hatte im Charlottenburger Gesellschaftshause, einem für die Arbeiterschaft gesperrten Lokale, ein Vergnügen abgehalten. Mitglieder dieses Vereins, meist halbwüchsige Burschen, suchten auf dem Nachhausewege ins Volkshaus einzudringen; jedoch mußte ihnen schon wegen des unzurechnungsfähigen Zustandes, in dem sie sich befanden, der Zutritt zu der vom Bühnenklub gemieteten Vergnügungsstätte untersagt werden. Als sie dennoch sich Eingang zu erzwingen suchten, blieb dem Wirt und seinen Gästen nichts übrig, als ihr Hausrecht geltend zu machen und die Eindringlinge nachdrücklich hinaus zu komplimentieren. Diese notgedrungene Abwehr eines Hausfriedensbruchs wird nun von dem konservativen Blatte in nicht mißzuverstehender Absicht zu einer Prügelei umgedichtet, die sich unter den Vereinsmitgliedern im Volkshause selber entsponnen hat; und wo man einmal beim Fabulieren dabei ist, dichtet man auch noch etliche Bürger hinzu, welche der Versammlungsstätte der organisierten Arbeiterschaft die Polizei auf den Hals schicken wollen. Traurig, daß auch noch Arbeiter zu den Lesern des konservativen Blattes gehören und sich solche tendenziöse Märchen vorsetzen lassen.

Weißensee. Unter dem Titel „Feldtmann kontra Martens" hat ein Herr Martens hier am Orte eine Broschüre herausgegeben, welche recht gehässige **Angriffe** gegen den **Amtsvorsteher** und die **Gemeindevertretung** enthält. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dieser Angelegenheit, und es ging ein Antrag ein, gegen den Verfasser der Schmähschrift **Strafantrag** zu stellen. Demgegenüber gaben unsre Parteigenossen die Erklärung ab, daß sie sich durch die Angriffe des Herrn Martens nicht beleidigt fühlten und sich daher in der Angelegenheit der Stimme enthalten würden. Da sich herausstellte, daß den meisten Mitgliedern der Gemeindevertretung der Inhalt der Broschüre unbekannt ist, wurde beschlossen, sich in einer neuen geheimen Sitzung weiter mit dem Fall zu beschäftigen.

Ueber die Versetzung eines Schutzmannes, welche unter merkwürdigen Umständen erfolgte, meldet die „Potsd. Corr.": Als Nachwirkung der Steinbombardements, welche im Frühjahr wiederholt gegen die Wohnung des Potsdamer Polizei-Inspektors, Hauptmanns Freiherr von Kleist, zur Nachtzeit stattfanden, ohne daß es bisher gelang, die Thäter zu ermitteln, ist jetzt die von der Regierung verfügte Versetzung des Schutzmanns Geue nach Hannover zu betrachten. Nach dem zweiten Steinattentat war Geue, der nicht weit von der v. Kleistschen Wohnung seine Wohnung hat, bei der Kriminalpolizei in Verdacht geraten, mit dem Steinattentat in Verbindung zu stehen, weil er mit einem Vorgesetzten vorher Streit gehabt hatte. Es wurde deshalb bei Geue eine Haussuchung abgehalten, wobei man die in der v. Kleistschen Wohnung vorgefundene Steine verglich. Geue konnte aber sein Alibi nachweisen, auch fand man bei ihm nichts, was ihn irgendwie verdächtig hätte. Er fühlte sich deshalb durch die Haussuchung schwer gekränkt und beschwerte sich darüber bei dem Regierungs-Präsidenten und, als er abgewiesen wurde, auch beim Minister des Innern, der seine Beschwerde gleichfalls als unbegründet zurückwies. Nunmehr hat man seine Versetzung verfügt, nachdem schon vor einiger Zeit der Vorsteher des IV. Polizeireviers, in welchem die v. Kleistsche Wohnung belegen ist, Lieutenant Kratz, nach Königsberg i. Pr. versetzt wurde. Um weitere Ruchlosigkeiten gegen die Wohnung des Polizei-Inspektors zu verhüten, wird dieselbe zur Nachtzeit besonders polizeilich bewacht.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1883 (E. H. 71) SO. 16, Reanderstr. 4. Dienstag, 15. September cr., abends 9 Uhr, im Restaurant Friedrich, Alte Jakobstr. 89: Sitzung.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 15. September, abends 8½ Uhr, im „Englischen Hof", Neue Roßstr. 3: Vortrag des Genossen Georg Davidsohn über: Alkohol und Dichtkunst. Diskussion. Gruppenangelegenheiten. Gäste willkommen.

Unterstützungsverein der Bierabzieher Berlins und Umgegend. Mittwoch nach dem 15. eines jeden Monats, abends 9 Uhr, Kommandantenstraße 65: Versammlung. Aufnahme neuer Mitglieder.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 50. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine Politik der Verzweiflung. — Noch ein Wort zum Parteitag. Von Karl Kautsky. — Zur Eisenbahnfrage. Eine Aufgabe unsrer Reichstags-Fraktion. Von Wilhelm Keil. — Der Arbeitsnachweis als Kampfmittel der Arbeitgeber-Verbände. Von Emil Fischer. — Der deutsche Städtetag und die deutsche Städte-Ausstellung. Von Emanuel Wurm. — Jugendlitteratur und Socialismus. Von Richard Leyy. — Litterarische Rundschau: Dr. Theodor Spickermann. Der Teilbau in Theorie und Praxis. Von Ludwig Quessel. Die genossenschaftliche Brotproduktion. Dr. med. Heberlin. Der habituelle Schwachsinn des Mannes. Von Ferdinand Frey.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit" unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vermischtes.

Der Sonntag früh 7¼ Uhr von Amsterdam nach Berlin abgegangene Schnellzug ist bei Barneveld (zwischen Amersfoort und Apeldoorn) entgleist. Drei Schwerletzte wurden in das Krankenhaus zu Apeldoorn gebracht; etwa 15 Personen sollen leicht verletzt sein. Nach Auskunft der Bahnverwaltung befindet sich unter den Verletzten kein Deutscher.

Ueber ein beklagenswertes Bergwerksunglück wird aus Köln gedrahtet: Auf einem zur Grube „Von der Heydt" gehörenden Schacht stürzte am Sonnabendnachmittag infolge Reißens des Förderkorbseiles eine Förderschale mit vier Bergleuten in die Tiefe. Sämtliche vier Arbeiter sind tot.

Merkwürdige elektrische Schläge. In einem Bergwerk der Roschall Coal Company wurden fünf Bergleute in verschiedenen Teilen der Grube von heftigen elektrischen Schlägen getroffen. Zwei von ihnen blieben tot. Ein Teil des Bergwerks ist elektrisch beleuchtet, aber gerade in dem Teil, wo das Unglück vorkam, ist keine einzige elektrische Leitung, und es erscheint vollständig unerklärlich, wie die Elektrizität dorthin kam.

Ein Raubmord wurde in Hermsdorf bei Braunau verübt. Nachts drang ein Mann ins Schlafgemach der Wirtschafterin Teuber, die in tiefstem Schlafe lag. Der Verbrecher zertrümmerte mit einer Axt der Wirtschafterin den Kopf, so daß deren Tod sofort eintrat. Hierauf raubte der Verbrecher Geld und verschiedene Schmucksachen. Der Mörder ist noch nicht ermittelt.

In Bukarest und in dessen Umgebung wurden Sonntagvormittag starke 17 Sekunden dauernde Erdstöße verspürt. In **Constanza** wurde gegen 10 Uhr vormittags ein leichtes Erdbeben, das etwa eine Minute anhielt, wahrgenommen. Schaden wurde nicht angerichtet.

Aus Siedlce in Russisch-Polen wird vom Sonntag berichtet: Heute Nacht wurde die Elschbeter Zuckerfabrik durch eine Feuersbrunst zerstört; der Schaden ist sehr beträchtlich.

Marktpreise von Berlin am 12. September 1903
nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut	D.-Ctr.	16,00	15,96	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	7,00	4,00
„ mittel	„	15,92	15,88	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,80	1,20
„ gering	„	15,84	15,80	do. Bauch	„	1,50	1,10
*Roggen, gut	„	12,95	12,93	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	12,91	12,89	Kalbfleisch	„	1,80	1,20
„ gering	„	12,87	12,85	Hammelfleisch	„	1,80	1,20
†Gerste, gut	„	14,50	13,60	Butter		2,60	2,00
„ mittel	„	13,50	12,70	Eier	60 Stück	4,50	2,60
„ gering	„	12,60	11,80	Karpfen	1 kg	2,40	1,40
†Hafer, gut	„	16,00	15,00	Aale	„	2,60	1,60
„ mittel	„	14,90	13,90	Zander	„	3,00	1,20
„ gering	„	13,80	12,90	Hechte	„	2,40	1,20
Richtstroh	„	4,00	3,66	Barsche	„	1,80	80
Heu	„	7,00	4,80	Schleie	„	3,00	1,40
Erbsen	„	40,00	25,00	Bleie	„	1,40	80
Speisebohnen	„	50,00	25,00	Krebse	per Schock	18,00	3,00
Linsen	„	60,00	20,00				

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	759	NNO	7	Regen	13	Haparanda	761	O	2	bedeckt	8
Hamburg	762	NNO	2	Regen	10	Petersburg	767	SSW	1	wolkig	8
Berlin	756	NNO	4	Regen	10	Cork	774	N	1	wolkenl.	8
Frankf. a. M.	760	N	3	bedeckt	10	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	757	W	5	Regen	8	Paris	764	NNW	3	wolkig	9
Wien	754	SO	1	bedeckt	15						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 15. September 1903.
Etwas wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen östlichen Winden.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.